

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. Frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit beiliegendem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 Erhält für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinnützige Vereins- und Berufsanzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gezeigte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 gezeigte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen des ersten Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 19. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein klerikales Panama.

Aus Wien wird uns vom 16. geschrieben:

Durch eine parlamentarische Untersuchung ist eine riesige Korruption aufgedeckt worden, die selbst in Oesterreich, wo es ja niemals besonders reinlich zugeht, und dessen bürgerliche Parteien und Politiker ihren politischen Einfluß gar nicht selten für private Geschäfte zur Verfügung stellen, unerhört und ohne Beispiel ist. Es handelt sich um die Einfäufe von holländischem Tabak für die österreichische Tabakregie, die angefaßt des gewaltigen Konsums des Tabakmonopols jährlich sehr viele Millionen betragen, und bei denen natürlich stattliche Marktergebnisse abfallen. Das Einkaufssystem, das die österreichische Regie befolgte, bestand darin, daß sie sich von verschiedenen Firmen in Amsterdam jeweilig Proben vorlegen ließ, die sie in Qualität und Rentabilität prüften und bei denen sie um den Preis handeln konnte. Nun zwangen sie die Christlichsozialen im Dezember 1908 ein neues System anzunehmen, und zwar ein System, wonach die Regie ihren ganzen Bedarf von einer einzigen Firma befordern. Dieses System wird nun von der Regie darin charakterisiert, daß es in gar keiner Richtung hin befriedigt und in jeder Hinsicht schädlich ist; der Generaldirektor der Regie beziffert den Schaden, den die Regie in den drei Jahren, in denen sie dieses „System“ befolgen mußte, erlitten hat, auf etwa zwei Millionen Kronen. Nachdem in den Juniwahlen des Jahres 1911 die Macht der Christlichsozialen, die der Regie das „System“ aufgedrängt hatten, gebrochen war, faßte sich das Finanzministerium ein Herz und kündigte den leoninischen Vertrag, der der holländischen Firma eine halbe Million Kronen Gewinn, der Tabakregie aber ungeheuren Schaden gebracht hat. Wie es nun zu jenem Vertrag kam, und was die Christlichsozialen bewogen hatte, ihre ganze politische Macht dafür aufzubieten, daß er zustande komme, das ist nun in einer Untersuchung herausgefunden, die der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses angeordnet hat, und das bildet ein neues Kapitel in dem schier unerforschlichen Buche von der klerikalen Korruption.

Es hat sich nämlich ein holländischer „Gründer“, ein Herr Dirk Kooleman, Zugang zu dem christlichsozialen Hauptling, dem Bürgermeister Lueger, zu verschaffen geröhrt, ist sein Freund geworden, und das hat ausgereicht, erstens, daß für seine Pläne der gesamte Einfluß der politischen Partei in die Waagschale geworfen wurde, und zweitens, daß die Regierung, obwohl alle Fachmänner in der Tabakregie den Plan einmütig verwarfen, das neue Einkaufssystem akzeptierte! Allerdings hatten sich die Christlichsozialen eines der Zwischenministerien ausgesucht, an denen Oesterreichs Geschichte so reich ist: das erste Ministerium Wieners, in dem es keine Minister, nur „Vöster“ gab, und in dem die Zeitung des Finanzministeriums an den Sektionschef Jorkasch-Roth fiel, der von der Gunst der Christlichsozialen, die damals in der inneren Politik noch Wind und Wetter machten, die Erhaltung seines Portefeuilles in dem zu bildenden definitiven Kabinett erwartete. Wie nun der Tabakregie das von dem Mann aus Holland erfundene „System“ aufoktroiert wurde, hat die Tabakregie in der parlamentarischen Untersuchung nun selbst ganz offenkundig erklärt. In der Darstellung, die sie über ihre Einkaufssysteme dem parlamentarischen Untersuchungskomitee gemacht hat, berichtet sie: „Mit dem Jahre 1909 ging die Regie auf Drängen parlamentarischer Kreise zu dem System der ausschließlichen Kooperation mit einer Firma über. . . . Gleichzeitig wurde eine bestimmte Firma beigebracht, mit welcher der Vertrag abgeschlossen werden mußte; der österreichischen Tabakregie wurde die Auswahl der Firma nicht freigestellt, auch nicht in der Form der Wahl aus einem Mehrvorschlag.“ In seiner mündlichen Aussage im Komitee hat der Sektionschef von Schenkenstuel, der Generaldirektor der Tabakregie, die Art, wie die Regie mit Herrn Kooleman „verbunden“ wurde, folgendermaßen geschildert:

Wir sind einfach informiert worden, es wird von parlamentarischer Seite gewünscht, dieses System in Erwägung zu ziehen. Dieses System habe Herr Kooleman erfunden, und jetzt heiße es, darüber zu reden. Die Firma von Es und Koch ist und nominiert worden von Kooleman, und zwar ohne Auswahl. Wir haben uns im Finanzministerium gegen dieses System entschieden ausgesprochen, aber wir sind nicht durchgedrungen. Ich habe Exzellenz Jorkasch ersucht, wenn schon der Versuch mit diesem System gemacht werden müsse, dann möge uns die Wahl der Firma überlassen bleiben, weil dadurch eine Konkurrenz ermöglicht wird. Exzellenz Jorkasch sagte, er werde es versuchen. Er kam aber dann zurück und erklärte: „Es geht nicht, es ist schon alles mit der Firma ausgemacht!“

Eine reizende Idylle, nicht? Da hat ein sozusagen europäischer Staat seit einem Jahrhundert ein Monopol und muß also, würde man glauben, über die ausreichende Erfahrung verfügen, wie man Tabak ankauft. Und nun kommt ein Herr aus Holland, der, wohlgerichtet, wie ein Tabakhändler war,

in der Sache weder Erfahrung noch Kenntnisse hat, nur ein landläufiger Gründer ist, und der erfindet ein System, und die Tabakregie muß es annehmen, weil es eine mächtige politische Partei begehrt! Und was einfach grotesk ist: Niemand wagt recht die Frage, was denn jenen Herrn Kooleman veranlaßte, seinen Eifer in einem so ausgedehnten Maße den Interessen der österreichischen Tabakregie zu widmen! Denn die Christlichsozialen möchten so tun, als hätten sie es geglaubt, daß Herr Kooleman die Summe von Arbeit — seine „Bemühungen“ dauerten ja volle zwei Jahre — diese rastlose und kostspielige Arbeit aus reiner Begeisterung für Herrn Lueger und der davon abgeleiteten Freundschaft für Oesterreich geleistet habe, daß er aber, mit Ausnahme eines österreichischen Ordens, gar nichts begehrt und erwartet hätte! Sie muten der Welt zu, daß sie diesen Unsinn geglaubt haben; denn daß es eine unsinnige Annahme ist, es werde sich ein holländischer Gründer diesen mannigfachen beschwerlichen, unangenehmen und undankbaren Mühsalen aus selbstloser Liebe für den Wiener Bürgermeister unterziehen, versteht jeder, wie es auch jeder versteht, daß just Herrn Lueger das Maß von Naivität nicht zuzutragen ist, die der Glaube an die Uneigennützigkeit des hergelaufenen Holländers voraussetzen würde. Aber freilich müssen sich die Christlichsozialen stellen, als hätten sie an die Selbstlosigkeit des Spekulanten geglaubt; weil sie sonst die unbequeme Frage riskieren, wie sie denn ihren politischen Einfluß, und zwar in der scrupellosen Weise, für die Geschäfte des Herrn Kooleman haben mobilisieren können!

Die Frage ist allerdings nun beantwortet: es ist nämlich mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit herausgefunden, daß den Christlichsozialen für ihre Unterstützung der Pläne des holländischen Faisceurs Geld zugesichert wurde. Ob sie es bekommen haben, kann natürlich nicht erforscht werden; aber daß es ihnen versprochen war, ist unzweifelhaft bewiesen, und für den Verdacht, daß sie darauf rechneten, daß ihr erstaunlicher Eifer um und für Herrn Kooleman diesen Grund hatte, sind die Indizien sehr schwerwiegend. Die Christlichsozialen haben nämlich auch dann nicht Ruhe gegeben, als die Regie im Jahre 1911 den Vertrag gekündigt hatte, vielmehr haben sie danach gegen sie erst ein richtiges Nestfechten veranstaltet. Im Parlament, in der Presse, in Broschüren, in allen Formen wurde von der Regierung Rechenschaft verlangt, warum sie den Vertrag mit der Kooleman'schen Firma aufgegeben habe. Sie warfen ihr Kontraktbruch vor, und hatten gute Lust, die leitenden Beamten zu bezichtigen, daß sie die Kündigung aus unlauteeren Motiven vorgenommen haben! Wie sie Himmel und Hölle in Bewegung setzten, um die Regie für ihren Schlingensiefel noch einmal breitzuschlagen, zeigt die prägnante Tatsache, die daneben auch den gefährlichen unterirdischen Einfluß dieser Partei bezeugt, daß sie eine Broschüre des christlichsozialen Abgeordneten, dem die Aufgabe zugefallen war, die Sache parteiamtlich zu betreiben, und die von den giftigsten Ausfällen und Anspielungen gegen die Tabakregie wimmelt, dem Erzherzog Franz Ferdinand in die Hände gespielt haben, der darauf auch vom Finanzminister Jaleski einen genauen Bericht abverlangt hat! Ein derartiger Eifer ist wohl durch die bloße Sorge der Partei, Oesterreich angeblich eine zweckmäßige Form des Tabakeinkaufs zu bewahren zu wollen, nicht zu erklären! Um so weniger zu erklären, als Lueger, auf den sie nun alles schieben möchten, schon lange tot war! Der Eifer hat auch seine besonderen Gründe gehabt: es ist nämlich herausgefunden, daß den Christlichsozialen eine stattliche Provision zugesagt worden ist! Darüber hat der Hofrat des Finanzministeriums, Herr v. Stebenroth, dem Untersuchungskomitee folgende Angaben gemacht:

Ich habe voriges Jahr — also 1911 — in Papiere Einblick genommen, welche sich in sicherer Verwahrung eines hochangesehenen Mitgliedes der Geschäftswelt in Amsterdam befinden und mir unter Discretion in Anwesenheit des Herrn Heidsieck (eines Einkäufers der österreichischen Regie, Red.) gezeigt wurden. Ich durfte mir von diesen Papieren keine Abschrift machen, habe mir aber die Daten wohl notiert. Herr Kooleman hat, wie er mit der Amsterdamer Tabakhandelsmaatschappij (das ist die Firma Olie, Red.) in Verhandlung getreten ist, ganz präzis Ansprüche bezüglich seiner Honorierung gestellt. Ich kann Ihnen die Daten sagen. Ich möchte auch Herrn Abgeordneten Dr. Stumpf bitten, daß er den Herrn Kooleman darüber zur Rede stellt, wie er in der Lage sein konnte, für jemanden anderen auch eine Provision sich auszubedingen.

Herr Kooleman hat einen Vorschlag gemacht. Der erste Entwurf des Abkommens datiert aus Amsterdam, den 15. Juni 1907. Da verlangt er für sich 50 000 holländische Gulden, wenn der Abschluß betreffs der gesamten oder doch der Lieferung der Hälfte des Bedarfes zustandekommt. Im zweiten Jahre 50 000 holländische Gulden, Gültigkeit des Vertrages für zwei Jahre und Kostenerfolg für den Aufenthalt in Oesterreich 15 000 holländische Gulden. Dieses Projekt bezieht sich nicht nur auf Lieferungen holländischer, sondern auch anderer Tabake.

In dem zweiten Entwurf — es sind mehrere Briefe, die Herr Kooleman mit Direktor Olie und den Abgeordneten Walcher und Schneider (zwei christlichsozialen Größen! Red.) gewechselt hat — verlangt Herr Kooleman bei einem Umsatz von 3 000 000 Gulden 25 000 Gulden per Jahr, bei

weniger als 3 000 000 werden 850 Gulden für je 100 000 Gulden weniger abgezogen, jedoch 15 000 Gulden als Minimum.

Die christlichsoziale Parteikasse soll 100 000 holländische Gulden erhalten, und zwar 35 000 Gulden bei der Unterzeichnung des Vertrages, 35 000 Gulden dreizehn Monate später und 30 000 Gulden nach weiteren dreizehn Monaten.

Wenn in drei Jahren weniger als um drei Millionen Gulden gekauft wird, dann werden für jedes Minus von 100 000 Gulden 1200 Gulden abgezogen.

Bei einem Kontrakt auf ein Jahr erhält die Parteikasse nur 35 000 Gulden.

Ich habe die Papiere im Original in holländischer Sprache gesehen und kann, was ich gesagt habe, jederzeit bezeugen.

Daraufhin hat sich das Untersuchungskomitee eine beglaubigte Abschrift dieser Papiere verschafft, und hat die Sache genau so gefunden, wie sie der Hofrat geschildert hat. Daß die Christlichsozialen alles ableugnen möchten und beteuern, das wäre nur eine „Idee“ des Herrn Kooleman gewesen, die aber Lueger entschieden abgewiesen habe, ist so selbstverständlich, daß es als Beweismittel gar nicht ins Gewicht fällt. Es genügt die einfache Erwägung, was denn der Herr Kooleman veranlaßt haben könnte, diese Beträge in dem Vertrag auszubedingen, wenn das Ganze nur ein Spaß gewesen sein sollte? Und die weitere Frage, warum sich die Christlichsozialen weiter für den Kooleman bemüht hatten, nachdem er ihnen ein so schimpfliches Angebot gemacht hatte — denn daß die Beträge für die Parteikasse dem Hauptling offeriert wurden, können auch die Christlichsozialen nicht leugnen — daß der sie mit Entrüstung zurückgewiesen habe, stellt die ganze Sache erst recht außer Zweifel. Und überhaupt weiß man, daß es zu den sichersten Traditionen der christlichsozialen Korruptionspartei gehört, die Lieferanten der Stadt und des Landes, wo sie die Lieferungen vergeben, mit Abgaben für den Wahlfonds zu belasten; dafür gibt es geradezu fixe Taxen. Es ist also nur die logische Entwicklung ihrer Moralgrundsätze, daß sie, die ihre Lieferanten immer geplündert haben, nun auch die Lieferanten des Staates zum Tribut für ihre Parteibedürfnisse heranziehen! Im Grunde geht es überall so zu, wo klerikale die Herrschaft haben, und wenn es, wie das Exempel zeigt, in Oesterreich noch um einige Grade schamloser zugeht, so hat das seinen Grund darin, daß die Wiener Christlichsozialen unter allen klerikalen Parteien die gewissenlosesten und unfaubersten sind. Ein ungeheurer König Midas können sie von sich sagen, daß alles, was sie angreifen, Dred wird.

Die Balkankrise.

Die Note der Mächte.

Die von den Botschaftern in Konstantinopel übergebene identische Note hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Botschafter von Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien sind von ihren Regierungen beauftragt worden, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Sultans die folgende Mitteilung zu machen: In dem Wunsche, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzubeugen, glauben die genannten Mächte, die Aufmerksamkeit der kaiserlich-ottomanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie entgegen den Ratschlägen der Mächte die Wiederherstellung des Friedens verhindern würde. Sie würde es nur sich selbst zuschreiben haben, wenn die Fortsetzung des Krieges zur Folge haben würde, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reiches auszudehnen. In diesem Falle wird sie nicht auf den Erfolg der Bemühungen der Mächte rechnen können, sie vor den Gefahren zu bewahren, denen sich auszuweichen sie ihr bereits widerraten haben und auch weiter abreden. Wie die Dinge liegen, wird die kaiserlich-ottomanische Regierung nach dem Friedensschluß des moralischen und materiellen Bestandes der europäischen Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu festigen und die weiten asiatischen Gebiete in guten Stand zu setzen, deren Gedeihen ihre wirksamste Stärke bilden wird. Um dieses notwendige Werk zu unternehmen und durchzuführen, würde die Regierung des Sultans auf die Wirksamkeit der wohlwollenden Unterstützung der Mächte nur dann rechnen können, wenn sie ihren Rat schlägen folgen wird, die von den allgemeinen Interessen Europas und denen der Türkei eingeleitet sind.

Unter diesen Umständen glauben die europäischen Großmächte gemeinsam der kaiserlich-ottomanischen Regierung erneut den Rat geben zu sollen, der Abtreibung der Stadt Adrianopel an die Balkanverbündeten zuzustimmen und den Großmächten die Sorge zu überlassen, über das Schicksal der Inseln des Ägäischen Meeres zu befinden.

Gegenüber diesen Zugeständnissen würden die genannten Mächte es sich angelegen sein lassen, den Schutz der muslimanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt befindlichen Moscheen, religiösen Gebäuden und Grundstücken zu sichern. Ebenso würden sie dahin wirken, daß bei der Lösung der Frage der Inseln des Archipels jede Drohung für die Sicherheit der Türkei ausgeschlossen ist.

Die Antwort der Türkei.

Konstantinopel, 18. Januar. Wie verlautet, wird die Antwortnote der Pforte auf die Kollektivnote der Mächte bereits morgen von dem türkischen Botschafter in London überreicht werden.

Bulgarien und Rumänien.

Wien, 18. Januar. Die „Politische Korrespondenz“ erzählt aus Sofia: In den zwischen Bulgarien und Rumänien stattfindenden Erörterungen ist jede Spur von Vermittlung geschwunden. Auf beiden Seiten befindet sich der beste Wille zur Erzielung eines Einvernehmens, das nicht mehr ferne sei. In den leitenden bulgarischen Kreisen wird mit Anerkennung der Rolle Oestreich-Ungarns in dieser Angelegenheit gedacht, welches unter Enthaltung von jedem unmittelbaren Eingreifen in die Frage sich bemühte, das Ausgleichsmerk durch wiederholte in freundlichem Tone gehaltene Ratsschläge zu erleichtern.

Die rumänische Auffassung.

London, 18. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird der rumänische Minister des Innern Tala Jancu, der vorgestern London verlassen hat, am Sonntag in Bukarest eintreffen. Am Montag wird er einem Ministerrat die Ergebnisse seiner Besprechung mit Dr. Danew vorlegen. Die bulgarische Antwort entspricht nicht den Erwartungen der rumänischen Regierung, aber man glaubt nicht, daß sie das letzte Wort Bulgariens enthält. In rumänischen Kreisen wird erklärt, daß kein Abbruch der Verhandlungen zu befürchten sei, da der rumänische Gesandte Wischa sie voraussichtlich Anfang nächster Woche wieder aufnehmen werde.

Die Forderungen Montenegros.

London, 18. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die montenegrinischen Friedensdelegierten dem Staatssekretär Grey und den Botschaftern in London eine Denkschrift überreicht, in der im einzelnen die Gründe aufgeführt werden, aus denen Skutari, Tpez und Prizrend dem Königreich Montenegro einverleibt werden sollten. Montenegro wolle lieber als politischer Faktor von der Balkanhalbinsel verschwinden, als seine Ansprüche auf die genannten Orte aufgeben. Der Denkschrift liegt eine Karte bei, auf der die von Montenegro beanspruchten neuen Grenzen kenntlich gemacht sind. Wie das Reutersche Bureau weiter erfährt, bereiten auch die anderen Balkanverbündeten ähnliche Erklärungen zur Unterstützung ihrer Gebietsforderungen vor.

Drei Wochen Sobranje.

Aus Sofia wird uns geschrieben:

Am 1./14. Dezember begann die erste ordentliche Session der Sobranje. Obgleich 400 000 Bürger im besten Mannesalter auf den thrazischen und mazedonischen Schlachtfeldern Wache halten und andere 100 000 im Nachschub, im Sanitäts- und Sickerheitsdienst vollauf beschäftigt sind, hat diese erste Session nach dem Kriege die öffentliche Aufmerksamkeit völlig in Anspruch genommen.

Die Erschütterung und Unsicherheit der Existenz des Staates wie die der Bürger, die der Krieg mit sich gebracht hat, haben natürlicherweise alle Augen auf diejenige Institution des Landes gerichtet, die in Zeiten der Verwirrung immer als der rettende Hort der Nation gegolten hat. Zwar ist die Zusammenfassung der Sobranje weit entfernt, einen den gesellschaftlichen und politischen Richtungen des Landes entsprechenden Parlamentskörper zu bilden, doch tröstete man sich einseitig damit, daß in ihm fast alle politischen Parteien (mit alleiniger Ausnahme der radikalen Demokratie) vertreten sind, andererseits erwartete man, daß die regierende Koalition von Konservativen und Progressivliberalen jetzt, in diesen schweren Momenten, mehr für die Interessen der Allgemeinheit eintreten wird als für ihre Klassen- und Parteinteressen.

Die Enttäuschung war allgemein. Die regierende Koalition und die oppositionellen Gruppen haben weder den verworrenen Zustand der Geister begriffen, noch die nötigen Maßregeln getroffen, um einigermaßen die unerträgliche Last der vom Kriege Betroffenen zu mildern.

Die Thronrede, die der Ministerpräsident verlas, enthielt einige allgemeine Redensarten über die Siege der bulgarischen Soldaten und forderte Kredite und wieder Kredite. Gleich in der nächsten Sitzung beschäftigte man sich mit der Forderung eines außerordentlichen Kredits von 50 Millionen Frank für Militärzwecke. Sein Wort über die innere und äußere Situation, über die Friedensverhandlungen, die Absichten der Regierung und über das Verhältnis zwischen Regierung und Sobranje.

Unser Vertreter Janko Sakajoff brandmarkte diese Art, die Volksvertretung zu mißachten, indem man die Sobranje zusammenruft, um von ihr Kredite zu erpressen, aber nicht im entferntesten versucht, sie in die geheimen und offenen Angelegenheiten einzuweißen, die mit dem Kriege zusammenhängen. Die Regierung hat alle Verbindung mit der Volksvertretung abgebrochen. Diese erwartet mit Ungeduld, daß die Regierung ihre Schuldigkeit tue, indem sie in einem Exposé alle die brennenden Fragen erörtert, die die ganze Nation durchzittern.

Man brummt, machte Tumult, aber im Grunde sah man ein, daß unser Vertreter recht hatte. Der präsidierende Vizepräsident und einige Minister gaben zu, daß das Verlangen bei den Debatten über die Thronrede nachgeholt werde.

In der nächsten Sitzung überraschte man uns aber mit der Einbringung einer Vorlage über die Gehälter der Beamten und Angestellten während des Krieges. Die Regierung schlug vor, daß alle Beamten und Angestellten, die man im Amt behält, ihr volles Gehalt bekommen sollen. Diejenigen aber, die am Kriege teilnehmen, sollen nur ein Drittel ihres Gehalts erhalten. Ein ähnliches Gehalt sollen aber auch diejenigen Beamten und Angestellten bekommen, die provisorisch entlassen sind, da ihre Kanzleien nicht funktionieren können. Die Ungerechtigkeit dieser Vorlage wrang in die Augen. Mehrere Deputierte, auch die oppositionellen Führer, sahen diese Ungerechtigkeit ein, aber keiner konnte und durfte sich offen aussprechen. Es war wieder unserem Genossen Sakajoff beschieden, die Frage prinzipiell zu beleuchten.

Man geht von dem Grundsatz aus, sagte er, für die Familien der Hinterbliebenen sorgen zu müssen. Alle müssen von ihrem Einkommen etwas opfern in dieser schweren Zeit, in der alle Geschäfte ruhen, alle Arbeit stockt. Wenn man will, daß auch die Beamten und Angestellten etwas von ihrem

*) Das proportionale Wahlgesetz, das nach vielen Kämpfen voriges Jahr durchgesetzt war, wird erst mit den nächsten Wahlen in Kraft treten.

Gehalt opfern, so mögen alle Staatsangestellten zwei Drittel von ihrem Gehalte bekommen, so viel als ihre Angehörigen zum Leben brauchen. Aber wie könne man die Angestellten, die in ihren Kanzleien in aller Sicherheit arbeiten, mit ihrem vollen Gehalte bezahlen und die Angestellten, die am Kriege teilnehmen, allen tödlichen Gefahren ausgesetzt sind, nur mit einem Drittel ihres Gehalts abfinden? Das sei eine schreiende Ungerechtigkeit, die nicht ungehört bleiben werde, wenn die Leidenden wieder zurückkehren. (Großer Tumult.)

Die Regierung tut immerhin etwas für ihre Beamten und Angestellten. Wer wird aber für die Hunderttausende von Bürgern in Waffen sorgen, die ihre Angehörigen schon am zweiten Mobilisationstage ohne jedwede Mittel verlassen haben? Wir haben die Pflicht, für diese in schweres Elend geratenen Weiber und Kinder zu sorgen. Die Regierung wird einigermaßen ihre Schuld gegen die, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben opfern, nur dann einlösen, wenn sie eine einmalige Hilfe von 5 Millionen Frank den Stadt- und Dorfgemeinden übergibt, damit diese nach sorgfältig aufgestellten Listen den leidenden und notdürftigsten Familien Unterstützungen aussteilen.

Die Wirkung dieser Ausführungen des Genossen Sakajoff war, daß sich mehrere Deputierte gezwungen sahen, die Vorlage der Regierung umzuändern. Man wollte ein Minimum von 50 Frank festsetzen für die im Kriege befindlichen Angestellten und eine genügende staatliche Hilfe den Gemeinden für die Unterstützung der bedürftigsten Familien gewähren. Nach vielerlei Bemühungen überwand man den Widerstand der Minister, die erklärten, daß der Staat bereit sei, den Gemeinden ein Teil des requirierten Mehls zu demselben Zwecke zu übergeben.

Endlich kam die Reihe an die Debatten über die Thronrede. Der Premierminister gab einige allgemeine Andeutungen über die innere und äußere Situation des Landes. Die oppositionellen Führer beschränkten sich hauptsächlich auf patriotische Auslassungen und nahmen nur Stellung gegen die im Lande eingeführte verfassungswidrige Zensur, die besonders Genosse Sakajoff brandmarkte. Die Ausführungen des letzteren galten der bürgerlichen Methode, die Konflikte zwischen den Nationen durch Krieg auszuweichen, und die Art, wie man den Krieg führt. Er illustrierte seine scharfe Kritik mit Tatsachen, die sich in Fülle boten. Die Leuerung, die Requisition, die Verschwendung der Volkskräfte und des Volksblutes, den miserablen Sanitätsdienst usw. Dann kam er auf den Balkanbund zu sprechen, dem er die demokratische und republikanische Konföderation als die alleinige Lösung des Balkanproblems gegenüberstellte. Als ersten Schritt empfahl er den verbündeten Regierungen, in den neu eroberten Gebieten das Muster einer demokratischen Verwaltung mit religiöser, nationaler und kultureller Freiheit einzuführen, damit sich die gemischte Bevölkerung an einem politischen und kulturellen Zusammenleben gewöhne, was die nationalen Gegensätze mildern werde. Diese Ausführungen des Genossen Sakajoff fanden den Beifall mehrerer Deputierter, die die endlosen Nationalitätenkämpfe in Mazedonien satt haben.

Länger verweilte unser Vertreter bei einer Interpellation über die verfassungswidrige Einführung der Zensur wie auch über einige Verfügungen des Ministerrates, die der Kompetenz des gesetzgebenden Körpers angehören. Es war eine wirkliche Freude für uns, zu sehen, wie sich die Regierung unter der scharfen Kritik der Redner krümmte, die die Unantastbarkeit der Verfassung hervorhoben. Bei der Besprechung des Haushaltsetats der neu eroberten Länder führte unser Genosse aus, welche Maßregeln die Regierung zuerst ergreifen soll. Erstens sollen die freiwilligen Bänder aufgelöst und in die mazedonischen Armeen verteilt werden, damit endlich die Gerichte über ihr Unwesen aufhören. Zweitens sollen die dorthin entsendeten Beamten und Beamten die besten und gewissenhaftesten sein, die wir im Lande haben. Drittens soll die Regierung das Ausrauben der mazedonischen und thrazischen Länder verhindern, indem sie jeden Länderkauf und -verkauf bis auf weiteres gesetzlich verbietet. (Die Minister erwiderten, daß das schon geschehen sei.) Diese Verfügungen sollen aber Gesetzeskraft haben. Und dann muß die Regierung die nötigen statistischen Erhebungen treffen, die die Verwaltung, die Landwirtschaft, den Handel und die Arbeitsverhältnisse der neuen Länder erleichtern und fördern werden.

Ferner wurden Anfragen an die Regierung gerichtet über die gesetzwidrig in den Kasernen und bei den Truppenteilen zurückgehaltenen Bürger, die nicht zum Diensten verpflichtet sind, deren Zahl auf Tausende steigt. Weiter über die Kranken und Verwundeten, die man vor ihrer vollen Genesung wieder zu den Regimentern einziehen läßt. Die anderen Anfragen bezogen sich auf die Mißbräuche, die bei der Requirierung des Proviantes vorkommen, über den mangelhaften Sanitätsdienst, über die Maßregeln, die man getroffen hat, um die Gefahr einer Typhus- und Choleraepidemie vorzubeugen. Ferner fragte unser Genosse die respektiven Minister, ob es zulässig ist, durch zehn- bis zwölfjährige Kinder und 60- bis 70jährige alte Leute Hunderte von Kilometern in unwegsamen Gegenden beim Regen, Nebel und kalte Munition und Proviant befördern zu lassen. Zuletzt forderte unser Genosse eine Antwort von der Regierung, da sie sich gegen den Vorschlag, 5 Millionen Frank für die Notleidenden zu gewähren, ablehnend zeigte, wie sie der bitteren Not der Bevölkerung abzuhelfen gedenkt?

Diese sich über drei Wochen ausdehnende Tätigkeit in der Sobranje hat einen günstigen Nachhall in der Bevölkerung gefunden, obgleich die Regierungs- und Souveränsadresse, die allein in diesen schweren Zeiten ihr Erscheinen nicht eingestellt haben, alles taten, um die Kritik unseres Genossen totzuschweigen. Erfreulich ist es daher, daß unser Parteiorgan „Narod“ jetzt wieder, allerdings nur halbseitig und unter dem Zwange der Zensur erscheinen kann. Es wird uns große Dienste in unserer wichtigen Aufklärungsarbeit leisten.

Nach der Wahl Poincarés.

Demission des Ministeriums.

Die scharfen Gegensätze, die bei der Wahl Poincarés herorgetreten sind, haben seinen früheren Plan bereitet, das Ministerpräsidium bis zu seinem Amtsantritt, der erst in vier Wochen erfolgen wird, beizubehalten. Denn der künftige Präsident der Republik hätte sich dabei der Gefahr ausgesetzt, durch ein Mißtrauensvotum der Kammer als Minister gestürzt zu werden und damit auch seine künftige Stellung zu diskreditieren. Deshalb hat sich das Ministerium, das ohnehin schon durch den Rücktritt Millerands und Borms geschwächt war, entschlossen, seine Demission zu geben.

Präsident Fallières muß also, vier Wochen vor dem Ausscheiden aus seinem Amt, ein neues Ministerium ernennen. Dieses wird dann der Tradition gemäß dem neuen Präsidenten bei seinem Amtsantritt seine Portefeuilles zur Verfügung stellen. Es wird dann freilich vor allem von der Stellung dieses neuen Ministeriums in der Kammer abhängen, ob diese Demission angenommen werden wird.

Ueber die Ministerkrise wird aus Paris gemeldet:

Annahme der Demission.

Paris, 18. Januar. Die Demission der gesamten Kabinetts wurde dem Präsidenten Fallières beim Schluß des heutigen Ministerrats überreicht. Der Präsident nahm die Demission an und bat die Minister, die laufenden Geschäfte vorläufig noch zu erledigen.

Die Sitzung des Ministerrats heute vormittag war sehr kurz und es fand fast keine Diskussion statt. Alle Minister waren einig über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Demission, insbesondere nach dem Rücktrittsentwurf Poincarés. Die Regierung ist der Auffassung, die auswärtige Lage verlange, daß an der Spitze des Ministeriums des Neuen nicht ein interimistischer Leiter, sondern ein verantwortlicher Chef stehe. Außerdem würde durch die Abwesenheit Poincarés vom Parlament auch die innere Stellung des Kabinetts geschwächt werden.

Die Lösungsmöglichkeiten.

Paris, 18. Januar. Zwei Lösungen der Krise werden hier ins Auge gefaßt. Erstens: ein Kabinetts, zu dessen Mitgliedern der größte Teil der zurückgetretenen Minister gehören würde, sollte bis zum 17. Februar die Geschäfte führen; zweitens: es würde ein neues Kabinetts gebildet, von dem man annehmen könnte, daß es am 18. Februar von dem Nachfolger Fallières bestätigt wird. Die zweite Lösung scheint den Sieg davontragen zu sollen. Der wahrscheinliche Ministerpräsident ist Briand, der mehrere neue Mitarbeiter heranziehen würde, falls Bourgeois zurücktreten und auch DeKassé das Marineportefeuille nicht behalten wollte. Diejenigen von den zurückgetretenen Ministern, die unter Briand im Amt blieben, könnten später ihr Portefeuille wechseln, besonders würde Briand wohl das Portefeuille der Justiz abgeben und das Ministerium des Innern übernehmen. Das Portefeuille des Neuen übernimmt dann wahrscheinlich Pichon.

Briand zur Kabinettsbildung aufgefordert.

Paris 18. Januar. Präsident Fallières empfing heute den Senatspräsidenten Dubost und den Kammerpräsidenten Deschanel, hierauf Briand, den er aufgefordert, das Kabinetts zu bilden. Briand wird morgen seine Antwort geben.

Die Abstimmung der Sozialisten.

Versailles, 17. Januar. (Fig. Ver.) Die Präsidentenwahl hat eine bemerkenswerte Disziplin der sozialistischen Fraktion gezeigt. Wohl brachte der erste Wahlgang eine peinliche Ueberraschung, da für den einstimmig aufgestellten Kandidaten Genossen Baillant nur 63 Stimmen abgegeben wurden. Die Fraktion zählt derzeit 72 Mitglieder, zwei davon — die Genossen Bigne und Walter sind krank — es hatten also sieben Parteideputierte den Beschluß nicht eingehalten. Erfreulicherweise ergab aber der zweite Wahlgang eine völlige Einigkeit und Disziplin. Und hoch schien die Situation jetzt gerade viel hoffungsvoller. Wohl war der Sieg Poincarés vorauszu sehen, da die radikale Linke, die unter Combes' und Clemenceaus Führung so schlecht wie nur denkbar manövierte, es nicht fertig gebracht hatte, einen neuen Kandidaten aufzustellen, der zu den für Pams abgegebenen Stimmen eine genügende Anzahl weiterer hätte gewinnen können. Nun hatte die Fraktion am Dienstag den Beschluß gefaßt, ihre Haltung im zweiten Wahlgang nach der Situation und mit Rücksicht auf die in Frage kommenden Persönlichkeiten einzurichten. Sollte sie für Poincaré oder Pams stimmen? Es brauchte keiner langen Ueberlegung, um beide abzulehnen. Poincaré war offensichtlich der Kandidat der Rechtsparteien geworden, und es war zweifellos, daß sein Sieg von diesen als der Sieg der antidemokratischen, konservativen und nationalistischen Tendenzen, als ein Schritt zum persönlichen Regime in der Republik gefeiert werden würde. Andererseits aber schien es unmöglich, durch ein Eintreten für Herrn Pams der Revolte der Bezirksparlamentarier gegen den Proporz das Siegel der Rationalversammlung auszudrücken und die sozialistischen Stimmen einem Mann zuzuwenden, der seine parlamentarische Stellung weit weniger seinen politischen Leistungen als den persönlichen Gefälligkeiten verdankt zu denen ihn sehr glückliche Vermögensumstände befähigen. Wenn Poincaré die Hoffnung derjenigen ist, die auf die Einschränkung der Macht des Parlaments in der Republik hoffen, so ist doch kaum zu bestreiten, daß ein Sieg des Herrn Pams das Ansehen des Parlamentarismus in den bürgerlichen Massen noch weiter herabgedrückt hätte.

Es blieb also der sozialistischen Fraktion nur die Wahl zwischen der Aufrechterhaltung der Kandidatur Baillants und die Stimmenthaltung. Die dritte Lösung, die Abstimmung freizugeben, fand so wenig Fürsprache, daß sie sofort aussiel. Die Verschiedenheit zwischen der Auffassung der Anhänger der beiden Vorschläge war durchaus nicht prinzipieller Natur und die Aufrechterhaltung der Kandidatur Baillants, die von vornherein die große Mehrheit hatte, wurde einstimmig angenommen.

Im zweiten Wahlgang erhielt dann auch Genosse Baillant 69 Stimmen, d. h. die Einstimmigkeit aller Fraktionsmitglieder. (Genosse Ellen-Pebost hatte sich verspätet.) Dieses Ergebnis erfüllte alle Genossen mit Genugtuung. Als dann der Präsident der Rationalversammlung das Resultat des zweiten Wahlganges verkündete, brachen bei der Mitteilung der für Baillant abgegebenen Stimmen der sozialistischen Deputierten in stürmischen, lange anhaltenden Beifall aus, und aus den Hochrufen auf die soziale Republik stieg, zur Einstimmigkeit anwachsend, der Hochruf auf die Kommune empor, der dem allberehnten, noch immer in der ersten Kampfreihe stehenden Veteranen des proletarischen Klassenkampfes galt, aber eine, die persönliche Anerkennung überragende Bedeutung in diesem Versailler Schloß erhielt, das 1871 die in famen Schorgien der parlamentarischen Ordnungsmächte gesehen hat.

Poincarés Triumph.

Versailles, 17. Januar. (Fig. Ver.) Als Präsident Dubost die Tribüne bestieg, um das Resultat zu verkünden, war das Wahlergebnis unten im Saal und auch auf der Journalistentribüne in seinen Einzelheiten schon bekannt. Das hinderte natürlich nicht,

daß die Bekanntgabe der Wahl Poincarés eine konternde Applaus-
salbe auslöste. Auch die Tribünen, auf denen die Damen der
Parlamentarier und die „Elite“ der Bourgeoisrepublik versammelt
waren, nahmen an der Demonstration teil. Man sah, daß Herr
Poincaré die „gute“ Elemente der republikanischen
Aristokratie — und sicher auch die der anderen — für sich hat. —
Die Radikalen suchten den Beifallsturm durch den Ruf „Hu-hu“ zu
überdönen, es kam auch zu Zurufen von der einen und von der
anderen Seite, indes erlähmte die Gegenüberhebung der bürger-
lichen Opposition sich selbst infolge des gleichgültigen Schweigens
der äußersten Linken, wo die Sozialisten Platz genommen hatten.
Die Verkündigung der Stimmen des Herrn Pams gab die Ge-
legenheit zu einer neuen radikalen Demonstration, die indes bald
erstarb.

Vor dem Versatler Schloß hatte sich hinter dem Militär-
spalier — es ist überhaupt ganz unglaublich, was heute an Solda-
ten zu Fuß und zu Fuß und Gendarmen, von den Spikeln ganz
zu schweigen, von Paris bis Versailles aufgebaut worden ist —
eine Menge angeammelt, die Poincaré mit stürmischen Hochrufen
begrußte und mit Hochrufen über die Parlamentarier, besonders
die radikalen Führer, nicht lachte. Versailles ist freilich immer
eine Hochreaktionäre, im Herzen antirepublikanische Stadt geblie-
ben, die es den Herren der Republik nicht vergibt, daß sie sich um
den Spektakel der monarchischen Feste gebracht hat. Der Jubel der
Bourgeois von Versailles ist nicht eben einer republikanischen
Bürgertruppe gleichzuachten.

Die französische Presse über die Präsidentenwahl.

Paris, 18. Januar. Die Presse erörtert die Wahl Poin-
carés zum Präsidenten der Republik fast einmütig mit Leb-
hafter Befriedigung. Selbst „Radical“, das offizielle
Blatt der sozialistisch-radikalen Partei, die die Wahl Poincarés
scharf bekämpft hat, erklärte heute, daß die öffentliche Meinung
das Votum der Nationalversammlung mit Freuden aufnehmen
werde, der nunmehr nur von dem einen edlen Gedanken erfüllt
sein werde, die ihm zugewiesene rühmliche Rolle sorgfältig zu
erfüllen. „Petit Parisien“ sagt: Die Bedeutung der
geistigen Wahl läßt sich in den Worten ausdrücken: Demokratischer
Fortschritt, vernünftige Entwicklung und eine Politik der Ehre
und des Friedens. Die öffentliche Meinung Frankreichs und auch
die des Auslandes werden die Wahl in diesem Sinne auffassen.
In „La France“ verpöbelt der radikale Deputierte Ranzie die
von den Gegnern Poincarés aufgestellte Behauptung, daß dessen
Wahl die Diktatur und die persönliche Gewalt bedeute. Die
einzige Diktatur, die gestern gebraudmarkt und verurteilt wurde,
sei die geheime Diktatur der parlamentarischen Gruppen und der
Klubs. „Kapelle“ erklärt: Wer Poincaré kennt, weiß daß er unfähig
ist, Ränkungen und Vergeltungsmaßregeln auszuüben. Als Präsi-
dent der Republik wird er nicht daran denken, sich für die Be-
leidigungen zu rächen, die ihm als Ministerpräsident angetan
wurden. „Lanterne“ stellt fest, daß Poincaré von einer un-
leugbaren republikanischen Mehrheit gewählt
wurde, denn er habe 383 rein republikanische Stimmen erhalten
gegenüber den 306, die auf Pams entfielen. Der konser-
vative Deputierte Graf de Kun gibt im „Echo de Paris“
in begeisterten Worten seiner Befriedigung über die Wahl
Ausdruck, die er als einen Sieg des Patriotismus bezeichnet. Die
guten Franzosen, in deren Namen er spräche, wenden sich ange-
sichts der ersten internationalen Lage voll Beruhigung aber zu-
gleich auch voll Hoffnung dem neugewählten Präsidenten zu.

Die „Humanité“ schreibt: Wir bekämpfen in Poincaré
nicht seine Person und haben deshalb auch keinen Grund, uns
als geschlagen zu betrachten. Wir werden weiter für den inter-
nationalen Frieden und für den sozialen Fort-
schritt arbeiten

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar 1913

Teuerungszulagen und Kreditnot im Abgeordnetenhaus.

Das Dreiklassenhaus erledigte am Sonnabend zunächst die zweite
Lesung des Nachtragsetats, der 60 Millionen für beschleunigte Bahn-
bauten zur Verringerung der Verkehrsnot und nicht ganz eine Million
für Teuerungszulagen für die Beamten verlangte. Es war beab-
sichtigt, über den Nachtragsetat ohne jede Debatte abzustimmen.
Der sozialdemokratische Redner hielt es jedoch für geboten, auch hier
nochmals die Frage der Teuerungszulagen energisch aufzuwerfen, um
die bürgerlichen Parteien zu einer klaren und entschiedenen Stellung-
nahme zu nötigen. Genosse Ströbel wies die glänzende Finanz-
lage Preußens nach, die sogar die Kommissionsmehrheit veranlaßt,
eine Steuererhöhung für die reichsten Leute zuzubilligen. Und da
wolle man vor der Erklärung der Regierung zusammen-
halten: es seien keine Mittel vorhanden? Während das Zentrum und
die Rechte es vorgezogen, sich in verlegenen Schweigen zu hüllen,
ausgerechnet Herr Pahnke von der fortschrittlichen Volkspartei
dazu her, die schleunige Erledigung des Etats zu empfehlen,
also die Frage der Aufbesserung der Beamtengehälter
oder auch einer nur halbwegs in Frage kommenden
Teuerungszulage abermals beiseite zu schieben!
Daß ein solches Spiel nur den Widerstand der Regierung stärken
und die Beamten schließlich um ihre berechtigten Ansprüche pressen
muss, liegt auf der Hand!

Nach der ersten Besprechung des Moorschutzgesetzes wendete
sich das Haus der Frage des städtischen Realcredits zu. Die bürger-
lichen Redner erörterten weitläufig das Problem der Kreditnot der
Hausbesitzer, ohne jedoch sowohl deren Ursachen klar aufzudecken
noch Mittel zu ihrer Beseitigung angeben zu können. Genosse
Gorchardt ging dem Problem mit der Sonde der sozialistischen
Kritik zu Leibe und zeigte, daß letzten Endes die vielbesagte Kredit-
not nichts ist, als das Produkt der kapitalistischen Bodenpekulation,
die — wie er an interessanten Beispielen zeigte — in der skrupellosen
Weise, mit allen Schikonen des Verschwindels nicht nur von einkaufs-
losigkeiten kapitalistischen Hain oder Äbel betrunken Konforten,
sondern unter Vorschlebung einer Aufrisse selbst von den größten,
renommiertesten und „nationalen“ Banken betrieben
wird. Nur eine großzügige, staatliche und kommunale Bodenpolitik,
die die Bodenpekulation energisch ausschalt, könne hier helfen und
vor allem auch die Mieter vor der steigenden Ausbeutung schützen.
Natürlich wollten die bürgerlichen Redner, wie der Zentrumsmann
Graf Spee, von einer solchen „sozialistischen“ Politik nichts wissen.

Am Dienstag dritte Lesung des Nachtragsetats und zweite
Lesung kleinerer Etats.

Kapitalistische Quertreibereien in der Elektrifizierungs- kommission.

Die Gegner der Elektrifizierung der Berliner Stadt- und
Vorortbahn machen die verwerflichsten Anstrengungen, das
Regierungsprojekt der Elektrifizierung zu Fall zu bringen. Ein
bestimmter Kreis von Konservativen, Ultramontanen und
Nationalliberalen bietet des Neuberste auf, um die Dar-

legungen und Berechnungen der Regierung zu entkräften und
dem von der Regierung gelieferten Material anderes Material
entgegenzusetzen. Dies Gegenmaterial läuft so massenhaft ein,
daß es nicht einmal immer von den in Frage kommenden
Abgeordneten, die als Opponenten der Elektrifizierung auf-
treten, rechtzeitig bewältigt werden kann. Deutlich ist zu be-
merken, wie gewisse kapitalistische Interessentenkreise unau-
gesehen ihre Hand im Spiele haben und wie die Herzen
Abgeordneten nur das Sprachrohr der kapitalistischen Souffleure
bilden.

Dies Intrigenspiel führte auch in der letzten Sitzung der
Kommission am Freitag zu einem bemerkenswerten Zusammen-
stoß zwischen der Regierung und den von bestimmten
kapitalistischen Interessenten inspirierten und dirigierten Gegnern
der Elektrifizierung. Schon schien die Sitzung sich ihrem Ende
zuzuneigen, als es zu dem heftigen Konfronte zwischen dem
(der oppositionellen Interessengruppe angehörenden) Referenten
und dem Minister kam. Der Referent bezweifelste wiederum
die Zahlen der Regierungsvorlage und besonders die Möglich-
keiten der schnelleren Zugfolge bei elektrischem Betrieb. Der
Minister wies diese Bemängelungen und Anzweiflungen aufs
schärfste zurück. Nicht die Regierung agierte mit falschen
Zahlen, sondern die anonymen Informatoren des Herrn
Berichterstatters handelten unverantwortlich, während die
Regierungsbeamten für ihre Angaben einstünden. Es gehe
doch nicht an, die beamteten Gewährsmänner der Regierung
für vertrauensunwürdig zu erklären, während man den per-
sönlich interessierten Informatoren der Gegenseite
ohne weiteres Glauben schenke.

Selten zeigt sich das Interessenspiel bestimmter kapitalisti-
scher Kreise so nackt und greifbar wie hier. Gewöhnlich ist die
Regierung selbst Akteurin in dem kapitalistischen Konzern zur
Ubertölpelung und Ausbeutung der breiten Massen!

Echt preussisch!

Am Freitag wurde Genosse Dr. Gustav Eckstein, der
in der Parteischule einige Unterrichtsstunden über „Geschichte
des Sozialismus“ erteilte, zu dem Landrat seines Wohnsitzes
zitiert, wo ihm eröffnet wurde, daß er durch die Unterrichts-
erteilung sich als Ausländer lästig gemacht hätte
und bei Fortsetzung des Unterrichts aus Preußen aus-
gewiesen werden würde.

Das ist wieder mal echt preussisch! Die Wissenschaft ist
frei — sagt die preussische Verfassung. Die Wissenschaft ist
international — erklären die preussischen Universitäten und
begründen das Institut der Austauschprofessoren! Aber wehe
der Wissenschaft, die nicht die amtliche Billigung findet! Da
verschwindet die ideale Verfassungsbestimmung und an ihre
Stelle tritt die wahre preussische Verfassung — das diskretionäre
Ernennen der Polizei. Genosse Eckstein ist Wiener und so hat
ja die Polizei, da es ja ein wirkliches Fremdenrecht nicht gibt,
die Macht, ihn an der Ausübung seiner Lehrtätigkeit zu
hindern und die Macht der Polizei ist hierzulande zugleich
die Schranke für die Freiheit der Wissenschaft.

Nur darum handelt es sich uns. Wir reden nicht davon,
wie komisch es wirkt, wenn im Zeitalter der Rabelungentreue
ein Desterreicher mit so bundesbrüderlicher Liebenswürdigkeit
behandelt wird. Noch weniger von der Unvernunft einer
Mafregel, die natürlich für die Institution, die sie offenbar
treffen will, nicht die geringste praktische Wirkung haben kann
und haben wird. Denn daß es bei uns genug Kräfte gibt,
die die Geschichte des Sozialismus vorzutragen können, wird
hoffentlich auch den Urhebern dieser Mafregel nicht unbe-
kannt sein.

Rein, uns handelt es sich nur um die prinzipielle Frage,
um die schändliche und kleinliche Anwendung der Ausweisungsbefugnis
zu dem Zweck, eine bestimmte wissenschaftliche Lehre
zu treffen. Denn bei den Vorträgen Ecksteins handelt es sich
um eine streng wissenschaftliche Darstellung
der geschichtlichen Aufeinanderfolge der sozialistischen Systeme
durch einen bewährten Fachmann. Und dagegen wird die
Fremdenpolizei in Bewegung gesetzt! Es wäre zum Lachen,
wenn es nicht so blamabel wäre, daß die brutale Polizeif-
kauf die Grenze wissenschaftlicher Lehre bezeichnen darf.

Fromme Brüder.

Vor kurzem ist bekanntlich die „Correspondance de
Rome“ eingegangen, das von den Böhemiten am meisten gefachte
Organ der römischen Kurie. Die „Kölner Korrespondenz“, die
nimmermüde Bekämpferin der Kölner kirchlichen Richtung, be-
trachtet dieses Verschwinden der eben „Nömerin“, um der „Kölnerischen
Vollzeitung“ folgendes niedliche Sündenregister vorzubalten:

„Berühmt und gefürchtet wurde die „Correspondance de Rome“,
als sie im Sommer 1907 die Münchener Kultur- und Antinde-
liga ausbede. Die Herren, die sich unter Ehrenwort zum Still-
schweigen verpflichteten, halten ihre religiösen und kirchlichen Re-
formpläne so geheim gehalten, daß selbst der Ortsbischof von
München von der Sache nichts wußte. Die „Corr. de Rome“ aber
war unterrichtet. Sie veröffentlichte die ganz geheimen Akten bis
auf letzte Tüpfelchen, und auch nachher hat sie die Wege und In-
teigen der „Nömer“ sauber aufgedeckt. Es gibt nun nichts, was
den „Nömern“ so peinlich wäre, als die Wahrheit über ihr eigenes
Wollen und Tun. Darum inszenierten sie einen wahren Regen-
sabbat gegen die „Corr. de Rome“. Da man dem römischen Organ,
dessen Informationen so verblüffend zutreffend waren, mit
Gründen nicht beizukommen vermochte, und auch die
üblichen Rächen der „Kölnerischen Vollzeitung“ nichts ausrichteten,
so wandte man sich zuerst an Mitglieder des
Episkopats, die natürlich nicht reagierten. Kurz darauf wurde
man in Rom vorstellig. Das war gerade die richtige Adresse! Man
zog schleunigst die Fühler wieder ein und vertraute auf die Mittel
der Selbsthilfe. Diese Mittel bestehen bei den „Köl-
nern“ vornehmlich in Lügen und Verleum-
dungen. Es ist unfaßbar, was gegen die „Corr. de Rome“ alles
zusammengedogen wurde. Die „Kölner“, die in Ermangelung sach-
licher Gründe auf die persönliche Kampfmethode schlechterdings an-
gewiesen sind, haben sich nicht geschämt, die niedrigsten persönlichen
Angriffe gegen den Herausgeber der „Corr. de Rome“ zu schleudern.
Unter Vorantritt der „Augsburger Volkszeitung“ und der „Kölnerischen
Vollzeitung“ haben sie ihn sogar beschuldigt, im Dienste der
Lüge zu stehen und die Interessen des Vatikan
an Rußland verraten zu haben. Erst als der Vatikan
selbst für die Ehre des mit Not bevorzogenen hochangesehenen Kurien-
prälaten offiziell eintrat, nahm die Insamie ein Ende. Diese Ge-
meinheit sondergleichen bildet eines der schmutzigsten Mütter in der
Geschichte des Streitens um die Kölner Richtung.

Jetzt blieb den „Kölnern“ nur noch ein Weg: der diploma-
tische, auf dem sie schon so manches gegen den Vatikan erreicht
haben. Die Geschichte wird diese Machinationen wohl einmal auf-
decken; wir können es nicht, aus begrifflichen Gründen. Aber das
eine können wir sagen, daß der erhoffte Erfolg ausblieb. Der
römische Vertreter der „Kölnerischen Zeitung“ schilderte damals die
Situation treffend durch den Vergleich mit den vorgeschobenen
Batterien. Das einzige, was die „Kölner“ auf ihren diplomatischen
Schleichwegen erreichten, war eine Verringerung in der Taktik.

Aber auch diese Verringerung bedeutete im Grunde für die Böhemiten
eine Niederlage, denn sie implizierte die sachliche Anerkennung
der bisherigen Haltung der „Correspondance de Rome“.

Mandatämde.

Gheimrat Professor Freiberger v. Liszt hat erklärt, sein Man-
dat zum preussischen Landtag mehr annehmen zu wollen, damit er
seine ganze Kraft den Arbeiten im Reichstag widmen kann. Das
Mandat des Herrn v. Liszt (Stadt Charlottenburg) ist den Fort-
schrittler sicher und viel verlangt, wollen sie den Pfarrer Rau-
mann als Nachfolger auf den Schild erheben.

Unbegründete Besorgnisse.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ läßt sich auf parlamen-
tarischen Kreisen schreiben, daß man der weiteren Entwicklung der
inneren Politik und dem Schicksal der allgemeinen Besitzsteuer nur
mit großer Sorge entgegensehen könne. Diese Befürchtung wird
damit begründet, daß dem Reichsminister vom Zentrum ein Miß-
trauensvotum ausgestellt wurde wegen seiner Haltung in der
Jesuitenfrage und fernerhin Herr Dr. Oertel ankündigte, auch die
Konservativen könnten kein besonderes Vertrauen zur Regierung
mehr haben, da sie in der Frage des Arbeitswillensgesetzes noch
nichts unternommen habe und da schließlich auch die nationalliberale
Fraktion dem Staatssekretär des Innern des Befremden der
Fraktion habe ausstellen lassen über den eigentümlichen Standpunkt,
den die Regierung in der Frage der päpstlichen Enghilfa ein-
genommen hat.

Diese nationalliberalen Besorgnungen sind Gespenster, die sich
sehr leicht bannen lassen. Der Reichsminister nimmt die Erklärung
des Zentrums offenbar durchaus nicht tragisch. Er kennt das
Zentrum und weiß, daß mit einigen kleinen Konzessionen außer-
ordentlich viel zu erreichen ist. Mißtrauensäußerungen des Zen-
trums haben an Wert ganz erheblich eingebüßt, seitdem diese Partei
in der Duellfrage so mannschaft umgefallen ist. Die Kanonade, die
das Zentrum eröffnete, war Kanonendonner, weiter nichts. Viel-
leicht daß man beim Militärletzt da und dort kleine Abstriche macht
um im nächsten Jahre desto mehr zu bewilligen, aber ernstliche Be-
sorgnungen hat bestimmt weder der Reichsminister noch der Kriegs-
minister noch der Staatssekretär Bischo als Verfasser der Jesuiten-
gesetzinterpretation zu hegen. Auch die Konservativen werden leicht
zu befriedigen sein. Wenn ihnen ein Zoll auf Wisk und Rahm
in Aussicht gestellt wird, dann werden sie herzlich gerne auf den
von ihnen geforderten größeren Arbeitswillensgesetz verzichten,
um so mehr, als sie die Gewißheit haben können, daß die deutsche Justiz
besteht sein wird, mit aller Kraft die Interessen der Unternehmer
zu schützen. Und nun gar erst die nationalliberalen Befremden,
die dem Staatssekretär des Innern zum Ausdruck gebracht wurden!
Wer in aller Welt nimmt eine nationalliberale Drohung ernst,
wenn sie gegen die Regierung gerichtet ist. Die nationalliberale
Reichstagsfraktion hat es noch nie verstanden, eine wirkliche und
grundsätzliche Opposition zu treiben. Die Regierung weiß ganz
genau, daß die Nationalliberalen den Moment kaum erwarten
können, der sie zurückführt in die Reihen eines Regierungsblochs,
um endlich restlos den Verdacht von sich abwälzen zu können, einmal
auch nur ernstlich daran gedacht zu haben, Opposition zu treiben.
Wie die Dinge heute im Reichstag liegen, wird die Regierung alles
durchsehen, was sie will.

Rußland.

Die Fenster der Freiheit Finnlands.

Petersburg, 18. Januar. Der Kaiser hat den Beschluß des
Ministerrats bestätigt, durch den die Petition des finni-
schen Landtags abgelehnt wird, in der gegen die Verringerung
des finnischen Territoriums protestiert wird. Der Ministerrat er-
klärte die scharfe Form der an den Kaiser gerichteten Petition für
ungünstig.

China.

Die Entschädigung für den Bogeraufstand.

Peking, 18. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-
agentur.) In der heutigen Konferenz der Gesandten wurde be-
schlossen, den Ueberschuß der bis zum 31. Dezember 1912 ein-
gelaufenen Zolleinnahmen im Betrage von zehn Millionen Dollar
als Zahlung der noch rückständigen Entschädigungen aus dem
Bogeraufstand unter den Mächten ihren Anteilen entsprechend zu
verteilen.

Amerika.

Die Einwanderungsvorlage der Vereinigten Staaten.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus New York
wurde am Donnerstag in Washington in einer Sitzung des von den
beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Komitees zur Prüfung
der bürgerlichen Einwanderungsvorlage eine Einigung erzielt.
Sie bestimmt, daß die Einwanderer imstande sein müssen, ihre
eigene Landesprache zu lesen. Von dieser Bestimmung sind
Gattinnen, Witwen und ledige weibliche Personen ausgenommen.
Der höchste Senat hat die Forderung der Kenntnis des Schreibens
fallen gelassen. Die Kopfsteuer für Einwanderer wird von 4 auf
5 Dollar erhöht. Jedes Einwanderer besitzende Schiff muß re-
gierungsfeindlich ernannte amerikanische Ärzte, Inspektoren und
Wärterinnen an Bord haben. Desertierende fremde Seeleute wer-
den verhaftet und deportiert, desgleichen Eingewanderte, die in
Amerika wegen Vergehens gegen die Moral verurteilt wurden.

Washington, 17. Januar. Die Gesetzesvorlage über die Ein-
wanderung, die eine Bestimmung über ein Mindestmaß an Schul-
bildung enthält, ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden.

Aus der Partei.

Bildungsarbeit der Partei.

Auf Grund eines Beschlusses der letzten Landesversammlung der
Sozialdemokratie Württembergs ist jetzt ein Bezirks-
bildungsausschuss für Württemberg gegründet worden.
Er besteht aus je 3 Vertretern der Sozialdemokratischen Partei
und der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart und 1 Vertreter des
Landesverbandes der Sozialdemokratischen Württembergs. In seiner
konstituierenden Sitzung wurde Genosse Otto Waser zum Vor-
sitzenden und Genosse Edwin Hornle zum Schriftführer gewählt.
Der Bezirksbildungsausschuss soll der organisierten Arbeiterpartei
Württemberg in der Vereinsführung und Verbilligung der profes-
sionellen Bildungsarbeit mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihr
besonders behilflich sein bei dem zweckmäßigen Arrangement von
Unterrichts- und Vortragskursen, Einzelvorträgen ersten und heiteren
Inhalts, Dichter- und Rezitationsabenden, Lichtbildervorträgen und
allen Veranstaltungen, die belehrenden Inhalts oder der Pflege
würdiger Geseßigkeit gewidmet sind.

Die Adresse des Genossen Waser ist: Stuttgart, Hauptstädter-
straße 96.

Personalien. Die Chefredaktion der „Frankfurter
Tagespost“ in Nürnberg übernimmt noch im Laufe dieses
Monats Genosse Dr. Adolf Braun, der das Blatt bereits früher
leitete und seitdem an der „Wiener Arbeiterzeitung“ tätig war.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Holzgewerbe unvermeidlich?

Nach dem bereits gemeldeten Abbruch der Verhandlungen im Holzgewerbe hatte der Deutsche Holzarbeiterverband am Sonntag, den 18. Januar, eine Konferenz von Vertretern aus allen Vertragsstädten nach Berlin einberufen, um zu der gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Die von circa 150 Delegierten besuchte Konferenz hat einstimmig beschlossen, die Herausforderungen und brüskierenden Ansprüche des Arbeitgeberverbandes mit ganzer Entschiedenheit zu bekämpfen. Die Holzarbeiter Deutschlands sind fest entschlossen, an der von ihnen geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, die in den allermeisten Fällen eine sehr bescheidene ist, sowohl als auch an der vierjährigen Vertragsdauer unbedingt festzuhalten und werden sich von diesem Entschluß auch durch den zum 15. Februar von dem Arbeitgeberverband angedrohten Kampfe auf der ganzen Linie nicht abbringen lassen.

In einer zweifellos aus den Reihen des Arbeitgebersverbandes stammenden Notiz in der Berliner „Volkzeitung“ vom 17. Januar wird erklärt, daß ein Eingreifen der Regierung, um die jetzt daniederliegenden Verhandlungen wieder aufzunehmen, von den Unternehmern als unwahrscheinlich angesehen würde. Auch die Konferenz der Holzarbeiter stand dem Eingreifen eines Unparteiischen sehr unympathisch gegenüber.

Berlin und Umgegend.

Die Weißbierbrauereiarbeiter, organisiert im Deutschen Transportarbeiterverband und in den Verbänden der Maschinen- und Heizer und der Böttcher, nahmen in einer Versammlung, die am Freitagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, ebenfalls Stellung zum Ablauf des Tarifvertrages. Wie die Versammlung am Donnerstagabend, so beschloß auch diese, den Vertrag zu kündigen. Der Referent Alisch führte aus, daß Verbesserungen in der Lage der Arbeiter der Weißbierbrauereien notwendig seien. Der gegenwärtige Vertrag wurde von einzelnen Brauereien sogar noch recht ungünstig für die Arbeiter ausgelegt, zum Beispiel in der Frage der Überstunden und der Sonntagsarbeit. Man hat auch Verträge mit einzelnen Leuten abgeschlossen und dadurch die mit den Organisationen geschlossenen Verträge wirkungslos gemacht. In letzter Zeit ist man sehr rücksichtslos mit Entlassungen vorgegangen, und man könne es den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie ebenfalls keine Rücksicht nehmen, sondern in erster Linie nach einer Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse streben. — Eine Vertrauensmännerversammlung hat sich bereits mit der Angelegenheit der Tarifkündigung beschäftigt und sich einstimmig dafür ausgesprochen. Die Mitgliederversammlung erklärte sich, wie schon bemerkt, ebenfalls dafür und wählte eine Kommission, um die Bewegung einzuleiten, in Gemeinschaft mit der am Donnerstagabend gewählten Kommission.

Kellnerausperrung im Café Wörz (Neues Schauspielhaus am Kollendorferplatz). Die in diesem Betriebe beschäftigten Kellner verlangten Abschaffung der täglichen Abgaben von 30 Pf. und Einführung eines Monatslohnes von 10 Mark. Weides wurde den Vertretern der Angestellten von den Inhabern W. Wörz und Benekam unter Vorbehalt der endgültigen Entscheidung zugesagt. Mit einer Vertagung waren die letzteren auch ohne weiteres einverstanden. Während sich der eine Inhaber an den Verhandlungen nicht beteiligte, hatte der andere die Anweisung gegeben, daß die Kellner nicht, wie üblich, am Wärfel, sondern im Bureau abrechnen sollten. (Die Verhandlungen fanden auf Wunsch der Unternehmer nachts nach 11 Uhr statt.) Inzwischen hatten sich dann beide Herren englisch empfohlen, und die Kellner erhielten 20 an der Zahl sämtlich ihre schon vorher fertig gestellten Papiere und waren entlassen.

90 Pfennig Lohn pro Tag — das sind für 20 Mann 6 Mark. Es bleibt bei einer Jahresmiete von 100 000 Mark für die Kellner nichts übrig; diese müssen im Gegenteil noch 6 Mark pro Tag für Fußgeld usw. zahlen! Und weil sie es gewagt haben, die Herren Inhaber durch ihre Verhandlung zu erschrecken, die Abschaffung dieser schreienden Mißstände herbeizuführen, werden sie ohne jede Rücksicht, ohne auch nur den geringsten Versuch eines Ausgleiches, auf das Pflaster geworfen.

Ein solches Vorgehen, das bisher einzig in seiner Art dastehen dürfte, muß jeden Angestellten zur Solidarität verpflichten. Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt.

Wachtung, Tabakarbeiter! Der Zigarrenfabrikant Vorn-Kessel, Waldstr. 39, N.W., hat den Tarif, den er durch Annahme billiger Arbeitskräfte durchbrochen hatte, noch nicht wieder eingeführt. Die grünen Blätter sind der Firma entzogen. Als Arbeitswille fungiert eine Kollerin Strassow 11, sowie eine Widelmaderin. Der Betrieb von Vorn-Kessel ist gesperrt.

Arbeiter, Kaucher! kauft nur dort Euren Zigarrenbedarf ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Die Organisation der Landarbeiter in agrarischer Beleuchtung.

Der Verbandstag des Landarbeiterverbandes und die Verhandlung der Landarbeiterfrage auf dem Freuentag haben die gesamte konservative und die diesen verwandte Prehmeute aufgeschreckt. Das Ableugnen der Organisationserfolge auf dem Lande hat keinen Zweck mehr. Mit recht langen Gesichtern begreifen sich die Agrarier klar zu werden, daß der Klassenkampf vornehmlich auch an ihre Tore pocht. Diese Erkenntnis macht die Freunde des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften höchst verdrossen gegen die neueste Gründung eines ihrer politischen Schützlinge, des christlich-sozialen Franz Lehrens. Der von diesem gegründete „Hauptverband“ christlich-nationaler Feld- und Gartenarbeiter mit dem Sitz in Effen bezieht dem größten Mißtrauen der Konservativen. „Gewerkschaftsbewegung bleibt Gewerkschaftsbewegung“, sagte die „Kreuzzeitung“, „Klassenkampforganisation sei stets der unerwünschte Schluß. Das platte Land müsse von jeglichem Versuch, die Arbeiter zu organisieren, verschont bleiben.“ „Gewerkschaftliche Ideen gehören nicht auf die friedlichen Dörfer. Die schaffen nur Unfrieden.“ So ruft das Junferblatt beschwörend aus. Ein einziger Schrei nach Rettung aus der schrecklichen Gefahr geht durch die konservative Presse bis herunter zum letzten Kreisblattchen.

Die namhaftesten Organe machen ihre „sozial-politischen“ Spezialschmök mobil und lassen sich und ihren Lesern Trostartikel vorlesen, die gewürzt sind mit der wohlwollendsten Sauce: die Gefahr ist nicht groß; den Landarbeitern fehlt das Koalitionsrecht. Und indem die „ungezählten Millionen an Rationalvermögen“, die bei einem Erntestreit in Deutschland verloren gehen würden, den erschreckten Blicken der agrarischen Leser erscheinen läßt, schwört man sich gegenseitig zu: Das Koalitionsrecht den Landarbeitern? Niemals!

Aber schon erscheint zum größten Schrecken der agrarischen Kreise einer ihrer Belehrteten, die beauftragt sind, die Wissenschaft agrarisch umzufärben, und weist nach (was übrigens die organisierten Landarbeiter schon längst wissen und praktisch belegen), die Landwirtschaft sei vor den Gefahren dieser Organisations-

bestrebungen“ gar nicht durch ein gesetzliches Koalitionsverbot gefährdet. In einer Veröffentlichung des Königlich preussischen Landes-ökonomiensoziallogiums, die dieser Tage erschien, untersucht der Dezentrat dieses preussischen Instituts Dr. phil. et jur. W. A. S. M. S., der agrarische Experte für Landarbeiterfragen, das für ein Koalitionsverbot geltende preussische Gesetz vom 24. April 1854 mit dem Ergebnis, daß er feststellen muß: Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind nur Verabredungen von Arbeitseinstellungen oder Arbeitsverhinderungen verboten. Jeder Zusammenschluß, um auf anderem Wege als den der Arbeitseinstellung die Forderungen der Arbeiter zu vertreten, steht auch (seiner!) den Landarbeitern frei. Es handelt sich also nur um ein Streikverbot und nicht um ein Verbot der Bildung von Klassenorganisationen.

Nach einer flüchtigen Betrachtung der vorhandenen Organisationen landwirtschaftlicher Arbeiter, wobei unter größtmöglicher Konflikt mit der Wahrheit die im Frühjahr 1912 bei einer „milden“ Lohnbewegung gut katholischer und unorganisierten Winzer im Rheingau vorgekommenen Weinbergsgewerkschaften der „radikalen Agitation der Sozialdemokratie“ zur Last gelegt werden, kommt der Herr Dr. phil. et jur. zu den besonnenen Abwehrvorschlägen der Abgeordnetenhauskonferenz unter Vorsitz des Grafen Schwerin-Löwitz. Die Landarbeiter sollen schleunigst den landwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen, vor allem den landwirtschaftlichen Vereinen, ländlichen Genossenschaften, dem Bund der Landwirte, den Kriegervereinen, dem deutschen Wehrverein, dem deutschen Flottenverein und den verschiedenen Frauenvereinen auf dem Lande eingereiht werden. Der „mannhafte, vaterländische, kriegerische Geist“, der nach Ansicht des agrarischen Doktors in „unserem Landvolk“ lebt, sei zweifellos ein ausgezeichnetes Boden, um die Berufsgruppen, Unternehmer und Arbeiter einander näherzubringen. Die Landarbeiter seien heute, was die ländlichen Unternehmer als Ruhmesblatt für sich in Anspruch nehmen könnten, in ihren ganz überwiegenden Teil noch durchaus monarchisch und gut deutsch-national gesinnt und wären dankbar, wenn sie sehen, daß bei den Unternehmern der Wille vorhanden sei, gemeinsame Interessen zu pflegen und zu fördern.

Die geängstigten Agrarier werden nun wieder aufatmen und unbesorgter in die Zukunft blicken. Die in ihren Problemen plötzlich so nahe an sie herantretende „Landarbeiterfrage“ kann je nach der wissenschaftlichen Ansicht ihres Spezialgelehrten, der diese Auffassung mit dem Recht der Priorität auf der schon genannten Rettungskonferenz vorgebracht hatte, gelöst werden, ohne daß man an Lohnerschöpfung, Änderungen der Arbeitszeit usw. zu denken braucht. Ja zu ihrem weiteren Troste wird ihnen versichert, daß sie die Naturalienlohnung, die ohnedies ein wertvolles Mittel zur Erhaltung der Abhängigkeit ihrer Arbeiter darstellt, unbedingt (auf Kosten der Parolierung) erweitern dürfen.

Von den landwirtschaftlichen politischen Parteien wird verlangt, daß sie (zur Werbung der Landarbeiter!) ein eingehendes Landarbeiterprogramm in ihr Parteiprogramm aufnehmen. Nach Ansicht des genialen Agrarieres dürfte es nicht schwer fallen, ein Programm aufzustellen, das sowohl von Besitzern wie von Arbeitern vertreten werden könne.

So wäre nun nach Ansicht der Agrarier die Landarbeiterfrage bestens gelöst. Es fragt sich nur, was die zunächst Beteiligten, die Landarbeiter, dazu sagen. Sie werden empfinden, was ein mecklenburgisches konservatives Organ von ihnen bezüglich der von uns geschilderten Glendebilder aus dem Landarbeiterleben vergeblich erwartet, daß es eine Pelebidung schlammiger Art ist für sie, von agrarischer Arbeitgeberseite immer noch für so dumm und urteilsunfähig gehalten zu werden, daß sie auf solchen Leim kriechen sollten.

Subvention der Gelben im Steindruckereigewerbe.

Die gelbe Organisation im Steindruckereigewerbe erhält durch den Schutzbund der Unternehmerorganisation einen jährlichen Zuschuß zum Beitrag dafür, daß die Gelben sich verpflichten, einige Entschuldigungen ihres Verbandes nicht zu ändern, so daß der Unternehmerschutzverband stets einen bestimmten Einfluß auf den gelben Gehilfenverband ausüben vermag. Dem Verlangen des Unternehmerschutzverbandes haben nun die Mitglieder des gelben Gehilfenverbandes zugestimmt, wonach nun für jedes Mitglied 40 Pf. pro Woche Beitrag durch den Unternehmerschutzverband gezahlt wird, sofern es im Betriebe eines Schutzbundmitgliedes arbeitet. Die vorgenommenen Abstimmungen unter den Mitgliedern des gelben Verbandes hat ergeben, daß dem Angebot des Unternehmerschutzverbandes mit 638 gegen 165 Stimmen zugestimmt wurde. Der Unternehmerschutzverband hat sich nun bereit erklärt, vom 1. Januar 1913 ab diese Summe, die ungefähr 9000 Mark jährlich beträgt, an den gelben Gehilfenverband abzugeben. Es sind 430 Mitglieder des gelben Gehilfenverbandes in Schutzbundbetrieben beschäftigt. Diesem gelben Verband gehören zumeist die Steindrucker- und Lithographen-Berufmeister an. Bisher gehörten auch die Lehrlinge vieler Steindruckereibetriebe dem gelben Verein als Mitglieder an, oder richtiger gesagt, die Schutzbundfirmen zahlten für ihre Lehrlinge die Beiträge an die gelbe Organisation. Die Lehrlinge traten aber allgemein nach dem Auslernen des Lithographen- und Steindruckerberufes bei, so daß der Unternehmer wohl die Beiträge für die Lehrlinge zahlte und die Lehrlinge während einer Krankheit von dem gelben Verbandskrankentheilung bezogen, aber mit dem Augenblick, wo sie Gehilfen wurden, bezichtigten sie auf die Ehre, Mitglieder des gelben Vereins zu bleiben. Der Unternehmerschutzverband stellt jetzt die Zahlung von Beiträgen für die Lehrlinge ein, dafür entschädigt er nun diese gelbe Organisation mit einem direkten Beitrag für die anderen Mitglieder. Jedenfalls eine wohlverdiente Liebesgabe für treue Dienste.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der bekannten elektrotechnischen Firma Robert Bosch, Werk 2 in Feuerbach, sind ernste Differenzen ausgebrochen. Dieses Werk in Feuerbach ist gesperrt, Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Stuttgart.

Achtung, Fabrikantenmacher und Stepperinnen! Bei der Firma Bernh. Ross in Speyer (Pfalz) sind wegen Reduzierung der Akkordlöhne für Stepperinnen Differenzen ausgebrochen. Die Zuschneider der Firma haben Lohnforderungen eingereicht. Zugang von Stepperinnen und Zuschneidern ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Eisenbahnerausstand in Amerika.

New York, 18. Januar. Trotz aller Bemühungen, eine Einigung mit den Eisenbahnarbeitern herbeizuführen, ist nimmere der Ausstand proklamiert worden. Er erstreckt sich bereits auf 35 000 Arbeiter.

Verfammlungen.

Der Verband der Hausangestellten — Ortsgruppe Berlin — hielt am Donnerstagabend in den „Industrie-Festhallen“, Weuthstraße, seine Generalversammlung ab. Hr. Arndt und Hr. Lucke eröffneten den Tagessitz und lasen Bericht für das Jahr 1912 sowie den Bericht für das letzte Vierteljahr 1912. Die Agitation unter den Hausangestellten wurde noch besten Kräften gefördert. 25 Wochen- und 30 Sonntagversammlungen und Veranstaltungen, die in der Regel guten Zuspruch fanden, dienen der Werbung neuer Mitglieder und der Stärkung der Organisation unter den alten; auch fanden vier Versammlungen in den Vororten von Berlin statt, ferner vier Generalversammlungen des Verbandes. An dem Fortbildungskursus über Deutsche Geschichte, der sein Ziel im Arbeitsnachweis in der Linkstraße hatte, beteiligten sich durchschnittlich 25 Mitglieder. Das Auskunfts-Bureau des Verbandes wurde sehr lebhaft auch von Nichtmitgliedern in Anspruch genommen. 46 Klagen gegen Herrschaften wurden während des Jahres anhängig gemacht werden; es gelang dadurch 746,20 Mark eine Summe.

die sich meist aus kleinen Beträgen zusammensetzt, für die Dienstboten zu retten. Zwei Beträge, 70 Mark und 17,50 Mark, wurden außerdem dem Hausangestellten, die mit Hilfe des Verbandes darum klagten, gerichtlich zugesprochen, konnten aber nicht einbezahlt werden, weil bei den betreffenden „Herrschaften“ nichts zu holen war. — Für die Reinmachefrauen in den Konsumvereinen sind vertragliche Abmachungen getroffen worden, die mancherlei Vorteile brachten. — 180 000 Flugblätter und Handzettel sowie viele Broschüren kamen im Laufe des Jahres zur Verteilung. Die Eingänge an Postgaben im Bureau erreichten die Zahl 1423, die Ausgaben dagegen 3008. Eine Eingabe des Verbandes an den Berliner Magistrat, daß es auch für die jungen Dienstboten möglich gemacht werde, die neue Pflichtfortbildungsschule für Mädchen zu besuchen, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Denn auch nur geringe Aussicht auf Erfüllung dieses Wunsches bestand, so durfte der Verband doch nicht unterlassen, die Ansprüche der Hausangestellten auf Gleichstellung mit anderen Berufsangehörigen geltend zu machen und das Unrecht, das den Dienstboten durch die Gefindeordnung geschieht, auch bei dieser Gelegenheit deutlich zu kennzeichnen. In der ablehnenden Antwort, die der Magistrat erteilte, wird auf die Pflichtfortbildungsschulen und die damit verbundenen Hochschulen hingewiesen, die den Dienstboten offen ständen; aber dieser Hinweis konnte um so weniger befriedigen, als es gerade darauf ankam, durch die Pflichtfortbildungsschule den Mädchen geschicklich die fehlende Zeit zum Schulbesuch zu geben.

Die Mitgliederbewegung des Verbandes ergab einen Bestand von 906 am Schlusse des Jahres. Bei dem häufigen Stellenwechsel gingen zahlreiche Mitglieder wieder verloren, weil sie veräußerten, die neue Adresse einzufinden. Doch es so an neuangeworbenen Mitgliedern nicht fehlt, zeigt sich in der wachsenden Zahl der verkauften Beitragsmarken. Im Jahre 1912 wurden 8088 Marken verkauft gegenüber 6893 im Jahre 1910, ohne eine größere Veränderung des Mitgliederbestandes. Der Kassendruck zeigt eine Einnahme von 7892,95 Mark, der eine Ausgabe von 8691,41 Mark gegenübersteht. Der Bestand der Kasse betrug am 1. Januar 1913 noch 618,98 Mark. Für Krankenunterstützung wurden während des Jahres 450,90 Mark, für Rechtschutz 113,80 Mark ausgegeben.

An der Tätigkeit der Verwaltung wurde keinerlei ungünstige Kritik geübt, der alte Vorstand wurde mit einigen neuen Leiterinnen wiedergewählt.

In der Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher, die am Donnerstag im Gewerkschaftshaus stattfand, wurde als erster Punkt die Delegiertenwahlen zum Verbandstag vorgenommen. Stimmen erhielten: Drendel 279, Ehrhardt 307, Gert 115, Hammer 213, Kloy 432, Kranz 89, Rau 394, Riech 433, Müller 209, Nikolai 435, Richter 321, Ringel 290, Schiemann 114, Schröder 250, Siemer 69, Stein 289 und Wehrendt 225. Es sind gewählt: Kloy, Rau, Riech und Nikolai. In Stichwahl kommen: Drendel, Ehrhardt, Hammer, Richter, Ringel, Schröder, Stein und Wehrendt. Nach dem Wahlakt machte der Vorsitzende noch einige Mitteilungen über die Tarifverhandlungen, die am 11. Januar bis zum 24. Januar vertagt wurden, und forderte die Anwesenden auf, bis zum Ablauf des Tarifes fleißig zu agitieren, damit die Maler gerüstet dem ihnen zugebachten Kampf entgegengehen.

Letzte Nachrichten.

Die türkische Flotte zerstört?

Athen, 18. Januar. Die „Agence d'Athènes“ meldet: Die türkische Flotte, die heute früh aus den Dardanellen ausgelaufen war, ist von der griechischen Flotte vollständig zerstört worden. Eine große Volksmenge versammeltete, als die Nachricht in Athen bekannt wurde, vor dem Marineministerium begeistert Kundgebungen.

Athen, 18. Januar. (W. T. V.) Von der gemeldeten Seeschlacht wird amtlich folgende Darstellung gegeben: Die türkische Flotte lief heute aus der Meerenge aus und dampfte in südlicher Richtung nach der Insel Tenedos, wo sich die Schlacht mit der griechischen Flotte entspann. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Hierauf fuhr die türkische Flotte von der griechischen verfolgt, nach den Dardanellen zurück. Ueber die Verluste des Feindes sind noch keine bestimmten Nachrichten hierher gelangt.

Türkische Verlustliste.

Konstantinopel, 18. Januar. (W. T. V.) Das Kriegsministerium veröffentlicht eine neue Liste von 50 im Kriege gefallenen Offizieren. Darunter sind ein Oberst, vier Majore, ein Vizemajor, 18 Hauptleute, 11 Leutnants und 15 Unterleutnants.

Eine geistliche Republik.

London, 18. Januar. (W. T. V.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Vorkämpfer der Großmächte beschlossen, daß der Berg Athos als unabhängige geistliche Republik angesehen werden soll.

Ein bulgarisches Dementi.

Sofia, 18. Januar. (W. T. V.) Gegenüber der Meldung eines Blattes, daß der Streitfall zwischen Rumänien und Bulgarien durch die Abtretung von 29 bulgarischen Ortschaften beendet worden sei, erklärt das Blatt „Rit“, diese Meldung sei eine reine Erfindung. Jegt, wo wir noch in den Anfangsjahren der Verhandlung sind, fährt das Blatt fort, kann man diejenigen nur tadeln, die derart phantastische Gerüchte ausstreuen. „Rit“ dementiert auch als tendenziös die Nachricht, daß Serbien sich geweigert hätte, einige Punkte des Bündnisvertrages zu erfüllen unter dem Vorwand, daß Bulgarien den Vertrag verlegt hätte. Bulgarien habe den Vertrag nicht verlegt; es könne also auch von einem Verzicht Serbiens keine Rede sein.

Aufnahme der Wahl Poincarés in Madrid.

Madrid, 18. Januar. (W. T. V.) Die Wahl Poincarés wird hier durchweg im Zusammenhang mit dem Marokkovertrag beurteilt und als für die französisch-spanischen Beziehungen günstig beurteilt, in welchem Sinne sich auch der Ministerpräsident Graf Romanones äußert.

Schwere Havarie eines deutschen Schiffes.

London, 18. Januar. (W. T. V.) Das Motorschiff der Hamburg-Amerika-Linie „Christian der Zehnte“, das nach Baltimore bestimmt war, hatte schwere Stürme auf dem Atlantischen Ozean zu bestehen. Nachdem es bereits fünf Tage gegen die Stürme gekämpft und fast die Neufundlandbänke erreicht hatte, sah der Kapitän ein, daß es unmöglich sei, den Bestimmungsort zu erreichen. Er ließ deshalb das Schiff wenden und nach der irischen Küste zurückkehren. Mit teilweise gebrauchsunfähigen Maschinen langte „Christian der Zehnte“ heute in Cuenstown an. Die Rettungsboote sind verloren gegangen. Die Docks sind stark beschädigt und mehrere Abteilungen sind unter Wasser.

Schwieriges Rettungswerk.

Opport, 18. Januar. (W. T. V.) Seelen und Fischer retteten heute mittags unter großen Schwierigkeiten sechs Personen des Dampfers „Veronele“ und brachten sie in Sicherheit. Dann kehrten sie an Bord zurück, um das Rettungswerk fortzusetzen. Bis 10 Uhr morgens waren 90 Personen geborgen. Das Meer ist viel ruhiger geworden.

Ein späteres Telegramm meldet, daß es gelang, sämtliche Passagiere zu retten.

Kurze Anfragen.

Es ist verboten, dem Teufel neugierige Fragen vorzulegen und es wäre eine schwere Sünde, sich mit dem Satan in ein längeres Gespräch einzulassen; dagegen ist es probabiler nur lässliche Sünde ihm nur die eine oder andere neugierige Frage vorzulegen.

Aus der „Moraltheologie“ (2. Aufl., Bd. I, 400 S.) von Franz Adam Köppler, Professor der Moraltheologie.

Kaspar v. Bethmann: Du weißt, daß meine Frist schier abgelaufen ist. — Verlängere sie noch einmal mir. —
Samuel Erzberger: Nein!
Kaspar v. Bethmann: Ich bringe neue Opfer Dir. —
Samuel Erzberger: Welche?
Kaspar v. Bethmann: Ein neues Sozialistengesetz, Aufhebung des Jesuitengesetzes!
Samuel Erzberger: Es sei! — Sei den Pforten des Vatikans!
(Aus dem „Freischütz“, Volksstück von G. v. Bülow)

Kleines Feuilleton. Wieland als Journalist.

Zu seinem 100. Todestag am 20. Januar.

In der unendlich vielseitigen Tätigkeit Wielands auf allen Gebieten der Literatur nahm sein Wirken als Journalist, Herausgeber der angesehensten deutschen Zeitschrift seiner Zeit, keineswegs den geringsten Platz ein. Es ist der berühmte „Teutsche Merkur“, den er, im Hinblick auf den schon bestehenden „Mercure de France“, im Jahre 1773 begründete, und dessen Redaktion er 23 Jahre lang geführt hat. Ursprünglich war Wieland auch sein eigener Verleger, bis er im Jahre 1800 den „Merkur“ an die Göttinger Buchhandlung abtrat. Wieland ist ein sehr erfolgreicher Zeitschriftenredakteur gewesen; er verstand es, die tüchtigsten Mitarbeiter und auch die Gunst des Publikums in reichem Maße zu gewinnen. Mit dem „Merkur“ hatte er in Deutschland etwas ganz Neues geschaffen; denn bis auf Wieland existierte bei uns eine derartige vornehme literarische Revue noch nicht. Der „Merkur“ ist, was man wohl nur von wenigen Zeitschriften sagen darf, ein Stück deutscher Kulturgeschichte geworden. Wielands Unternehmen hat auch ein begeistertes Lob seitens des Namens empfangen, der am ehesten berufen war, darüber zu urteilen, nämlich Goethe. In der großartigen Gedächtnisrede, die er am 18. Februar 1813 gehalten hat, spricht er ausführlich von des eben Verstorbenen Tätigkeit als Herausgeber seines „vielseitigen Journals“.

„Hier ist es der Ort“, sagte Goethe, „der für Deutschland so wichtigen Zeitschrift, des „Teutschen Merkurs“, zu gedenken. Dieses Unternehmen war nicht das erste in seiner Art, aber doch zu jener Zeit neu und bedeutend.“ Wie Goethe weiter betont, schaffte schon der Name des Herausgebers der Zeitschrift Sympathien. „Es erregte die größten Hoffnungen, daß ein Mann, der selbst dichtete, auch die Gedächtnis anderer in die Welt einzuführen versprach.“ Besonders viel hat zu Wielands Erfolg seine Unparteilichkeit und Berechtigtheit beigetragen. Er vertrat niemals eine bestimmte Richtung, sondern nahm das Gute, woher es auch kommen mochte. Freilich hatte Wieland die üble Gewohnheit, die aufgenommenen Beiträge mit spitzigen redaktionellen Anmerkungen zu versehen; dadurch erwarb er sich naturgemäß viele Feinde. Er machte „oft geschäzte, ja geliebte Mit-

arbeiter durch mißbilligende Noten verdrießlich, ja sogar abwendig“, wie Goethe sagt. Der Autor, dessen Name am meisten im „Merkur“ auftauchte, war natürlich Wieland selbst. Er hat in den Jahren 1773 bis 1796 alle seine Schriften — bis auf die Uebersetzungen — zuerst in seiner Zeitschrift publiziert, und darunter befinden sich seine bedeutendsten Werke. Aber nicht die großen Schriften, wie der „Oberon“ und die „Abberiten“, waren es, die dem „Merkur“ seine besondere Eigenart gaben und ihn dauernd in der Gunst des Publikums erhielten, sondern die vielen kleineren Arbeiten Wielands, seine vielseitigen Aufsätze und Vauereien, in denen er sich ungezwungen über die verschiedensten Gegenstände äußerte. In der Tat war Wieland mit seinem reichen Wissen und mit seinem leichten und gefälligen Stil geradezu das Ideal eines Journalisten. Goethe selbst, Schiller und Herder haben öfter für den „Merkur“ geschrieben. Daneben finden sich Meckel und Jacobi, so daß die blauen Feste der Wielandschen Revue tatsächlich jahrelang den richtigen Leitfaden der deutschen Literaturgeschichte bilden. Daneben lieferte Joh. v. Müller wichtige historische und Reinhold, Wielands Schwiegervater, philosophische Beiträge.

Auch die Tagespolitik hat in Wielands „Merkur“ ihre Stätte gefunden. In ihm hat Freireisde einmal gerühmt: er sei unter den deutschen Schöngestern des 18. Jahrhunderts der einzige gewesen, der wirklichen Sinn für die Politik besessen habe. Die französische Revolution war es vor allem, die seine Aufmerksamkeit erregte. Ihre Entwidlung verfolgte er im „Merkur“ mit großem Interesse und mit einem ungewöhnlich klaren Blick für den Zusammenhang der Ereignisse.

Wielands Erfolge brachten eine Erscheinung mit sich, die in einem solchen Falle niemals auszubleiben pflegt, nämlich eine stets wachsende Konkurrenz. Wir müssen noch heute Wieland dafür dankbar sein, daß er durch seine Gründung die deutsche Publizistik in der glücklichsten Weise belebt hat.

Der Kriegerverein. In der neuen französischen Revue „Les cahiers d'un journal“ (Lagehefte), die die voranstrebenden Kräfte der Literatur, Kunst und Politik vereinigen will, um den reaktionären, katholischen Tendenzen in der bürgerlichen Welt des Westens entgegenzuwirken, veröffentlicht Marcel Ray eine geistreiche „Erklärung einiger deutscher Worte“, die in der amüsanten Form von kurzen Artikeln aus einem deutsch-französischen Wörterbuch eine scharfe und dabei doch von starker Sympathie für das schaffende,

Abgeordnetenhaus.

114. Sitzung. Sonnabend, den 18. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Dr. Penge.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Nachtragsetats betreffend

Ausbau des Eisenbahnnetzes und Erhöhung der Remunerationen für Eisenbahnbeamte.

Abg. Ströbel (Soz.):

Bei der Besprechung des Nachtragsetats in der Kommission hat die staatsrechtliche Seite einen sehr breiten Raum eingenommen, die Frage, ob es richtig sei, diese 60 Millionen auf den Ausgleichsfonds zu übernehmen oder sie auf Anleihe zu übernehmen. Es ist schließlich der Regierung das Zugeständnis abgepreßt worden, daß solche Mittel in Zukunft nicht wieder aus dem Ausgleichsfonds genommen werden sollen. Warum dieser eigentümliche Streik? Der Ausgleichsfonds beträgt doch mehrere hundert Millionen, so daß die 60 Millionen demgegenüber kaum in Betracht kommen. Der eigentliche Grund dieses Streikes liegt darin: man will in dem Ausgleichsfonds einen Reservefonds sich erhalten, um auch in Zeiten schlechter Konjunktur die Zuschüsse, die von den Eisenbahnen für die allgemeinen Staatsaufgaben geliefert werden, in gleicher Höhe zu erhalten und zwar deshalb, um sich vor einer Erhöhung der direkten Steuern zu drücken. Gegenwärtig plant man sogar die Zuschüsse nicht nur zu den mittleren und niederen Einkommen — da wäre es ein elementares Gebot jeder steuerlichen Gerechtigkeit — sondern auch die Zuschüsse zu den hohen Einkommen zu beseitigen. Man will den allerreichsten Leuten damit ein Geschenk machen. Es ist ein ganz ungesundes Verhältnis, daß der preussische Fiskus in dieser Weise zur

Fluskmacherei in seinen Betrieben

gezwungen ist, es müßten viel mehr direkte Steuern von den großen Einkommen bezahlt werden. Aber das wollen die Herren nicht, und deshalb fehlen ihnen dazu die Mittel für die allerdringendsten Kulturaufgaben. Interessant war, daß in der letzten Mittwochsitzung der Budgetkommission der Abg. Reibold erklärte, daß Steuerzuschüsse nur für die einkommensschwachen Familien in Betracht kämen. Das genügt nicht. Wenn man es durchaus bei Steuerzuschüssen belassen lassen will, dann müssen sie für sämtliche Beamte, ob verheiratet oder unverheiratet, eingeführt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es muß festgesetzt werden, daß in der Kommission niemand dem Abg. Reibold entgegengetreten ist. Es ist unbedingt notwendig, daß wir die Parteien hier zu ganz bestimmten Erklärungen provozieren. Ich glaube nicht, daß Sie auch diesmal den Mut haben werden, zu erklären, diese Wünsche der Beamten, die von den Vertretern der bürgerlichen Parteien im Reichstag als durchaus berechtigt anerkannt sind, könnten aus Mangel an Mitteln nicht befriedigt werden. Eine kläglichere Ausrede ist bei der glänzenden Finanzlage des preussischen Staates gar nicht denkbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch die Mehrheit der Steuerkommission sogar beschlossen, mit Rücksicht auf diese glänzende Finanzlage die Steuern herabzusetzen. Wenn man das Gesetz über den Ausgleichsfonds richtig auslegt, kann dieser ohne weiteres für solche Zwecke in Anspruch genommen werden, zumal ja die Eisenbahnbeamten den größten Teil der preussischen Beamten bilden. Man könnte also ruhig noch 20 Millionen mehr im Interesse der Beamten aus dem Ausgleichsfonds entnehmen. Ich wundere mich, daß keiner der bürgerlichen Abgeordneten auf diesen so nahe liegenden Gedanken gekommen ist. Und wenn man das nicht will, kann man ja auch eine Anleihe zur Bedeckung der Aufbesserung der Gehälter der Beamten aufnehmen.

Herr Parischer hat ja neulich wenigstens zugestehen müssen, daß alle Unterbeamten Zulagen von 100 Mark bekommen sollten. Ich hoffe, daß das Zentrum wenigstens in dieser Forderung fest bleibt und nicht einem Keim der Regierung gegenüber wieder weicht. Bei der Erbschaftsteuer und den ländlichen Fortbildungsschulen hat es ja auch auf seinem Kopf bestanden und sich um das Keim der Regierung nicht gekümmert. Wenn das Zentrum auch diesmal wieder versagen sollte, so wäre das ein deutlicher Beweis, daß es nicht gewillt ist, positiv zugunsten der Beamten zu arbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brütt (F.): Es war bisher nicht Usus, Namen aus der Kommission zu nennen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Fehrmann (Dp.): Es bestand unter den bürgerlichen Parteien die allgemeine Meinung, dem Gesetz ein Bloc zuzustimmen. Auch nach der Rede des Abg. Ströbel liegt kein Grund vor, davon abzugehen. (Abg. v. Pappenheim: Sehr richtig!) Ein Antrag ist ja auch von den Sozialdemokraten zur zweiten Lesung gar nicht gestellt. Wir wünschen, daß die hier projizierten Bauten sobald als möglich in Angriff genommen werden, schon mit Rücksicht auf die Verkehrsstörungen. Ich beantrage, der Vorlage ohne weitere Debatte zuzustimmen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Der Nachtragsetat wird hierauf in zweiter Lesung einstimmig

neuen Zielen zugewandte Deutschland inspirierte Kritik der heutigen deutschen Reichskultur enthält. Wir finden darin nachstehende Charakteristik:

Kriegerverein: Veteranenverein. Es gibt deren in jedem Dorf. Jeder frühere Soldat, der ihnen fernbleibt, reißt sich damit unter die Sozialisten und Ordnungseinde ein. Der Kriegerverein ist derart eine Hahnenmaschine, die vollkommen funktionieren würde, wenn es nicht falsche Ordnungsfreunde gäbe, wie es falsche Bourgeois gibt mit Schlupfrock und Zylinderhut, die nur verschämte Arme sind. Es gibt zwei Sorten Veteranen: die Sedgigährigen, die den Krieg mitgemacht haben und die anderen, die sich, wenn sie getrunken haben, es einbilden. An den Sonntagen und patriotischen Festtagen überschwemmen sie, mit Schlupfrock und Zylinder, die Festzüge und versammeln sich im Hauptort ihres Bezirks. Unter dem Präsidium eines pensionierten Obersten trinken sie viel Bier, singen drei- oder vierstimmig: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“, denunzieren die Abwesenden, trinken weiter und lehren, von Alkohol und Abwegen gerötet, nach der Eisenbahnstation zurück, die sie mit ihren Bäuchen, ihrem Geschrei, ihren Röhren und ihrem starken Geruch füllen. Es ist wahrhaftig, daß sie im Verlauf ihrer Gelege, sei es in Befolgung eines geheimnisvollen Ritus, sei es aus bloßer Betrunktheit, ihre Kopfbedeckungen und ihre Kleider austauschen. Anders kann man sich nicht erklären, daß jeder von ihnen den Zylinder und den Schlupfrock seines Nachbarn zu tragen scheint und daß sie alle, wenn sich der Rausch gesetzt hat, verschämten Armen gleichen. Der Zug gleitet mit herabgelassenen Scheiden durch den jungfräulichen Schatten frischer Wälder, durchschneidet beliebige Dörfer, Städte von Kohle und Arbeit. Und man müßte um Deutschland verzweifeln, wenn einige von diesen Kriegern nicht Scham über ihre Waslerade und ihre sexuelle Häßlichkeit, und wenn sie nicht das Bedürfnis empfänden, wieder Hoppe und Müge anzuziehen, bevor sie Frau und Kinder umarmen.

Der Tod der vorweltlichen Tiere. Unsere genaue Kenntnis der fossilen Tierwelt beruht auf dem für die Paläontologie glücklichen Umstand, daß sehr häufig zahlreiche Vertreter derselben Tierart an einem Plage nahe beieinander aufgefunden worden sind. Bisweilen bedeutet die Fundstelle für die Wesen, so zum Beispiel für die fossilen Korallen und die Foraminiferen in der Caribbeide, Lebensort, Todesort und Begräbnisplatz zugleich, bisweilen wurden

angenommen; ebenso debattlos in dritter Lesung und in der Gesamtstimmung.

Gieauf wird

das Moorfschulgesetz

in dritter Lesung weiterberaten.

Ein Zentrumsantrag, wonach der Bezirksausschuß einen etwa benannten Sachverständigen zu hören und in öffentlicher und mündlicher Verhandlung zu entscheiden hat, wird gegen die Rechte angenommen; ein vom Minister als mannehrbar bezeichneter Antrag Waldstein (Sp.), als letzte Instanz statt des Ministers das Oberlandesverwaltungsgericht einzusetzen, wird abgelehnt.

Abg. v. d. Hagen (Z.) beantragte, das zum Erlaß von Verfügungen über die Durchführung des Moorfschulplans in den Städten, deren Polizei nicht dem Landrat untersteht, die Ortspolizei statt des Landrats zuständig sein soll.

Ein Regierungskommissar bekämpft den Antrag.

Abg. Veinert (Zog.)

erwidert dem Kommissar, daß es sich hier keineswegs um eine wichtige neue Tätigkeit der Polizei handle. Wenn sich der hannoversche Provinziallandtag auch für die Zuständigkeit des Landrats ausgesprochen hat, so liegt das einfach daran, daß dort besonders viele Landräte seien. Man will aber auch hier wieder die Macht der Kleinen Städte mindern und die der Landräte vergrößern. Dazu haben wir aber doch wirklich keine Ursache! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Debatte wird der Antrag v. d. Hagen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Am 8. wird ein Antrag Waldstein (Sp.) angenommen, wonach Unternehmungen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes mit der Torfgewinnung bereits begonnen haben, ohne die in diesem Gesetz vorgesehenen Beschränkungen sechs Monate lang (Vorlage: drei Monate) in dem bisherigen Umfange fortgesetzt werden können.

Am 9. wird auf Antrag Waldstein (Sp.) gegen die Rechte die Verechtigung der Regierung, das Gesetz durch königliche Verordnung auch auf andere Provinzen auszudehnen, gestrichen.

Gieauf wird die Besprechung der Interpellation des Abg. Frisch (natl.) betr. die

Kreditnot des städtischen und ländlichen Grundbesitzes

in Verbindung mit dem Antrag Arendt (H.) betr. Untersuchungen über den städtischen Realcredit fortgesetzt.

Abg. Dr. Krüger-Hagen (Sp.): Es ist richtig, was der Minister sagte: der städtische Besitz ist zu einer Mischfrage geworden. Dessen Charakter wird es früher oder später immer bekommen. Kreditnot und Heberschuldung berühren sich hier aufs engste. Die heutige Steuerpolitik gegenüber dem städtischen Grundbesitz schädigt die Allgemeinheit. Infolge der Lagen, die auf ihm ruhen, ist der städtische Grundbesitz fast unverkäuflich geworden. Von dem Grundbesitzerprivileg haben die Hausbesitzer gar keinen Nutzen, sondern nur das Böse. Auch die Häckerverordnung hat durch ihren Schematismus — sanitären Rücksichten muß natürlich entgegengetreten werden — viele Hausbesitzer schwer geschädigt. Hier muß Reform eintreten. — Die Vorarbeiten für die Einrichtung von Taxamtern sollten möglichst beschleunigt werden; ohne ein geordnetes Taxwesen ist auf diesem Gebiete der Bekämpfung der Kreditnot nichts zu machen. (Sehr richtig! links.) Eine Ursache der Heberschuldung des städtischen Grundbesitzes liegt auch darin, daß Leute mit einigen tausend Mark in der Peripherie der Großstädte an Projekte herangehen, zu deren Ausführung Hunderttausende gehören. (Sehr richtig!) Solche kapital-schwachen Leute sollten keine Bauhandwerker finden, die für sie arbeiten. Auch unser ganzes Hypothekenrecht ist revisionsbedürftig: so die Haftung der Mietbeträge für die Hypothekengläubiger usw. Man sagt über die gewaltige Belastung der Kommunen, will ihnen aber auch noch die Bewahrung zweiter Hypotheken aufhelfen, die sie schließlich zu Verwaltern des gesamten städtischen Realbesitzes machen wird! Die Regierung sollte bekannt geben, wie die bestehenden Pfandbriefinstitute arbeiten. Der Hausbesitzerkongreß hat ihre allgemeine Einführung verlangt, haben sie sich nicht bewährt? Man muß sich an die städtischen Hypothekendarlehen anschließen. Durch die Erhöhung der Schuldensätze und Zuerkennung der Mündelsicherheit würde die Regierung eine außerordentliche Verantwortung auf sich laden. Wir fordern auch Verbesserung des Verfahrens bei Zwangsversteigerungen, Regelung des Taxwesens, Revision der Stempel- und Steuererlasse, scharfe Bekämpfung des Hauswindsels, und empfehlen dem Hausbesitz-Organisation der Hypothekendarstellung. Man mache Versuche mit der

Amortisationshypothek! Dem überschuldeten Hausbesitzer kann freilich hierdurch nicht geholfen werden, wohl aber durch Organisation der Hypothekendarstellung.

Abg. Borhardt (Zog.)

Wir stimmen für den Antrag Arendt. Wenn auch längst Untersuchungen im Gange sind, so wird sie ein Erfuchen des Landtags doch wohl beschleunigen. Natürlich muß auch das Haus das seinige tun. Bei den Klagen über die Kreditnot des städtischen Grundbesitzes zeigt sich ein eigentümlicher Widerspruch, den auch der Vorredner schon berührt. In sich ist darunter doch zu verstehen die Klage, daß die städtischen Grundbesitzer nicht genug Geld geborgt bekommen. Gleichzeitig wird aber auch gelagert über eine übermäßige Verschuldung des städtischen Grundbesitzes. Das heißt doch wieder, daß der städtische Grundbesitz zu viel Geld geborgt bekommt. Wie reimt sich das zusammen? Die Erklärung findet sich in der Unterscheidung zwischen erster und zweiter Hypothek, die einige der Herren Vorredner bestritten haben, die aber doch vorhanden ist. Gewiß ist die erste Hypothek manchmal so hoch, daß die zweite Hypothek schon darin enthalten ist. Jedenfalls aber ist, wenn die Beleihung über 60 Proz. hinausgeht, der überschüssige Betrag zweite Hypothek, ob sie sich nun so nennt oder nicht. Die Heberschuldung ist nun bei der ersten Hypothek, die Kreditnot bei der zweiten vorhanden. Die riesenhafte Heberschuldung an ersten Hypotheken ist die Ursache davon, daß die Hausbesitzer auf zweite Hypothek kein Geld mehr bekommen. Woher kommt es nun, daß die erste Belastung der Grundstücke so groß ist. Bei einer Debatte im vorigen Jahre haben schon der Landwirtschaftsminister und der Zentrumsabgeordnete Klade diese Heberschuldung auf dieselbe Ursache zurückgeführt wie wir Sozialdemokraten, nämlich

auf die Boden- und Terrain speculation.

Es kommt vor, daß einzelne Hausbesitzer nicht weniger als 17 Millionen, andere 40—50 Millionen geborgt erhalten. Der Grund, warum die Kapitalisten zwar die sicheren Staatspapiere, wie wir aus den Klagen des Finanzministers wissen, nicht gerne kaufen, also dem teureren Vaterlande kein Geld borgen wollen, wohl aber in den Hauswindsel ungegährt Millionen hineinstecken, liegt auf der Hand. Das teure Vaterland kann nicht mehr als etwa 3 Proz. geben, auf dem anderen Wege hofft man 10 bis 12 Proz. zu verdienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie können nun solch ungeheure Summen in die Hände einzelner Leute kommen? Die Terraingesellschaften suchen sich beim Verkauf der Grundstücke mit Vorliebe mittellose Bauunternehmer, die aus diesem Grunde jeden beliebigen Preis zu bewilligen geneigt sind, und da dann der Bauunternehmer nichts hat, wird fast das gesamte Kaufgeld, außerdem auch noch das Baugeld, als erste Hypothek eingetragen. Da wundert man sich nachher, daß die Grundstücke schon im Moment, wo der Hausbesitzer sie erwirbt, so kolossal überlastet sind. Diesen Zusammenhang hat vor einem halben Jahre auch der inzwischen leider verstorbene Kollege Felisch, gewiß ein hervorragender Sachverständiger, festgestellt. Weiteres Geld bekommen die Grundbesitzer nicht mehr auf zweite Hypothek. Dazu kommen noch die falschen Taxen, die sich zu einer Skalamit erstem Rang, zu einem wahren Betrage ausgebildet haben. Also der Kernpunkt ist die Terrain speculation. Wer sind denn nun diese Terrain-speculanten, die so den Grund und Boden überlasten, die Hausbesitzer in Verlegenheit bringen und auch die Mieten kolossal steigern? Das erzählt man meist nicht, weil es sehr kapitalstärkige Herren oder Gesellschaften sind, die, wenn irgend möglich, eingreifen, bevor es zum offenen Skandal kommen kann. Aber manchmal erzählt man es doch. In dem Berliner Vorort Steglitz sind z. B. vom 1. Januar bis 30. Juni 1912 nicht weniger als 121 neue erbaute Häuser unter den Hammer gekommen, rund drei Viertel aller Bauten, für die in der gleichen Zeit die Bauerlaubnis erteilt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kollege Rahardt hat in seiner Handwerkerzettelung erzählt, daß in all diesen und noch etwa dreimal so viel anderen Häusern in den ersten 5 Jahren kaum eine Wohnung vermietet werden können. Trotzdem, schreibt er, wird lustig drauflos gebaut, neben den verkauften Grundstücken entstehen neue. Wer sind nun die Hypothekengläubiger dieser 121 verkauften Grundstücke? In 42 Fällen die Deutsche Treuhand-Aktiengesellschaft, die, wie alle Eingeweihten wissen, nur eine vorgeschobene Kulisse der Deutschen Bau- und Bau-Aktiengesellschaft, in 14 Fällen die Steglitzer Boden-gesellschaft usw. Also die größten Gesellschaften herauf bis

Diensfeldt in der Nebenrolle eines moralisierenden, seine zärtlichen Triebe durch Leibesübungen bekämpfenden Sportmann. Er brachte die paar grotesken Schwankensfälle, die der Verfasser sich hier leistet, überaus witzig komisch heraus. Eine einzige Bewegung, ein Augenblick von ihm genügt, Lachstürme zu entfesseln.

Gumor und Satire.

Günstige Dienste.

Auf den Redaktionstisch gestiegen ist uns folgender Brief, der auch die weitere Öffentlichkeit interessieren dürfte.

Geehrter Herr!

Auf Ihr Verbot v. 10. ds. erwidern wir Ihnen ergebens, daß wir selbstverständlich gerne bereit sind, auch Ihre Synagoge mit unseren Plänen und Aekeln auszuliegen. Die Marke „Talmud“ können wir Ihnen ganz besonders empfehlen. Sie hat die Eigenschaft, daß unter Obel selbst bei der Einweihung Ihrer Synagoge zugegen sein wird, ohne daß wir für diese Ehre Ihnen etwas Besonderes berechnen!

Für Ihr Bedauern empfehlen wir Ihnen unsere blendend weiße bis fleischfarbene Wandbelegung „Suhama“, die so vorzüglich wachbar ist, daß sie stets jungfräulich-leusch aussieht!

Für die Küche nehmen Sie am besten „Mittelfromm“, eine originelle hantbolle Marke, sehr beliebt beim weiblichen Personal mit den eingeborenen Figuren sämtlicher preußischer Regimenter und ihrer Inhaber. Ihre Empfangshalle werden Sie am geschmackvollsten mit unseren „Goldenen Füßen“ pflastern, damit jeder Besucher Ihres Hauses sofort weiß, auf welchem Boden er sich bewegt. Für das Klotz haben wir reizende Muster, die zu Verschaulichkeit und patriotischen Gedanken anregen.

Wir setzen Ihren geschätzten Aufträgen entgegen und zeichnen Ihre hochachtungsvoll

ergebenen Diener
Siegfried Meyer & Cie.
(Jugend*)

Notizen.

— **Corinth in der Sezeßion.** Unser Ausstellungs-wesen beginnt unter gewissen Manien zu leiden: bald werden die embryonalsten Vorstudien und Skizzen zu den Skizzen ausgefrant, bald „Lebenswerke“ noch Schaffender in einer breiten Fülle vorgeführt, daß der Genus zum wissenschaftlichen Studium wird. Zu dieser Lage befindet man sich gegenüber der Corinth-Ausstellung, die am Sonnabend in der Sezeßion eröffnet wurde. Bei aller Bedeutung, die man Corinth's Naturwissenschaft und Vaterbegehung beimessen mag: 28 Gemälde von der ersten Versuchung bis zum noch kaum getrockneten letzten Ackerbild — das ist des Guten zu viel. Die Klasse löst die Qualität. Der Regisseur dieser Schau, Herr Cassirer, hat es am wichtigsten fehlen lassen: an der konzentrierenden Auswahl.

— **Vorträge im Institut für Meeressunde.** Montag: Dr. S. Spehmann: Der Kanal von Dover bis zur Bretagne (ausverkauft). Dienstag: Prof. S. Henning: Das Meer als Nahrungsquelle. Freitag: Prof. L. Pasch: Neue Südpolfahrten.

zu dem nationallisten Institut, das wir im Deutschen Reich über-haupt haben. Uebrigens scheint in Steglitz der Schwindsel nicht gar zu knapp gewesen zu sein, denn es hat sich herausgestellt, daß die Hausbesitzer in den meisten Fällen fleischergesellen, Friseur, Barbier usw. waren, also vollständig mittellose Leute, die auch vom Bau nichts verstanden. Ausgerechnet an solche Personen haben sich die großen Bankinstitute gewandt, um ihre Terrains loszuwerden. Zu welchem Zweck? Damit sie eben zur Substantiation kommen sollen und dann für den eingetragenen Betrag das Grundstück zurückfällt an den Geldgeber, der auf diese Weise ein viel wertvolleres Grundstück bekommt, wo schon der Neubau drauf fertig ist, ohne daß es ihn etwas gekostet hat. An diesen Dingen darf man nicht vorbeigehen, wenn man dem Hebel an die Wurzel kommen will. Aus dem Besagten ergibt sich mit notwendiger Konsequenz: man muß der Terrain speculation auf die Fährte gehen. Diesen leitenden Gesichtspunkt habe ich bei Herrn Krüger vermisst. Es war wieder Herr Klade, der seinerzeit ganz mit Recht darauf hinwies, daß es natürlich keine guten Gründe habe, wenn die Terrain speculation entstanden ist. Er sagte: Sie mußte überall da entstehen, wo wir eine städtische Bodenpolitik nicht hatten. Wenn man so weit im sozialistischen Verständnis vorgeschritten ist, dann müßte man den letzten Schritt doch auch noch tun. Wenn wir einsehen, daß das Eingreifen der Terraingesellschaften entstanden ist, weil die öffentlichen Organe, die Kommunen und auch der Staat, das nicht getan haben, was notwendig war und was sie wohl hätten tun können, dann sollen wir eben jetzt eine kommunale, eine staatliche Boden-politik treiben, d. h. um es gerade heraus zu sagen: die Ent-eignung des Grund und Bodens. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) Das ist die logische Schlussfolgerung der Ausführungen des Abg. Klade. Wenn diese Debatte dazu geführt hat, daß man einseht, daß der Wohnungsbau eine öffentliche, eine soziale Verpflichtung ist, und daß man dann konsequenterweise zur Enteignung des Grund und Bodens fortschreiten muß, dann ist diese Erörterung eine sehr fruchtbare gewesen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Spee (Z.): Die Ausführungen des Vorredners haben bewiesen, daß die Bodenreform, was ihre Anhänger meist bestreiten, eine durchaus sozialdemokratische Sache ist. Die Hausbesitzer sollten nur nach dem Ertragswert ihrer Häuser besteuert werden.

Der Antrag Arendt (H.) wird hierauf einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des Moor-schulgesetzes, Landwirtschaftsstat.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

**Erster Verbandstag
des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.**

Jena, 17. Januar.

Fünfter Verhandlungstag.

Ueber den Punkt

Jugendorganisation im Deutschen Bauarbeiterverband referiert Löpre-Hamburg. Er begründet eingehend vom Vorstand vorgelegene Bestimmungen für die Gründung von Jugend- abteilungen. Die Vorschläge gehen dahin: In jedem Zweigverein, und wo es notwendig ist, auch in jeder größeren Zahlstelle des Deutschen Bauarbeiterverbandes, sollen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter des Baugewerbes Jugendabteilungen gebildet werden. Der Zweck der Jugendabteilungen ist Unterweisung der Jugendlichen in den gewerkschaftlichen Grundsätzen, Schutz der Jugendlichen vor übermäßiger Ausbeutung und roher Behandlung im Arbeitsverhältnis, Belehrung in beruflichen Angelegenheiten, Erziehung und Pflege des Bildungstriebes und Pflege der Geselligkeit. Mitglied der Jugendabteilung kann jeder Lehrling und jeder Arbeiter des Baugewerbes unter 17 Jahren werden. Der Eintritt ist frei; dem Eintretenden wird ein Mitgliedsbuch aus-gewandt. Der Austritt kann zu jeder Zeit durch einfache Er-klärung erfolgen. Die Mitglieder der Jugendabteilung sollen einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche zahlen, und zwar für 44 Wochen im Jahre. Für Mitglieder, die in keinem Lehrverhältnis stehen und deren Lohn mehr als 25 Pf. pro Stunde beträgt, erhöht sich der Beitrag auf das Doppelte. Vom Beitrag befreit sind Jugendliche, die in einem Kalenderjahr länger als acht Wochen arbeitslos oder krank sind, für die über acht Wochen hinausgehende Zeit, wenn sie nicht auf Grund dieses Status Krankenunterstützung beziehen. Ein Mitgliedsjahr gilt nur dann als vollendet, wenn 44 Marken geklebt sind. Die Mitglieder der Jugendabteilungen können Unterstützungen erhalten im Falle der Krankheit und auf der Reise; im Falle des Todes kann den Eltern oder Pflägern des gestorbenen Mitgliedes ein Sterbegeld gezahlt werden; in besonderen Fällen können Mitglieder, die in keinem Lehrverhältnis stehen und durch einen Lohnkampf arbeitslos werden, eine Arbeitslosunterstützung erhalten. Außerdem kann der Verband den Mitgliedern der Jugendabteilung Rechtschutz bei solchen Rechtsstreitigkeiten gewähren, die sich aus dem Lehr- oder Arbeitsver-hältnis ergeben.

Nach beendeter Lehrzeit bezw. nach vollendetem 17. Lebens-jahre sollen die Mitglieder der Jugendabteilung in den Zweig-verein übertreten. Der Uebertritt geschieht kostenlos, wenn er innerhalb der nächsten vier Wochen nach Beendigung der Lehrzeit bezw. nach Vollendung des 17. Lebensjahres vollzogen wird. Den rechtzeitig in den Zweigverein übertretenden Mitgliedern der Jugendabteilung wird ihre Mitgliedschaft voll angerechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß sie die ihnen hiernach zustehenden Unter-stützungsätze bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Todesfall erst dann voll beanspruchen können, wenn sie ein weiteres Jahr dem Zweigverein angehört haben. Bei eintretenden Unterstützungs-fällen vor Ablauf dieses Jahres ermächtigt sich die Streckunter-stützung auf den Mindestsatz der betreffenden Beitragsklasse, alle übrigen Unterstützungen auf den niedrigsten Satz der niedrigsten Beitragsklasse. Nach Ablauf der einjährigen Mitgliedschaft im D. B. V. werden die vorausgehenden Mitgliedsjahre in der Jugendabteilung, je 44 Beiträge, als Verbandsjahre gerechnet.

Die Verwaltung der Jugendabteilung wird besorgt durch eine vom Verbandsvorstand ernannte Jugendpflegschaft. Sie besteht aus drei bis fünf ortsansässigen Mitgliedern des Deutschen Bau-arbeiterverbandes. Die Pflegschaft hat aus ihrer Mitte einen Obmann zu wählen, der die Abteilung nach außen und im Ver-kehr mit den Verbandsvorständen vertritt. Sie hat die Ein-lieferung der Beiträge zu regeln und alle Verantwortlichkeiten vor-zubereiten, die zur Erfüllung des Organisationszweckes notwendig sind. Darunter sind zu verstehen: Vorträge über gewerkschaftliche, berufliche, wissenschaftliche und literarische Gegenstände, Besuche von hervorragenden Bauwerken, Museen, Sammlungen und Theatern, Ausflüge usw. Um den Jugendlichen die Teilnahme an diesen Veranstaltungen zu erleichtern, hat die Pflegschaft eine Spargelösung einzurichten.

Der Referent schloß mit dem Wunsch, der Verbandstag wolle der Vorlage des Vorstandes möglichst einmütig und ohne Dis-kussion zustimmen. (Beifall.)

An das Referat schloß sich eine heime Debatte, in der Wagner-Rindow seine Freude über die Vorlage aussprach. Er regte an, der „Grundstein“ solle periodisch eine besondere Zei-tung für die Jugendlichen herausgeben. Diese konnte sehr zur Erleichterung der Agitation für die Jugendabteilungen dienen. Redakteur Winzig erklärte hierauf, die Redaktion wolle diesem Wunsch insofern nachkommen, als sie beachtliche, das Beiliegen des „Grundstein“ entsprechend zu erweitern.

Der Verbandstag nahm fast einstimmig die Vorschläge des Vorstandes an.

Eine Vorstandsvorlage über die Einführung einer Versicherung der agitatorisch tätigen Mitglieder begründete Wagner-Hamburg. Nach dieser Vorlage will der Vorstand für seine im Verband tätigen, nicht angestellten Mit-

Meerestiere von der Brandung ans Meer geworfen, starben dort und blieben liegen. Auch Naturereignisse haben ganze Herden vernichtet. So wütheten vulkanische Ausbrüche Landtiere in großen Mengen, und auch der große Gibbon Pithecanthropus erectus genannt, der in den Trümmerhaufen Javas aufgedeckt wurde, verdankt Tod und Konfiskation zugleich einem vulkanischen Schlammstrom, der sich über Java ergoß. Sühnwässertiere erlagen häufig dem Ein-bruche von Salzwasserströmen, und als im Mansfelder Gebiet in der Fernzeit ein großer See bestand, ergossen sich eines Tages in ihn milde metallische Strömungen von Kupfer, die natürlich die Sühnwässertiere jamt und sonders vernichteten. Auch die jetzt viel genannten Dinosaurier in Deutsch-Ostafrika kamen, wie Prof. Zanonich in der naturwissenschaftlichen Wochenchrift berichtet, auf unnatürliche Weise zu. Die Ablagerungen, in denen sie sich finden, sind warmer Ent-stehung und haben sich in nächster Nähe der Rüste gebildet. Die Saurier wandelten auf diesem freigelegten Strande umher, bis sie sich weiter hinauswagten und in weichem, nicht begehbarem Schlamm auf einen engbegrenzten Raum einliefen.

Theater.

Kammerspiele: Schöne Frauen, Lustspiel von Etienne Rey. Das Stück des jungen Autors fand in Paris beim Publikum und der Kritik außerordentlich freundliche Aufnahme. Der deutsche Uebersetzer verstand Herr Etienne Rey sogar schon als den „Lustspielkönig der Zukunft“. Inbes von irgendwelcher hoffnungsvollen Eigenart, einem Hinausgehen über die traditionellen Verfassensformen und Leids des Pariser Komödiengenetres läßt sich leider nicht verspüren. Das Stück läßt hundertmal Serviertes mit einer billigen Putz psychologischen Absonnerments von neuem auf. Der bekannte Schwereidner, der auf der weiten Welt nichts anderes als die Frauen kennt, seine eigene in ununterbrochenem Wechsel mit anderen betrügt, läßt seine Funktionen hier mit einigem Bewußtsein seiner Torheit und untermischt mit Vorsätzen der Verrückung aus: jedoch die eingeborene Firtbegabung und die auf jede Gelegenheit automatisch reagierende Routine lassen ihn nicht zum Genus ehelich-händlicher Ruhe kommen. Das Thema erinnert in mancherlei Hinsicht an das Bohrische „Konzert“, die Komödie des angelehnten Lustspielautors. Doch welche überlegene Ironie, welche Fülle drohlig origineller Charakteristik, wieviel Menschentunde und menschliches Gefühl steckt nicht in jenem Werk! Wie rundet sich das Bild des eigenwilligen, verwöhnten Künstler-Donjuan und der klugen liebe-vollen Frau, die mütterlich an seiner Seite aushält, zu voller Plastik! Da ist Leben. Im Stücke Reiz nur Rebekka und Rebekka's Abteilungen. Die Seitenbrünge dieses Herrn Villiers, der nichts als Schürzen-jäger, sind ganz interesslos und gleichgültig, wie sein verheiratetes Wippenstrauchen, das zur Nebenbabe selbst ein bißchen Antreue markiert, um dann gerührten Sinnes die Verbindung mit dem als unverbesserlich Erkannnen zu feiern. Immerhin bei aller Flachheit der Behandlung, war das Arrangement, die Wache geschick genug, um in der ausgezeichneten Darstellung der Kammerspiele momentan zu unterhalten. Wasser-mann spielte den flüchtig vergnügten, wie der flüchtig vergnügten, in Verfassungsgelübten sich ergebenden Herzenbrecher mit stotter Verbe. Comilla Gibanich lag bei der jungen Gattin Wärme und Wärme. Johanna Terwin, Leopoldine Konstantin und Else Wasser-mann repräsentierten die eleganten Freundinnen. Grosser Selberlebenserfolg hatte Paul

Reber und seine Angehörigen eine Unterstützungskasse errichten, wie das der Pariser Arbeiterverband im Vorjahr als erste deutsche Gewerkschaft getan hat. Die Kasse soll ohne besondere Vergütung von dem Verbandsvorstand verwaltet und getrennt von der Verbandshauptkasse geführt werden. Unterstützungen aus dieser Kasse sollen gewährt werden:

- a) an Mitglieder, die im Dienste der Organisation einen ihre Gesundheit schädigenden Unfall erlitten haben, auf die Dauer der Erwerbsunfähigkeit;
- b) an Mitglieder, die infolge der unter a bezeichneten Umstände dauernd erwerbsunfähig oder erwerbsbeschränkt geworden sind;
- c) an Hinterbliebene solcher Mitglieder, deren im Dienste der Organisation erlittener Unfall den Tod zur Folge hatte;
- d) an Angehörige des Verbandes, die dem Versicherungsgesetz für Angestellte nicht unterliegen und auch zu der Unterstützungskasse der in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten nicht zugelassen werden, wenn sie infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind;
- e) an Hinterbliebene der unter d genannten Angestellten.

Ein weiterer Zweck der Unterstützungskasse ist die Vorstand-Rechenberichterstattung der versicherungspflichtigen Angestellten des Verbandes für die Zeit, wo ein Recht auf Rentenbezug aus der Angestellten- und Invalidenversicherung (auch „Unterstützungsvereinigung“) noch nicht besteht. Zur Durchführung dieses Zweckes übernimmt die Unterstützungskasse des D. B. V. für alle Angestellten die volle Beitragszahlung zu der Angestellten- und Invalidenversicherung (auch zu der Unterstützungskasse). Die Angestellten zahlen dafür einen angemessenen Beitrag an die Unterstützungskasse.

Die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Unterstützung soll aus Beiträgen der Verbandshauptkasse und aus Beiträgen der Angestellten aufgebracht werden. Die Verbandshauptkasse zahlt einen Gründungsfonds von 20 000 M. in die Unterstützungskasse und leistet an laufenden Beiträgen 2 pro Mille der Hauptkasseneinnahme aus den regelmäßigen Verbandsbeiträgen (von je 1000 M. Verbandsbeitrag 2 M.). Die Angestellten des Verbandes zahlen persönlich Beiträge, und zwar 2 1/2 Proz. ihres Gehaltes.

Die Leistungen der Unterstützungskasse sind: Kommt ein beauftragtes, nicht angestelltes Mitglied bei der Ausübung seiner Tätigkeit durch Unfall zu Schaden, so sollen aus der Kasse folgende Unterstützungen gezahlt werden:

- a) Im Falle der Erwerbsunfähigkeit während des Heilverfahrens ein Zuschuß zu dem gesetzlichen Krankengeld; an verheiratete Mitglieder die Hälfte, an ledige Mitglieder ein Drittel des tariflichen Lohnes. Gehört der Verunglückte keiner Krankenkasse an oder ist die Unterstützungsberechtigung dort erloschen, so wird die Entschädigung aus der Unterstützungskasse auf drei Viertel des Lohnes für ledige Mitglieder erhöht. Im letzteren Falle übernimmt die Unterstützungskasse auch die Kosten des Heilverfahrens.
- b) Bei Fortdauer der Erwerbsunfähigkeit oder -beschränkung über das Heilverfahren hinaus eine dem Grade der Erwerbsbeschränkung entsprechende Rente. Sie kann bei völliger Erwerbsunfähigkeit betragen: für verheiratete Mitglieder bis zu drei Fünfteln und für ledige Mitglieder bis zu zwei Fünfteln des ortsüblichen Lohnes. Die Rente erlischt oder wird gekürzt mit dem Wiedereintritt der vollen oder teilweisen Erwerbsfähigkeit bzw. bei Verminderung der Erwerbsbeschränkung. Die Abfindung der Rente durch Zahlung einer Pauschalsumme ist zulässig.
- c) Beim Tode des Verunglückten, infolge des Unfalles, im Bedarfsfalle eine Hinterbliebenenrente. Sie darf drei Fünftel der in Betracht kommenden Erwerbsunfähigkeitsrente nicht übersteigen. Von dem Gesamtbetrag der höchstzulässigen Hinterbliebenenrente kann alleinlebenden Witwen nur die Hälfte zufließen. Hinterbliebenenrente wird nicht gezahlt, wenn der Tod des Verunglückten nach Beendigung des Heilverfahrens eingetreten ist. Die Witwenrente kann durch Zahlung einer Pauschalsumme abgelöst werden. Die Kinderrenten kommen spätestens mit der Vollendung des 18. Lebensjahres in Betracht. Die Berechnung des Lohnes zur Feststellung der Unterstützungsberechtigten erfolgt durch den Verbandsvorstand nach den statistischen Erhebungen des Verbandes. Die Festsetzung und Anweisung der Unterstützungen erfolgt ebenfalls durch den Verbandsvorstand. Die zur Unterstützungskasse beitragspflichtigen Angestellten des Verbandes werden im Falle ihrer Erwerbsunfähigkeit nach der Dauer ihrer Beitragsleistung und nach der Höhe ihres Gehaltes aus der Unterstützungskasse versorgt. Die Renten sollen bemessen werden nach dreijähriger Beitragsleistung auf

20 Proz. des Gehaltes, nach fünfjähriger Beitragsleistung auf 40 Proz. des Gehaltes, nach zehnjähriger Beitragsleistung auf 60 Proz. des Gehaltes, nach zwanzigjähriger Beitragsleistung auf 85 Proz. des Gehaltes. Mit Vollendung des 65. Lebensjahres und nach mindestens zwanzigjähriger Beitragsleistung kann den Angestellten ein Ruhegehalt in Höhe von 65 Proz. ihres Gehaltes gewährt werden.

Im Todesfalle des beitragspflichtigen Angestellten kann die erworbene Invaliden- oder Altersrente bis zu vier Fünfteln an Hinterbliebene des Verstorbenen gewährt werden. Witwenrente allein darf drei Fünftel der Invaliden- und Altersrente nicht übersteigen. Die Renten werden in allen Fällen um die Beträge gekürzt, die die Angestellten beziehungsweise deren Hinterbliebenen aus der „Unterstützungsvereinigung“ für die in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten“, aus der reichs-gesetzlichen Angestelltenversicherung und aus der Reichs-Invalidenversicherung beziehen. Einen Rechtsanspruch auf Zahlung von Unterstützungen aus dieser Kasse hat niemand. Der Verbandsvorstand entscheidet vielmehr nach freiem Ermessen, ob die Unterstützungen zu gewähren sind.

Nach kurzer Diskussion, in der die Gründung der Versicherungskasse begrüßt wurde, stimmte der Verbandstag der Vorlage gegen wenige Stimmen zu. Die Versicherung tritt bereits ab 1. Januar d. J. in Kraft. — Der Verbandstag beschloß ferner, zwei alten invaliden Mitgliedern, von denen der eine von einem Arbeitswilligen schwer verletzt wurde, und der andere ein eifrig tätiger Kollege war, eine Unterstützung zu bewilligen. Die Festsetzung der Höhe wird dem Vorstand überlassen.

Zur Beratung gelangte nun eine Vorlage des Vorstandes über Neuregelung der Gehälter der Angestellten.

Die Vorlage begründete, an Gehältern sollen erhalten: a) der Verbandsvorstand 4200 M., b) der Leiter des literarisch-statistischen Bureau 3600 M., c) die sonstigen Vorstandsmitglieder und der Redakteur des Jahrbuchs 3000 M. (Der Kassierer erhält zu seinem Gehalt ein jährliches Mantelgeld von 300 M.), d) die Bezirkssekretäre (Gauvorsitzende) 2700 bis 3400 M., e) die ständigen Hilfsarbeiter des Vorstandes im Verbandsbureau 2400 bis 3000 M., f) die Zweigvereinsbeamten (Geschäftsführer und Kassierer) der Beitragsklasse 2 1800 bis 2400 M., der Beitragsklassen 3 und 4 2000 bis 2700 M., der Beitragsklassen 5 und 6 2400 bis 3300 M. Die Zweigvereine sollen berechtigt sein, über die hier normierten Sätze hinauszugehen und in allen Klassen die Gehälter ihrer Beamten zu erhöhen; jedoch soll weder das Anfangs- noch das Endgehalt der Zweigvereinsbeamten das Gehalt der Bezirkssekretäre übersteigen. Für die Berechnung der Beitragsklasse ist der Beitrag maßgebend, den die Mehrheit der geltenden Arbeiter in dem betreffenden Zweigverein zahlt. In den Fällen d, e und f bleibt das Gehalt während der beiden ersten Jahre der Amtsdauer beziehungsweise Dienstleistung auf der Anfangsstufe und steigt dann jährlich um 100 M. bis zum Höchstsatze. Mit Zustimmung des Verbandsvorstandes können Zweigvereinsbeamte in besonderen Fällen provisorisch zu niedrigeren Gehaltsstufen angestellt werden. Im Falle der Erkrankung eines Beamten oder Hilfsarbeiters wird in der Regel für die Dauer der Krankheit, jedoch nicht über drei Monate hinaus, das volle Gehalt gezahlt. Bei länger dauernden Krankheiten kann der Verbandsvorstand die Fortzahlung des halben Gehalts für höchstens weitere drei Monate genehmigen und auch für Zweigvereinsbeamte eventuell aus der Hauptkasse anweisen. Ist die Arbeitsunfähigkeit eines Beamten von längerer Dauer, so haben der Verbandsvorstand und Beirat eine weitere Entscheidung zu treffen. Die Angestellten des Verbandes haben Anspruch auf Ferien. Es sollen gewährt werden: nach einjähriger Dienstleistung zwei Wochen Ferien, nach zehnjähriger Dienstleistung drei Wochen Ferien.

Paeplow betonte in seiner Begründung, mit diesen Vorschlägen würden die Gehälter der Angestellten so geregelt, wie diese in anderen ähnlichen Organisationen schon durchgeführt sind. Wenn andere Organisationen diese Gehälter gewähren, könne der Deutsche Banarbeitersverband nicht zurückbleiben. Der Vorstand habe nichts dagegen, daß für die Bezirkssekretäre das gleiche Gehalt wie für die Vorstandsmitglieder und für die Beamten in größeren Zweigvereinen das Gehalt der Gauleiter festgesetzt wird. Lassen Sie sich — sagte Paeplow zum Schluß — von dem Gedanken leiten, daß ein so großer Verband berechtigt und verpflichtet ist, die besten Kollegen, die er in seinen Reihen findet, an die ersten Stellen zu bringen und zu halten. Im Interesse des Verbandes liegt es, seine Beamten nicht anders zu stellen, als dies kleinere Gewerkschaften tun. (Beifall.)

Die Diskussion über diesen Punkt wurde bald wieder geschlossen. Es kamen nur zehn Redner zum Wort, die mehr oder weniger scharfen Protest gegen die Vorlage des Vorstandes

einlegten. Die Annahme der Vorlage würde eine „allgemeine Empörung“ bei den Mitgliedern hervorrufen, sagte unter Zustimmung Binzler-Weilin; man könne ihr unter keinen Umständen zustimmen. Doch kam dieser Redner, der eingangs die Vorlage so scharf kritisierte, zu dem Schluß, daß eine Gehaltsregulierung angebracht sei. Und dieser Ansicht verschloffen sich auch die meisten der übrigen Redner nicht. Doch wollen sie die Gehaltsregulierung erst auf einem späteren Verbandstag bewilligen. Wenn bei der Lohnbewegung für die Arbeiter eine Lohnhöhung erzwungen sei, meinte Binzler-Weilin, dann erst wolle man auch den Angestellten eine Gehaltsregulierung bewilligen. Kritisiert wurde auch, daß die Vorstandsvorlage den Mitgliedern zu spät unterbreitet worden sei. Nach einem Schlußwort Paeplows, der nochmals all die Gründe für eine Gehaltsregulierung darlegte, wurde schließlich die Vorlage einer ständigen Kommission überwiesen.

Es wird nun der Bericht der Statutenberatungskommission entgegengenommen, der in einer Abend Sitzung fortgesetzt wird. Wir berichten darüber in nächster Nummer zusammenhängend.

In der Sitzung am Sonnabend wurden die Vorstands-wahlen vorgenommen. Als erster Verbandsvorsitzender wurde Fritz Paeplow gewählt. Als Leiter der neugebildeten literarisch-statistischen Abteilung wurde der bisherige Redakteur des „Grundstein“ August Binzler bestimmt; an dessen Stelle tritt als Redakteur Otto Dorfmann. Der Gauvorsitzende Hermann Silberfeld-Berlin gehört dem Vorstande mit an, behält aber seinen Sitz in Berlin. Als Aufsicht-Vorsitzender wurde Dachsne-Hamburg wiedergewählt. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

In Ergänzung unseres Berichtes über das Referat Silberfelds zur Lohnbewegung sei hervorgehoben, daß da, wo es heißt: „Der Arbeitgeberverband erklärte neulich, an eine friedliche Regelung der Tarifbewegung sei nicht zu denken“, damit nicht der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, sondern der Unterverband Danzig gemeint ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 8 bis 9 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine Dokumentenbeilage beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Austritt 1911. Es waren bis 31. Dezember 1912 Anwartschaftsberechtigter 22. Es müßte zunächst Klage auf Wiederherstellung der bündlichen Gemeinschaft erhoben werden. Beantworte Sie beim Verwaltungsamt des Bezirks die Erstellung eines Anwartschaftsbüchchens und alsdann bei dem Landgericht, in dessen Bezirk Ihr Wohnort seinen Wohnsitz hat, die Bemessung des Anwartschafts und Beordnung eines Rechtsanwalts. Ist der Anwartschaftsbuch des Mannes nicht zu ermitteln, so kann unter Ueberreichung einer Auskunft des Einwohnermeldeamtes seines letzten Wohnsitzes und seiner Heimatbehörde öffentliche Zustellung der Klage beantragt werden. — **G. S. 55.** Reim. — **R. 13. 45.** In 20 Jahren. — **G. S. 24.** 1. Reim. 2. Pa. Es ist noch eine Klage beim Oberverwaltungsgericht zulässig, die allerdings nach Lage der Sache aussichtslos erscheint. — **W. S. 100.** Der Standpunkt der Gerichtslage entspricht dem Gesetz. — **Ziegler 300.** Stellen Sie einen neuen Antrag auf Anwartschaft. Derselbe hat jedoch nur dann Erfolg, wenn seinerzeit Unfall anerkannt worden ist, andernfalls würde Verjährung vorliegen. — **W. S. 48.** 1. Pa. 2. und 3. Reim. — **G. 777.** 1. Es erfolgt Auszahlung 2. Ansohner, ja. 3. Das ist zulässig, wenn die Voraussetzungen der öffentlichen Zustellung vorliegen, also der Anwartschaftsbuch nicht ermittelt werden und dies glaubhaft gemacht werden kann. 4. Für die länger als 4 Jahre zurückliegende Zeit ist Verjährung eingetreten. 5. Die Karte muß auf Verlangen des Arbeitnehmers jederzeit herausgegeben werden. — **R. 59.** Ja, die Kosten würden etwa 5 M. betragen. — **G. S. 100.** Wiederholen Sie noch einmal Ihre Anfrage unter genauer Sachdarstellung. — **R. 66.** Reim. — **G. 62.** Reim. Die Geburtsurkunde ist erforderlich. — **Portier 1.** 1. Reim. 2. Klage beim Landgericht. — **G. S. 85.** 1. Unter kurzer Sachdarstellung ist beim Amtsgericht der Antrag auf Befreiung des Zahlungsbefehls zu stellen. Der Antrag muß Namen, Stand und Wohnung der Parteien enthalten. 2. Nur da, wenn Einzahlung vereinbart ist. — **G. S. 100.** Das ist abhängig von den verfahrensmäßigen Bestimmungen. Sie müssen sich also bei der dortigen Polizeibehörde erkundigen. — **G. S. 52.** 1. Reim. 2. Pa. 3. u. 4. Verlangen Sie es mit einem Antrage an die Schuldenkommission. 5. In den Reginalen. — **Hermann F. 140.** 1. Reim. 2. Pa. — **C. R. 300.** Wir halten Sie zur Unterstützung der Sache für verpflichtet. Allerdings war die Portierfrau nicht befugt, die Karte aus dem Hof zu werfen. Der Brief konnte nur Klage erheben. — **G. R. 69.** Ihre Darstellung ist nicht verständlich. Aufmerksam ist Ihre Ansicht bereits rechtskräftig abgeurteilt, so daß sich überhaupt in der Angelegenheit nichts mehr tun läßt. — **W. S. 100.** Reim.



Leiser

König-Strasse 34
Leipziger Strasse 65
Tautenzien-Strasse 20
Oranien-Strasse 47a
Moabit: Turm-Strasse 50

Oranien-Strasse 34
Friedenou, Rheinstr. 14
Müller-Strasse 3a
Neukölln, Bergstr. 7/8

50%

Bis Ermäßigung

Inventur

Ausverkauf

Beispiele unserer sensationellen Preiswürdigkeit

	früher	jetzt	früher	jetzt
Dam.-Schlupf.-Kamelh., braun Filz-u. Leders.		95,3	Damen-Lack-Knopfsch., schwarz sämische Einsätze, Orig.-Good-Welt	10,90
Damen-Filzschuhe mit schwarzer Filzsohle		1,10	Ein Posten Damen-Schnürstfl., echt Box calf, Lack, m. Derby, bes. dauerh.	6,90
Kinder-Schnürstfl., braun Bockleder, 20-22, m. Fleck 1.50		1,95	Ein Posten Herren-Schnürstfl., Rosschew., Lack, m. Derby, Garant. f. jedes Paar	7,90
Damen-Haussch., braun u. schwarz Bockleder, stammend billig		4,28	Damen-Schnürstfl., braun, prima Chev. allerbestes Fabrikat	15,50
1a Kamelhaar-Schnall.-Stfl. m. Filz u. Leders., verdeckte Naht, Lederinf., Abs.-Fl., 36-42		2,50	Damen Schnürstfl., 1a Chev., Lack, Lederabs. Louis XV., Orig.-Good-W	12,50
Kinder-Schnürstfl., braun Glanzziege, dr. ch. gea. gestuppt, 25-26 2.95		2,95	Damen-Knopfsch., 1a Chromlack, Chev.-Eins., Orig.-G.-Welt, eleg. schlank Form	12,50
Schwarz Chevrette Spangren-Schuhe	5,90	3,90	Ein Posten 1a Chev.-Damen-Schnürstfl., Lack, Derby, Orig.-Good-Welt, hochmod. amerik. Form	8,90
Schwarz Samt-Pumps	4,80	4,90	Herren-Schnürstfl., 1a braun, echt Boxe, Orig.-Good-Welt	12,50
Damen-Schnürstfl., braun echt Chev., m. u. ohne Lack, Orig.-Good-W., nur kl. Gr.	12,50	5,90	Ein Posten Herren-Schnürstfl., prima Boxe, m. Derby, echt, Rand gedoppelt	9,90
Damen-Schnürsch., braun echt Chevreau, m. u. ohne Lack	6,50		Damen-Schnürstfl., braun 1a Chev., Derby, eleg. hochm., amerik. Formen	12,50
Damen-Schnürsch., Lack, m. br. Seid.-Senk.	6,80		Herren-Schnürstfl., braun 1a Boxe, mit hochmod. Cover coat-Stoffeinsatz	16,50
Damen-Lack-Knopfschuhe, grau sämisch Eins., Orig.-Good-Welt	10,50			
Damen-Schnürstfl., braun echt Chev., m. u. ohne Lack, m. v. ohne Derby, Rand gedoppelt, nur kl. Gröss.	10,50			
Kinder-echt Joxe-Schnürstfl., Lack, Derby O. G. W., 25-27, früh. 7.75	8,75			
Damen-Knopfsch., braun u. grau 1a Chev., m. u. ohne Stoffeinsatz, auch Orig.-Good-W.	10,90			
Herren-Knopfschuhe, braun 1a Box calf, Orig.-Good-Welt	12,50			



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
König-Str. am Bahnhof
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Montag bis Mittwoch:

Extra-Preise

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137
Die Firma A. WERTHEIM
hat zu ähnlich lautenden
Firmen keinerlei Beziehung

Ballstoffe

- Wollbatist mit Seidenstreifen, doppeltbreit Mtr. 1.60
- Eolienne in schönen Ballfarben, ca. 110 cm breit Mtr. 2.50
- Wollbatist moderne Farben, gute Qualität, ca. 110 cm breit. . Mtr. 1.70
- Eolienne façonné elfenbeinfarbig Mtr. 3.50
- Baumwoll-Voile in schönen Farben, ca. 110 cm breit . . Mtr. 1.50
- Voile à jour für Ballkleider, ca. 110 cm breit Mtr. 1.25
- Voile néigé modernes, leichtes Gewebe Mtr. 1.80

Seidenstoffe

- Helvetiaseide gute Qualität, Mtr. 1.15
- Japon mille fleurs weissgrundig. Mtr. 2.30
- Voile ninon bewährte Qual., Mtr. 2.75
- Crêpe de chine ausserordentl. vorteilhaft, ca. 110 cm breit, Mtr. 4.25
- Radium in schönen Ballfarben, ca. 110 cm breit Mtr. 3.90
- Voile mille fleurs leichtes Gewebe, ca. 110 cm breit . . Mtr. 4.75
- Satin Grenadine glänzende Seide, ca. 105 cm breit . . . Mtr. 6.25



- Tüllblusen verschied. Fassons, ivoire oder ecru, mit und ohne Halsteil, gefüttert 3.90
- Tüllblusen mit eleg. Einsätzen, garniert, ivoire u. ecru, gefüttert. 4.90
- Tüllblusen in verschiedenen reichen Fassons 5.90
- Wollmusselin-Blusen verschiedene Fassons, mit und ohne Halsteil, gefüttert. . . . 2.95

- Wollmusselin-Blusen verschiedene Fassons, gefüttert . 3.90
- Washblusen aus Mull, und Voile, in verschiedenen Fassons 2.95
- Washblusen aus Mull und Voile, in verschiedenen Fassons, mit und ohne Halsteil 3.90
- Washblusen aus Voile oder Mull, in verschiedenen reich. Fassons 4.90

Besondere Gelegenheit:

Damen-Pumps-Schuhe 7.85

schwarz oder braun Chevreau od. Boxcalf, Goodyear Welt

Ein Posten

Damen-Ulster

offen und geschlossen zu tragen, neue Ware, bräunliche Töne

17.75, 19.75

Nur Leipzigerstrasse:

Backfisch Abend - Mäntel

in Tuch- und Flauschstoffen, enorm billig 16.75

Ein grosser Posten Knaben-Anzüge

Prinz Heinrich-Anzug aus meliert. haltbaren Stoffen, blauer Ueberkragen mit Bandgarnierung, Jacke gefüttert, für ca. 4-6 Jahre 7.40, 7-10 Jh. 8.80

Sportanzug aus haltbaren, engl. gemustert. Stoffen, Reversfasson mit Falten, Jacke u. Hose gefüttert. für ca. 5-7 Jh. 9.00, 8-10 Jh. 10.00, 11-12 Jh. 11.00

Knaben - Pellerinen aus marengo oder oliv Strichloden, Kapuze zum Abknöpfen für ca. 6-8 Jh. 4.30, 9-11 J. 5.20, 12-14 J. 6.20

Damen-

Uebergangs-Hüte

Berè-Toques mit hochsteh. Garnit., od. mit Tüll u. Aigrettes 11.75

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstr. 110. (Billige Preise.) Per Post Preisermäßigung. B. gut. Stichw. garant., eigenes Stofflag.



Wenn wir Sie sprechen könnten würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik Herren-Anzug-Stoffe

Paletot-, Hosen-, Joppen-, Westenstoffe und Damontsche wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. - Stets letzte Neuheiten nur bester, frugfähigster Qualitäten in grösster Auswahl Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 142 Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an Jedermann franko ohne Kaufzwang.

Phänomen

CLUB

Beste 33 Cigarette

Stavistraße 32-39,

Querstraße an der Müllerstraße, sind in neu erbauten Häusern mit Hofgärten (Tepfichlopfplatz und Wäldchen im separaten Hof, Keller-Eingang)

1 und 2 Zimmer-Wohnungen mit Warmwasserversorgung

per sofort oder 1. April 1918 Müg zu vermieten. Zu erfragen im Verwaltungsbureau, Nr. 35/36. 267/16*

Gardinen
Vorhänge
Teppiche
Steppdecken

zu Inventur-Preisen!

Berlin C
Wallstr. 13
(Spindlershof)

Gardinenhaus
Bernhard
Schwartz

Technikum Berlin

Königsplatz Str. 90.
Tages-, Abendkurse.
Maschinenbau, Elektrotechnik,
Hochbau, Tiefbau, Werkmeister-
kurse. - Dauer 1 Jahr,
vierteljährl. 20 M.
Dir. Matthes, Inh.
Programm frei!



„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger

Ulster, Paletots, Anzüge u. Joppen

Heute von 12-2 Uhr geöffnet.

Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes.

Zu Wasser und zu Lande
priemt man

Grimm & Triepel Kautabak.

Rollen 5 und 10 Pfennig. Stangen* 5 Pfennig.

Die Etatsdebatte im württembergischen Landtag.

Die neugewählte württembergische Kammer hat am Donnerstag, den 18. Januar, mit den Etatsberatungen begonnen. Württemberg hat zweijährige Etatsperioden. Der Staatsaufwand für 1912 belief sich auf 118 800 000 M., für 1914 auf 121 602 000 M. Im Jahre 1905 betrug er noch rund 82 Millionen Mark. Es ist mittlerweile um rund 50 Proz. gestiegen. Ueberraschungen irgend welcher Art bietet der neue Etat nicht. Der Abschluß ist günstig; die Regierung will mit dem alten Einkommensteuertarif auskommen.

Der Finanzminister v. Gehler eröffnete am Donnerstag den Reigen der Redner. Er beschäftigte sich im wesentlichen mit den Zahlen des Etats, eine politische Note seinen Ausführungen zu geben, vermied er sorgsam. Nach ihm nahm der Redner der stärksten Partei, des Zentrums, erster Vizepräsident v. Siene, das Wort. Wie es nicht anders sein konnte, spielte der verfloßene Wahlkampf und die Neuwahl des Präsidiums keine kleine Rolle in seinen Ausführungen. Von allerlei Verhandlungen, die das Zentrum mit dem Bauernbund, aber auch mit den Nationalliberalen gepflogen hat, um bei der Wahl des Präsidiums einen Block gegen die Sozialdemokratie zu bringen, machte er Mitteilung. Die Kennzeichnung des Charakters der Kammer durch das aus Zentrum und Bauernbund gebildete Präsidium gefällt ihm gar nicht. „Ich und meine Freunde tragen keine Verantwortung dafür, daß das Land heute ein reines Rechtspräsidium hat“, sagte er unter ironischer Heiterkeit der Liberalen und der Sozialdemokratie. Zwischenbindend empfahl der Zentrumredner so etwa ein Duzend mal das Zentrum als sichersten Schutz des Altars, der Monarchie, des Christentums, der Ordnung und Sittlichkeit. Der Regierung gab er aber auch ziemlich deutlich zu verstehen, daß, wenn sie dem Zentrum nicht zu willigen ist, es auch anders kommen kann. Denn um Gottes Willen tut das Zentrum nun einmal nichts; es liebt bare Zahlung. Im ureigensten Sinne des Wortes. Bei der Ausschreibung des Kirchenguts, das seinerzeit vom Staat unter Uebernahme der Kirchenlasten eingezogen wurde — könnte sich die Regierung „fortschrittlich“ zeigen, indem sie (bei Zurechnung der Renten) die steigenden Bedürfnisse der Kirche berücksichtigt. Die Kirche hat einen guten Magen. Besonders erfreut ist das Zentrum, daß in der Zweiten Kammer eine sichere Mehrheit für die Aufrechterhaltung unserer legendreichen Wirtschaftspolitik vorhanden ist. In dieser Frage bekommen wir Zugang nicht nur aus den Reihen der Nationalliberalen, sondern auch aus den Reihen der Volkspartei“, bemerkte er mild lächelnd den liberalen Parteien. Das Zentrum kennt keine Leute. Der dem Zentrumsmann folgende volksparteiliche Redner Viesching vermied denn auch außerordentlich vorsichtig, dieses heisse Eisen anzufassen. Er redete von allerlei und noch viel mehr, aber einer klaren Stellungnahme zu dieser brennenden Frage, dem Kampf gegen die Ausbeutung des Volkes durch die Agrarier, ging er sorgsam aus dem Weg.

Am Freitag wurde die Debatte fortgesetzt, der Bauernbündler Bogt-Weinsberg legte der Volkspartei etliche typische Fragen vor; wie sie sich denn eigentlich zur Einfuhr von Getreidefleisch usw. nun stelle. Aus Herrn Vieschings Rede sei er nicht recht klug geworden. Dem Bauernbündler folgte Genosse Krell als erster Fraktionsredner der Sozialdemokratie. Er schlug erstlich scharfe Töne an, wie sie in dem wohltemperierten Hause nicht oft gehört werden. Die Thronrede nannte er fast- und kraftlos, jeder klaren Stellungnahme sorgfältig aus dem Wege gehend. Die Brandmarke der bauernbündlerischen und zentrumlichen Wahlagitation wurde von der Rechten mit lebhaften Unterbrechungen quittiert. Der fortschrittlichen Volkspartei sagte er, daß wenn die volksparteilichen Agitatoren nur ein Viertel der Kraft, die sie zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angewendet haben, zur Bekämpfung der Rechten verausgabt hätten, die Rechte im neuen Haus nicht dieses Uebergewicht bekommen hätte. Dem vom Zentrumredner behaupteten „Zug nach rechts“, der durch württembergische Volk gehen soll, illustriert er treffend durch die Feststellung, daß von den 40 000 Reutwählern, die seit 1906 hinzugekommen sind, nicht weniger wie 28 000 zur Sozialdemokratie gegangen sind. Nicht der angebliche „Zug nach rechts“, sondern das standalöse Wahlrecht hat der Rechten zur Vorherrschaft verholfen. Die Ungleichheit der Wahlkreise hat es dahin gebracht, daß 38 Prozent der Wähler 80 Prozent der Mandate an sich reißen konnten. Der Redner forderte sodann die Verhältniswahl für alle Abgeordnete der Kammer. Ueber technische Einzelheiten des Wahlsystems lasse sich reden. Dem gefährdeten Minister v. Wischel sollte er Anerkennung. Die Sozialdemokratie sei bereit, auch mit dem jetzigen Ministerium fortschrittliche Politik zu machen, doch lehne sie auch den schärfsten Kampf nicht, wenn die Regierung reaktionäre Politik treiben wolle. Scharf wendete sich Krell gegen die Anregung des Bauernbündlers Bogt, die Konsumvereine mit neuen Steuern zu belasten. Vielmehr sei eine Umänderung der Einkommensteuer in der Hinsicht notwendig, daß die kleinen und mittleren Einkommen entlastet, die größeren hingegen stärker zur Steuer herangezogen würden. Vom Ministerpräsidenten verlangt er Auskunft über die Behandlung neuer Rüstungsvorlagen im Bundesrat. Sodann kam Krell auf das Militärverbot jener Wirtschaften zu sprechen, deren Inhaber als Sozialdemokraten bekannt sind. Die Parteimitglieder der Regierung und des Regierungorgans gegen die Sozialdemokratie in den letzten Wahlkämpfen und anderes mehr bewies, daß Sozialdemokraten auch in Württemberg in der ersten und zweiten Klasse sind. Das Wort vom Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft ist zitiert und so gedeutet worden, als ob die Sozialdemokratie Todfeindin von Personen sei. Diese Auslegung ist unfinnig. Die Sozialdemokratie will sehr wohl, daß es über den Kreis unserer Partei hinaus Personen gibt, die bemüht sind, das Elend, die Not zu lindern. Mit diesen Personen gehen wir eine ganze Strecke zusammen. Was uns aber von den bürgerlichen Parteien scheidet, ist; Sie halten fest an einer Staats- und Wirtschaftsordnung, die auf der Ausbeutung der arbeitenden Massen beruht, während wir Sozialdemokraten eine neue Ordnung schaffen wollen. Wir bleiben Todfeinde einer Wirtschaftsordnung, die für Millionen Volksgenossen Not und Elend im Gefolge hat. Wir waren aber auch stets bemüht, das Los der arbeitenden Bevölkerung auch jetzt schon zu lindern, soweit das möglich ist.

Nach Krells Rede erhob sich der Ministerpräsident, um dagegen zu protestieren, daß Krell das Deutsche Reich mitverantwortlich gemacht habe für die Kriegsrüstungen.

Ein ministerielles Mädchen.

Nach einer telegraphischen Meldung der „Vossischen Zeitung“ gab am Sonnabend in der Zweiten württembergischen Kammer der neue Minister des Innern, Dr. v. Feilichauer, eine Erklärung über die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie ab, die im wesentlichen lautete:

„Kein Staatsmann wird in unserer Zeit mit Aussicht auf Erfolg in der Verwaltung tätig sein, der nicht mit einem vollen Tropfen sozialen Empfindens gesalbt ist. Auch ich habe für das Streben der Arbeiterschaft nach Besserung der Lage und Hebung der sozialen Stellung volles Verständnis und, soweit die Sozialdemokratie nichts anderes erstrebt, als auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Forderungen der Arbeiter zu vertreten und ihren Wünschen, soweit möglich, zur Erfüllung zu verhelfen, wie sie bei mir einem offenen Ohr und ernsthaften Erwägungen begegnen. Es wird dabei freilich nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß die Aufgabe der Regierungen nicht darin besteht, einseitig nur die Interessen der Arbeiterschaft zu berücksichtigen, sondern daß sie auch einen gerechten Ausgleich zwischen den widerstrebenden Interessen anzustreben hat. Die Sozialdemokratie ist aber nicht nur die Vertreterin der Arbeiterinteressen, sie ist auch die Partei, die den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben hat und sich damit in einen ausgeprägten und grundsätzlichen Gegensatz zu der Gesamtheit der übrigen Staatsgenossen stellt. So weit sie das tut, wird sie die Regierung immer entschieden auf der Gegenseite finden, denn die Pflicht der Regierungen ist die gleichmäßige Fürsorge für alle Berufsstände und die Hintanhaltung jedes einseitigen Klassenkampfes. Es wird dem Abgeordneten nicht entgangen sein, daß das Parteiorgan der württembergischen Sozialdemokratie in den letzten Tagen mit Nachdruck erklärt hat, die Sozialdemokratie sei eine republikanische Partei. . . . Der Regierung wird man es aber nicht verdenken können, wenn sie gegen eine Partei Stellung nimmt, welche die Grundlagen des Staates in so bestimmter Weise verneint.“

Ob der Herr Minister sich vielleicht einbildet, durch diese Erklärung irgend einen Einfluß auf die parteipolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie ausüben zu können? Das wäre sehr naiv, und Genosse Krell und die seiner Richtung angehörenden Genossen würden ihm für einen solchen Wärendienst sicherlich keinen Dank wissen. Es wäre auch wirklich schlimm, wenn es erst der letzten Auslassung der „Tagwacht“ bedürft hätte, um Freund und Feind zum Bewußtsein zu bringen, daß die Sozialdemokratie eine demokratische, d. h. auch republikanische Partei ist! Aber davon kann selbstverständlich keine Rede sein, denn gerade die Erklärung der Fraktionsmehrheit wies ja darauf hin, daß in dem gedruckten Bericht der Landtagsfraktion für 1907, der in Tausenden von Exemplaren verbreitet worden ist, auf der ersten Seite zu der Teilnahme der Fraktion an der hiesigen Eröffnungsfest des Landtags bemerkt worden war:

„Selbstverständlich ist an der grundsätzlichen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Monarchie keine Änderung durch die Teilnahme an der Eröffnungsfestlichkeit erfolgt.“

Die Erklärung des Herrn Ministers des Innern war also höchst überflüssig. Auch insofern, als sich bislang wohl schwerlich ein Sozialdemokrat eingebildet hatte, daß eine monarchisch-kapitalistische Regierung den sozialdemokratischen Zielen freundlich gegenüberstehen könnte!

Soziales.

Konkurrenzklausel und provokierte Kündigung.

Ein vertraglich eingegangenes Konkurrenzverbot ist bekanntlich unzulässig, wenn der Arbeitgeber das Dienstverhältnis auflöscht. Der dem Kaufmannsgericht Hamburg kam ein Fall zur Verhandlung, wo der durch das Konkurrenzverbot gebundene Gehilfe zwar in die Lösung des Vertrages willigte, aber durch das Verhalten des Prinzipals vom Gericht dennoch an die Konkurrenzklausel nicht für gebunden erachtet wurde. Der Fall lag so: Der Geschäftsinhaber Z. engagierte mit einem Konkurrenzverbot den Verkäufer J. mit einer Jubiläumsgabe eines Gehaltes von 125 M. Nach einiger Zeit erklärte der Chef dem Angestellten, er könne ihm doch nicht mehr wie 100 M. geben, worauf J. erwiderte, dafür könne er nicht arbeiten, da werde er sich nach einer anderen Stellung umsehen müssen. Der Prinzipal befand sich auch damit sein Einverständnis durch die Worte: „Ja, dann müssen Sie kündigen.“ In der Verhandlung gab der Gehilfe anfangs zu, das Wort „kündigen“ zuerst ausgesprochen zu haben, nahm die Erklärung aber später wieder zurück.

Das Kaufmannsgericht wies die Klage des Chefs wegen Verletzung der Konkurrenzklausel ab. In der Begründung heißt es: Nach dem Wortlaut des § 75 des Handelsgesetzbuchs hat J. in der Tat gegen die Konkurrenzklausel verstoßen. Das Kaufmannsgericht ist aber der Ansicht, daß das Resultat zwar dem Wortlaut des Gesetzes entspricht, der Sachlage aber innerlich nicht gerecht wurde. In der Erklärung des Prinzipals, er könne nicht mehr 125 M. bezahlen, liege eine eventuelle Kündigung für den Fall, daß der Gehilfe mit der Gehaltsverminderung nicht einverstanden ist. Die Initiative zur Kündigung ist offenbar vom Prinzipal, nicht vom Angestellten ausgegangen. Der Chef kann auch daraus keine Rechte herleiten, wenn der ganz ungewandte und rechtlich unerfahrene Verkäufer verkehrterweise das Wort „kündigen“ gebraucht haben sollte, statt sich auf den allein richtigen Standpunkt zu stellen, daß der Chef entweder das alte Gehalt weiter bezahle oder seinerseits kündige. — Auf die seitens des abgewiesenen Prinzipals eingelegte Berufung hin kam auch das Landgericht Hamburg zur Behauptung des erstinstanzlichen Urteils.

Der Halle'sche Krankenkassenstreit vor dem Reichsgericht.

Am 30. Juli 1910 kündigten sämtliche Halle'schen Kassenärzte den im Krankenkassenverband zu Halle a. S. vereinigten Krankenkassen zum 30. September 1910. Die Kassen gaben einige Ärzte von auswärts heran. Der Magistrat der Stadt Halle als Aufsichtsbehörde war aber der Ansicht, daß die Zahl dieser Ärzte nicht ausreichend sei. Er forderte am 8. November 1910 die einzelnen Kassen auf, bis zum 25. November nachzuweisen, daß für je 1500 Mitglieder und deren krankenärztliche Angehörigen ein in jeder Beziehung leistungsfähiger Arzt zur Verfügung steht. Am 25. November teilte der Magistrat mit, daß dieser Nachweis nicht erbracht sei und er nunmehr gemäß § 45 Absatz 5 des Krankenkassenversicherungsgesetzes selbst die ausweisende ärztliche Versorgung herbeiführen werde. Der Magistrat schloß dann am 8. Dezember 1910 in seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde mit dem Verein der Ärzte zu Halle einen Vertrag auf die Dauer von zehn Jahren, wonach zum ärztlichen Dienst bei den Kassen grundsätzlich jeder Arzt zugelassen wird, der in Halle und Umgebung wohnt. In einem Nachtragsvertrage vom 1. März 1911, der gleichfalls vom Magistrat für die Kassen abgeschlossen worden ist, sind einige der für die Kassen sehr scharfen Bedingungen des ersten Vertrages etwas gemildert worden. — Der Krankenkassenverband meint, daß die letzten Verträge gegen die guten Sitten verstoßen, weil alle Ärzte auf Seiten der Ärzte, alle Pflichten aber auf Seiten der Kassen seien; die Kassen seien auf zehn Jahre gebunden, während die einzelnen Ärzte ein vierteljährliches Kündigungsrecht hätten; die Verträge seien auch deshalb nichtig, weil die gesetzlichen Voraussetzungen zum Eingreifen des Magistrats nicht vorgelegen hätten; mindestens seien aber eine Reihe von Einzelbestimmungen nichtig. Der Kassenverband hat deshalb gegen den Verband Halle'scher Kassenärzte als Revisionssfolger des Bergvereins Klage auf Nichterfüllung erhoben, daß den Kassen gegenüber aus den Verträgen keine Rechte fließen.

Das Landgericht Halle und Oberlandesgericht Naumburg haben die Klage abgewiesen. Das Reichsgericht hat am Freitag das Urteil

des Oberlandesgerichts in der Hauptsache bestätigt und nur die Bestimmung in § 11 Absatz 2b des Vertrages, wonach die Kassen verpflichtet sein sollen, die durch den Vertrag bedingten Änderungen des Statuts vorzunehmen, für rechtswidrig erklärt. In der Begründung heißt es: Es kann von den ordentlichen Gerichten nicht nachgeprüft werden, ob der Magistrat als Aufsichtsbehörde mit Recht die Funktionen des Vorstandes und der Generalversammlung der Kassen wahrgenommen hat. Diese Frage kann nur von den Verwaltungsbehörden und im Verwaltungsstreitverfahren nachgeprüft werden. Auch die weitere Frage, ob der Magistrat seine Befugnisse als Aufsichtsbehörde überschritten hat, ist im ordentlichen Rechtswege nicht zu entscheiden. Die Kläger haben nur das Recht, den Vertrag nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts so anzusehen, als wenn sie ihn selbst geschlossen hätten. Alle diejenigen Gründe der Kläger, die sich damit beschäftigen, daß die Aufsichtsbehörde nicht beraubt gewesen sei, diese aber jene Bestimmungen zu treffen, sind deshalb unerheblich. Es fragt sich nur, ob irgend eine Bestimmung des Vertrages aus einem in bürgerlichen Recht liegenden Grunde für nichtig erachtet werden muß. Dies trifft nur zu für die Bestimmung in § 11 Absatz 2b. Das ist eine rechtlich unumstößliche Bestimmung, weil die Krankenkassen öffentlich-rechtlichen Charakter haben und sich gegenüber einem Dritten nicht zur Abänderung ihrer Statuten verpflichten können. Alle übrigen Angriffe der Kläger gegen die Vertragsbestimmungen sind unbegründet. Was die Bestimmung des Vertrages anlangt, wonach sich die Kassen verpflichten, gegen zurücktretende festbesoldete Kassenärzte keine Ansprüche wegen Vertragsbruchs zu erheben, so wäre diese Bestimmung unzulässig, wenn anzunehmen wäre, daß darin eine Aufforderung zum Vertragsbruch liege. Aber die Bestimmung ist anders zu verstehen; es sollte den festbesoldeten Ärzten freistehen, von den mit den Kassen geschlossenen Verträgen zurückzutreten. Eine solche Bestimmung hätten auch die Kassen selbst treffen können.

Aus Industrie und Handel.

Bankenkonflikt.

Ueber einen für das Verhältnis der Banken zur Industrie äußerst charakteristischen Bankenkonflikt in der österreichischen Bankwelt berichtet die „Frankf. Ztg.“: Die Anglo-Oesterreichische Bank hatte während der Krise einen großen Posten Aktien der Hilsenberger Patronenfabrik erworben, die von der Oesterreichischen Kreditanstalt gegründet wurde und kontrolliert wird. Die Anglobank ist nun gleichzeitig an der Engländer Munitionsfabrik beteiligt. Diese Munitionsfabrik steht mit der Hilsenberger Patronenfabrik in Geschäftsverbindung; die Patronenfabrik bezieht von der Munitionsfabrik Metallwaren zur Patronenherstellung. Da die Munitionsfabrik sehr unzulässig arbeitet, fürchtet die Kreditanstalt, daß die Anglobank durch den Aktienwerb der Patronenfabrik die Beziehungen beider Fabriken zugunsten der Munitionsfabrik ändern will. Die Kreditanstalt hat daher schleunigst ihren Besitz an Patronenfabrik Aktien veräußert, um ihren Einfluß nicht zu verlieren. Gleichzeitig hat sie von der Anglobank Erklärung verlangt und dabei den Grundfah vertreten, daß es ein ungeschickenes, aber streng eingehaltenes Gesetz sei, daß keine Wiener Bank durch Aktienwerbungen in die Domäne der anderen Bank einbreite, um eine Kontrolle mit auszuüben. Die Aufhebung des Aktienbesitzes und die Abklopfung der Aktien an das Publikum gibt der Kreditanstalt nach dieser Auffassung ein dauerndes Herrschaftsrecht über die neue Aktiengesellschaft. Die Gründungsbank besitzt daher gewöhnlich auch nur einen Teil der Aktien; trotzdem wird Majorisierung durch eine zweite Bank nicht gestraft, da sich die Banken hinsichtlich eines gegenseitigen Interessens nicht gewähren lassen. Die Kreditanstalt hat daraufhin geradezu die Erklärung verlangt, daß die Anglobank niemals anders als im Einvernehmen mit der Kreditanstalt vorgehen werde.

Derartige Grundfah herrschen natürlich auch in anderen Staaten. Eine Bank übt auf die von ihr finanzierte Aktiengesellschaft bestimmenden Einfluß aus, auch wenn sie im Interesse der Beweglichkeit ihrer Mittel nur einen Teil der Aktien im Besitz hat.

Die Konjunktur in der Eisenindustrie.

Nach einem Bericht der „Abend-Zeitg.“ über den Eisenmarkt ist die seit zwei Monaten bestehende Zurückhaltung in Händler- und Verbraucherkreisen noch nicht gewichen, trotzdem Bedarf unrichtig vorliegt. Der politische Wirrwarr und die damit verknüpfte Unsicherheit über die weitere Gestaltung der Geldmarktsverhältnisse verdrängt die Unternehmungslust immer mehr herab. In einer Zuschrift aus Wertheim wird dagegen eine optimistischere Auffassung vertreten. Zwar ist der Eingang von Bestellungen etwas zurückgegangen. Trotzdem sind die Werke voll beschäftigt; nur die Lieferzeiten sind dadurch länger geworden. Trotz des Rückganges der Aufbestellungen im November sind aber die Preise nicht gewichen. Seit Anfang Dezember nimmt die Kaufkraft wieder zu. Die in der ersten Hälfte des Jahres abgeschlossenen Verträge haben sogar bereits die Höhe der für den ganzen Dezember. Alles in allem genommen halten wir dafür, daß, wenn wir frei von politischen Störungen bleiben, wir am Anfang eines recht günstigen Geschäftsjahres stehen.“

Gerichts-Zeitung.

Ein konservativer Wahlvorkämpfer wegen Wahlfälschung vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Lud hatte sich am 17. Januar der Gemeindevorsteher Diemans aus Kossuchen bei Biala, Kreis Lud, wegen Wahlfälschung zu verantworten. Der Angeklagte war bei der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 im Dorfe Kossuchen Wahlvorkämpfer. Ihm wird zur Last gelegt, in zwei Fällen den Wählern die Wahlunterlagen mit den Stimmzetteln abgenommen, dann aber die Stimmzettel nicht in die Wahlurne gesteckt, sondern die Zettel aus den Kuverts herausgenommen, in seine Brusttasche gesteckt und zwei andere Zettel an deren Stelle in die Kuverts gelegt zu haben, bevor er diese in die Wahlurne steckte. Der Wahlort liegt im Wahlkreis Ostpreußen-Johannesburg, den lange ein schiefer Sitz der Konservativen war, in der Erziehungswahl 1910 von den Nationalliberalen gewonnen, dann aber 1912 von den Konservativen zurückerobert wurde.

Zur Beweisführung waren 15 Zeugen geladen. Hauptbelastungszeugen waren der Schriftführer und der Beisitzer des Wahlvorstandes, die mit dem Angeklagten zusammen die Wahlhandlung in Kossuchen geleitet hatten. Sie behaupteten beide unter ihrem Eide, D. habe zwei hintereinander zur Wahl erschienenen Wählern die Wahlunterlagen abgenommen und als diese das Wahllokal verlassen, die wahrcheinlich auf Grunde lautenden Zettel herausgenommen, in seine Tasche gesteckt und an Stelle dessen zwei andere, natürlich konservativ, hineingelegt, ehe er das Kuvert in die Urne, die aus einem mit Papier überbundenen Blechbeimer, in dem sich ein Schlüssel befand, hineinsteckte. Als der Schriftführer diese Manipulation bemerkte, protestierte er dagegen und sagte: „Unterlassen Sie doch das.“ Der Angeklagte habe aber erwidert: „Ach, was wollen Sie machen, Bialski — das war der Weisler — ist auf meiner Seite.“ Die übrigen Zeugen waren bei dem Vor-

gang nicht zugegen, bestätigten aber, daß die Wahlvorstandsmitglieder von dem Vorgang erzählt hatten.

Der Angeklagte und sein Verteidiger erklärten nun diesen Fall in folgender Weise: Irntümlich seien zwei Ortsarme in die Wählerlisten eingetragen gewesen. Als diese zur Wahl erschienen, habe der Wahlvorsteher ihnen die Wahlurterts abgenommen und erklärt, sie dürfen nicht wählen. Aus diesen Kuberts habe er dann die Zettel herausgenommen, in seine Tasche gesteckt und die leeren Kuberts auf den Tisch gelegt. In verschiedenen Zeugen habe er mit Bezug auf diese nicht angenommenen Wähler gesagt: „Na, wieder zwei Rote weniger.“ Die beiden anderen Vorstandsmitglieder hätten aber angenommen, diese Worte seien eine Bestätigung dessen, daß er wirklich Wahlzettel abfingert vertauscht hätte.

Demgegenüber bekundeten die auch vom Gericht geladenen Ortsarmen bestimmt unter ihrem Eide, sie hätten, als der Wahlvorsteher sie nicht wählen ließ, ihre Zettel wieder zurückgenommen und in die Tasche gesteckt. Ein Zeuge bekundete, der Angeklagte hätte sein Wahlwert, ehe er es in die Urne steckte, erst gegen das Licht gehalten. Darauf habe er zu D. gesagt: „Du brauchst nicht nachsehen, ich habe richtig gewählt.“

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirktor Schröder, fragte jeden einzelnen Zeugen, welcher Partei er angehört und wie er gewählt habe. Alle, mit Ausnahme eines nationalliberalen Vertrauensmanns, erklärten, sie gehören der konservativen Partei an.

Der Staatsanwalt verurteilte scharf das ungesetzliche Vorgehen des Angeklagten und beantragte eine Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Das Gericht sprach beide Angeklagten frei. Der Vorsitzende begründete das Urteil unter anderem damit: Das Gericht habe angenommen, der Vorfall sei nicht einwandfrei aufgeklärt, denn es sei ganz unglücklich, daß solche Dinge vorgekommen seien. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der Vorfall mit den beiden Ortsarmen mit dem anderen Fall verwechselt sei.

Das Urteil klingt fast noch unglücklicher als der durch die Zeugen bewiesene Fall selbst. Danach ist Freisprechung im wesentlichen deshalb erfolgt, weil die Wahlfälschung eine allzu grobe gewesen ist. Würde das Gericht auch einen Dieb freisprechen, weil er unglücklich fähig zu Werke gegangen ist? Die Befragung der Zeugen danach, wie sie gewählt haben, zeigt, wie nötig ein bei der Beratung der Strafprozeßordnung angeregter Schutz gegen solche Fragen ist.

Antimilitaristische Propaganda.

Der verantwortliche Redakteur der anarchistischen Wochenchrift „Der freie Arbeiter“, Schriftsteller Paul Lehnig, stand gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I, um sich zu verantworten auf die Anklage, er habe in drei Artikeln des genannten Wortes zum Ungehörig gegen Gesetze aufgefordert und verschiedene Klassen der Gesellschaft zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgereizt.

Wie immer, wenn ein Anarchist auf der Anklagebank sitzt, so erhob sich auch diesmal wieder der Staatsanwalt nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und beantragte, die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen, weil durch die öffentliche Verhandlung die öffentliche Ordnung, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdet werde. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, widersprach diesem Antrage. Das Gericht lehnte den Antrag des Staatsanwalts ab. Die Verhandlung fand also in voller Öffentlichkeit statt und ihr Verlauf hat gezeigt, daß für die Befürchtung des Staatsanwalts nicht die geringste Veranlassung vorlag.

Unter Anklage standen ein Artikel im „Freien Arbeiter“ vom 9. November und zwei Artikel in der Nummer vom 16. November. Der erste Artikel führt aus, daß das Proletariat überall, wo es seine Interessen gegen den Kapitalismus verteidigt, auf die Staatsmacht stoße. Deshalb müsse es die Aufgabe der Anarchisten sein, die Staatsmacht, das sei der Militarismus, zu bekämpfen, um dem Staat und dem Kapitalismus die Möglichkeit der Aneignung des Proletariats zu nehmen. Antimilitaristische Propaganda sei also das Beste, was die Anarchisten tun könnten. — Der zweite Artikel wendet sich gegen die Sozialdemokratie, weil ihre Politik nicht imstande sei, den Krieg zu verhindern. Mit Demonstrationen und Resolutionen sei nichts getan. Der Krieg sei unmöglich, wenn die Proletarier entschlossen erklären, wir wollen keinen Krieg. — In dem dritten Artikel wird am Schluß gesagt, daß gleich nach dem Ausbruch eines Krieges der Generalstreik erklärt werden müsse.

Als Sachverständiger wurde Herr v. Gerlach vernommen. Er bezeichnet den Anarchismus in Deutschland als eine für das politische Leben bedeutungslose, weil sehr schwache Gruppe von Anarchisten. Deshalb sei nicht anzunehmen, daß in den inkriminierten Artikeln zu bestimmten Handlungen aufgefordert werden solle. Es seien nur theoretische Erörterungen.

Der Staatsanwalt aber ließ in seiner Anklagerede den Anarchismus als ein Schweregepen erscheinen, welches den Bestand des Staates bedrohe, und beantragte drei Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Halpert bezeichnete die Ausführungen des Staatsanwalts als eine politische Stimmungsmache, die erkennen lasse, daß die Anklagebehörde hier einen politischen Tendenzprozeß führen wolle und legte dar, daß bei vorurteilsloser Beurteilung der Artikel nichts Strafbares in ihnen gefunden werden könne, der Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden.

Das Gericht hielt den Angeklagten des Vergehens gegen § 110 (Aufforderung zum Ungehörig gegen Gesetze) in zwei Fällen für schuldig und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Zur Begründung des Urteils wurde unter anderem gesagt: In dem einen Artikel werde ausgeführt, es sei nichts mit dem Parlamentarismus und mit der Massenaktion. Diese Mittel würden verworfen und zum entschlossenen Handeln aufgefordert. Es werde gesagt: „Geht das Proletariat den Weg, den wir ihm zeigen, so ist der Krieg unmöglich.“ Das heißt also, wenn der Einberufungsordre nicht Folge geleistet werde, dann würde der Krieg verhindert werden. Das sei eine Aufforderung zum Ungehörig gegen das Gesetz. — In dem zweiten Artikel heiße es, nicht die geistige Revolution, sondern die Tat sei entscheidend, wenn die Arbeiter im Waffenrock ihre Pflicht erkennen hätten und danach handeln würden, dann werde die Kapitalistenbande sich hüten, Tausende von Arbeitern auf die Straße zu setzen. Antimilitaristische Propaganda — sage der Artikel — sei das Beste, was man tun könne. — Auch das sei eine Aufforderung, der Einberufung nicht zu folgen und dadurch den Krieg zu verhindern. — Eine Aufforderung zum Generalstreik habe das Gericht in den Artikeln nicht gefunden, auch keine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten im Sinne des § 130.

Streitende und Arbeitswilige.

Bei der Firma Dewitt u. Herz, Fabrik für chirurgische Apparate, Georgenstraße 24, brach am 28. Juli ein Streit aus, an dem sich sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten. Mehrere Wochen ruhte der Betrieb. Dann belam der Streifbreviermeister Koch vom Bund der Arbeitgeberverbände den Auftrag, die Fabrik von Dewitt u. Herz mit Arbeitswiligen zu besetzen. Am 26. August rückte Koch mit 80 Mann an, die nun in der Fabrik die Arbeit ausnahmen. Jeden Abend wurden die Streifbrevier unter polizeilicher Bedeckung mit ihrem Koch an der Spitze, auf den Heimweg gebracht. Bei diesem Aufzuge sammelten sich naturgemäß eine Menge Menschen an, die den Zug begleiteten. Auch von den Streitenden waren eine Anzahl in der Menge. Am 28. August vollzog sich, wie schon an den vorhergehenden Abenden, auch wieder ein derartiges Schauspiel. Auf Umwegen erreichte der polizeilich eskortierte Zug der Arbeitswiligen die Alexanderstraße. Hier hatten

sich einige Hundert Menschen angeammelt, meist Reuegerige, zum Teil auch Streifende. Aufse des Unwillens gegen die Arbeitswiligen wurden laut, es fielen auch Schimpfworte gegen sie. Die Polizei schritt ein. Eine Anzahl der an dem Aufmarsch Beteiligten wurden verhaftet. Eine Ermittlung wegen Landfriedensbruch kam in Gang. Mehrere der Angeklagten wurden in Untersuchungshaft genommen, aber bald wieder entlassen, weil sie nicht genügend belastet erschienen. Uebrig blieb von der ganzen Affäre eine Anklage wegen einfachen Landfriedensbruches gegen drei Leute, die nicht in Untersuchungshaft gewesen waren: Gürtler Eberts, Schleifer Haaler und Dreher Lisse.

Gegen diese verhandelte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß die Arbeitswiligen aus der Menge als „Streifbrevier“ und „Lumpen“ bezeichnet wurden und daß es auch zu Tätlichkeiten kam, wobei einer der Arbeitswiligen — angeblich zu seiner Verteidigung — ein Messer zog. Gegen diesen Messerhelden wandte sich nun die bereisende Wut der Menge. Man rief: „Haut ihn“, „haut den Messerstecher“. Aber der Arbeitswilige mit dem Messer entkam. Ein anderer Arbeitswilige hat nach Angabe eines Angeklagten die Menge mit einem Revolver bedroht, was jedoch von dem Betroffenen bestritten wird. Wie der Hergang auch im einzelnen gewesen sein mag, soviel ist sicher anzunehmen, daß die provozierende Haltung der Arbeitswiligen ein gut Teil zur allgemeinen Erregung beigetragen hat. — Den drei Angeklagten wird nichts weiter zur Last gelegt, als daß sie teilgenommen haben an einer Menschenmenge, die sich zusammengerottet hat, um Gewalttätigkeiten zu verüben. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Haaler, der sich besonders hervor getan haben soll, 9 Monate, gegen jeden der beiden anderen Angeklagten 6 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Steinmann, beantragte aus juristischen Gründen die Freisprechung aller Angeklagten.

Das Gericht hielt für erwiesen, daß sich die Angeklagten an der Zusammenrottung beteiligt und sich dadurch im Sinne des § 125 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht haben. Jeder der drei Angeklagten wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Also: Arbeitswilige drohen mit Messer und Revolver, darauf werden darüber Empörte verurteilt. Und dann rufen Scharfmacher noch nach neuen Ausnahmegeetzen.

Aus aller Welt.

Neudeutsche Kultur.

Die Teilnehmer der deutschen arktischen Expedition des Deutschen Schröder-Stranz sind bekanntlich vom Polareis eingeschlossen worden und in große Gefahr geraten. Es soll, was selbstverständlich nur eine Ehrenpflicht ist, eine Expedition ausgerüstet werden, um sie zu befreien. Was geschieht zu dem Zweck?

Es wird öffentlich gebettelt! In Hamburg — und selbstverständlich auch anderswo — enthalten die Zeitungen große Annoncen, in denen man sich an „alle Deutsche“ mit der herzlichsten dringenden Bitte um milde Gabe wendet. Empfindet man in Deutschland denn gar nicht mehr das tief Beschämende, das Unwürdige dieser Handlungsweise? Deutsche Forscher sind vom Polareis und Gefahr umgeben. Ihre Rettung aber wird von dem Erfolg einer öffentlichen Bettelei abhängig gemacht. —

Wenn es sich um Volksausbeutung und Volksnebelung handelt, sollen die Millionen des Staates in der schändlichsten Weise. Es braucht aber nur um Kulturzwede zu gehen, damit die preuhische Reueit sich in der schönsten Weise enthalte. Deutsche Forscher sitzen im Polareis fest? Kögen sie sehen, wie sie herauskommen. Im Polareis erwachsen dem preuhischen Junker keine Jolleinnahmen. Für deutsche Forscher in Lebensgefahr kann gebettelt werden. —

Und wie benehmen sich im Grunde unsere sonst so „patriotischen“ Kommerzienräte, Bankiers, Industrieharone, Millionäre und Multimillionäre? Wenn sie aus ihren Kreisen ein Konjortium bildeten, brauchte jeder von ihnen nur eine Summe zu zeichnen, die für seine Verhältnisse eine Lumperei wäre — und die Schande der öffentlichen Bettelei wäre uns erspart. Aber das denkt wie ein Seifenbläser. Der Patriotismus kommt nur über sie, wenn sie gehörig einramschen können. Kultur und Polareis sind eine schlechte Kapitalanlage. Das ausgepörrte Volk mag zahlen. —

Als Millionärin starb, wurde für die Witwe öffentlich gebettelt und unter dem Sammelaufwurf wimmelte es nur so von Millionären und Multimillionären. Die Herren hätten die Witwe so bequem sicherstellen können wie unfernerer sich eine Zigarre anzündet. Aber Gott bewahre! Wenn es sich um die nationale Kultur handelt, wird gebettelt! Das ist nun einmal der Standpunkt der deutschen Schabigheit. —

Ah, und es wird nicht nur gebettelt, es wird schließlich auch noch etwas getan, das schlimmer ist. Neben der Sammellannone findet sich in den Hamburger Zeitungen eine große Annonce der „Niedermaus“, die einen „großen Zeitball“ ankündigt, um mit der Entreeinnahme den deutschen Forschern zu helfen. Die „Niedermaus“ ist ein interessantes Lokal, in dem die Lebenswelt sich mit pikanten Unterreden amüsiert. Die Entreeinnahme ist von der erotischen Anziehungskraft der Schönen abhängig. Führt eure weichen Büsen gut ins Feuer, meine Damen! Laßt die teuersten Brillanten und die pikantesten Unterleiber springen! Arme Hunde, für die man betteln muß; deutsche Forscher im Polareis schauen ängstlich nach euren Champagnerbesetzten Tischen! —

In Szenot.

Die Lage der Passagiere des an der portugiesischen Küste gestrandeten englischen Dampfer „Veronele“ ist sehr ernst. Bisher ist es erst gelungen 30 Personen zu retten, etwa 170 Menschen harren an Bord des gestrandeten Schiffes noch der Rettung. Da des hohen Seeganges wegen die Rettung durch Boote unmöglich ist, haben sich die Bergungsmannschaften mit dem Schiffe durch ein Rettungstau verbunden. Man hofft mittels des Rettungstaus alle Schiffbrüchigen an Land zu bringen. Einmal kam der Rettungskorb leer zurück; man weiß nicht, ob ein Irrtum oder ein Unfall vorliegt. Einer der Geretteten ist gestorben, vier andere mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Aufschauungsunterricht.

Nach einer Meldung, die die Kunde durch die Presse macht, soll für die neu zu prägenden Münzen ein neues Kaiserbildnis benutzt werden. Während bisher die Münzen nur den Kopf des Kaisers aufgetragen hatten, sollen in Zukunft die Münzen das Bild des Kaisers in der Uniform des Garde-Kürassier-Regiments zeigen.

Mit dieser epochemachenden Entscheidung wird endlich einmal der Anfang gemacht, den Aufschauungsunterricht auch im Münzwesen zu benutzen. Es wird sicher sehr zur Aufklärung beitragen, wenn jeder Volksgenosse auf den Münzen schauen kann, daß Deutschland ein Militärstaat ist. Vielleicht empfiehlt es sich, auf den kleineren Münzen, die auf der Rückseite nur den Reichsadler tragen, an dessen Stelle die Summe aufzutragen, die Deutschland für militärische Zwecke ausgibt.

Acht Millionen Kronen veruntrent.

Die Budapestener Polizei verhaftete den Eisenbahn- und Brückenbau-Unternehmer Ignaz Pallas, welcher verschiedene Eisenbahn-Gesellschaften, bei denen er Direktor gewesen ist, sowie in- und ausländische Geldinstitute durch Unterschlagung und Betrug um zusammen acht Millionen Kronen geschädigt hat. Unter anderem unterschlug er für anderthalb Millionen Kronen Aktien der Temeswar-Bajasser Lokalbahn und für 240000 Kronen Aktien der Mosolad-Siofoker Eisenbahn, beide Eigentum einer englischen Aktiengesellschaft, indem er die in Depot genommenen Aktien zum eigenen Nutzen veräußerte und falsche Stüke drucken ließ, die er der Gesellschaft zusandte. Auch die Prager Escomptbank und die Ungarische Kommerzbank in Pest sind mit namhaften Beträgen geschädigt.

Kleine Notizen.

Liebesdrama. In Grünberg i. Schl. versuchte am Freitagabend der Arbeiter Birckholz seine Geliebte namens Schmidt zu erschließen. Er gab zwei Schüsse auf das Mädchen ab, das schwer verletzt wurde. Dann erschoss sich Birckholz selbst. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht. Es besteht wenig Hoffnung, es am Leben zu erhalten. Birckholz stammt aus Berlin. Er hatte vergeblich versucht, das Mädchen zu bewegen, ihm nach Berlin zu folgen.

Schwerer Eisenbahnunfall. Wie aus Saloniki gemeldet wird, englische bei Devar ein Industriebahnzug. Der Lokomotiv- und Zugführer wurden von der umstürzenden Lokomotive getötet, der Heizer sehr schwer verletzt.

Fünf Arbeiter verbrannt. Bei einem Großfeuer in Edmonton (Kanada) kamen fünf Arbeiter in den Flammen um. Eine große Anzahl Gebäude wurde durch das Feuer zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf zwei Millionen Mark geschätzt.

Folgeschwere Explosion. In der Eisengießerei von Restler u. Breitfeld in Bilen erfolgte am Sonnabend eine schwere Explosion von Kohlenäure. Ein Maschinist wurde getötet, ein Ingenieur und vier Arbeiter tödlich verletzt. Selbstmord eines Desbrandanten. Der Bürgermeister Scherff aus Kranichfeld, welcher als Direktor der dortigen Aktiengesellschaft Bankrott Kranichfeld 200000 R. unterschlug und dann flüchtete, hat sich in Wien erschossen.

Statt Karten!
Hildegard Fröhlich
Albert Hess
Verlobte.
Großwallstr. 43A
2071b Bleibtreustr. 10/11.

Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin.
Kassenlokal: Sebastianstraße 37/38.
Die für das Jahr 1913 gewählten Vertreter der obgenannten Kasse werden zu der am Dienstag, den 28. Januar 1913, abends 8 Uhr, im Wirtes Restalun, Sebastianstraße 39, stattfindenden

General-Versammlung hierdurch eingeladen.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albu über „Volksernährung und Fleischteuerung“.
2. Wahl eines Ausschusses zur Vorprüfung der Jahresrechnung pro 1912.
3. Verschiedenes.
Der Vortrag beginnt pünktlich 9 Uhr.
Berlin, den 18. Januar 1913.
Gustav Radlow, Paul Doris, Vorsitzender, Schriftführer.

Typographische Vereinigung
Herlin
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Heroldshaus“, Engelstraße 15:
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Besprechung von Schriftsetzereineubetten. 21045
2. Beschlußfassung über die Abänderung der Vereinsstatuten.
Günstliches und zahlreiches Erscheinen erbittet
Der Vorstand.

Ich habe Berlin N., Ziegelstr. 25 eine
Poliklinik für Frauenleiden
eröffnet. 264/10
Sprechl. 10-11. Tel. Norden 1062.
Dr. B. Hallauer
Spezialarzt f. Frauen- u. Geburtshilfe
Charlottenburg, Bismarckstr. 81.

Charlottenburg.
Vereinigte Maurergesellen-Kranken- und Sterbekasse zu Charlottenburg.
Sonntag, den 23. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, im Kassenlokal, Sprechl. 17:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abmündung über das einzureichende Kassenstatut.
2. Kassenfachen.
In dieser Versammlung müssen alle Mitglieder vertreten sein. 251/15
J. A.: Der Vorstand.

Spezialarzt
f. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitranke jeder Art, Ehrlich Gata - Kuren in u. Co. Long Laborat. i. Bismarckstr. 81, gegenüber Friedrichstr. 81, gegenüber Spr. 10-2, 3-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilgalt. Separates Damenzimmer.

Einstimmig urteilen
Arzt und Publikum über
Lebertran-Emulsion
Warte P. B. (gesetzlich geschützt).
Der Arzt: Die mit von Ihnen zur Verfügung gestellte Lebertran-Emulsion hat bei einer Anzahl meiner Patienten sehr zufriedenstellende Erfolge gehabt. Ich werde die Emulsion schon ihres angenehmen Geschmacks wegen besonders bei Kindern gern verwenden.
Dr. O., Berlin.
Die Kundin: Keine Dual habe ich mehr mit meinem Kindern, seitdem ich Ihre Lebertranemulsion benutze. Ich Ihre Lebertranemulsion ist so ebenso gut wie ihr Geschmak ist, so glänzend ist ihre Wirkung und bitte ich um weitere 7 Flaschen.
1 Flasche 1.50 R., 7 Flaschen 9 R.
Zentral-Apotheke
Berlin-Friedrichsfelde a.

Tyloßbröin-Flasfumbinen
Lob unaußerselbstig,
Königliche Volksgesundheit
von Groß-Berlin.
Die Qualität ist unaußerselbstig!

1zig ist
Steckenpferd-
Lilienmilch-
Seife,
sie verjüngt
verschönt
verbessert } die Haut

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhle.
Sonntag, den 19. Januar,
 nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus 8. Abteilung
 (Gruppe 32-37): *Elefira*.
 Thalia-Theater, 2. und 3. Abteilung
 (Gruppe 6-10): *Die Feinde*.
 Herold-Theater, 12. u. 13. Abteilung
 (Gruppe 52-55): *Eink glückliche Ehe*.
 Residenz-Theater, 5., 6. u. 10. Abt.
 (Gruppe 22, 23, 43): *Francillon*.
Montag, den 20. Januar,
 abends 8 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus, 15. (II).
 Abendabteilung: *Der gute Ruf*.
Neue Freie Volkshöhle.
Sonntag, den 19. Januar,
 nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: *Geistliche*.
 Kammertheater: *Erdegeist*.
 nachm. 3 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Lore*. — Die
 Spieler. — Der Kamerlänger.
 Komödienhaus: *Der rote Leutnant*.
 Schiller-Theater O.: *Das Komert*.
 Schiller-Theater Charl.: *Der Zöllner*.
 Theater in der Königgrätzer Straße:
Dundel.
 Metropol-Theater: *Tata Toto*.
 Neues Theater: *Der seltene Bauer*.
 Kleines Theater: *Und das Licht*
 scheint in der Finsternis.
 Trianon-Theater: *Der seltsame Toupinel*.
 Kurfürsten-Oper: *Alexandro Stradella*.
 Deutsches Oberhaus: *Idello*.
 Blüthneraal: *Simonsefongert*.
 Abends 8 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Jugend*.
 abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: *Montag und*
Donnerstag: Die Doppeltgänger-
komödie. Dienstag und Freitag:
Leiden. Mittwoch: Michael Kramer.
Sonntag: Der Raub der Sabinerinnen.

Urania
 Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
 Sonntag und Montag
 8 Uhr:
Paris und die Königs-
schlösser von Versailles.
 Hörtal 8 Uhr: Dr. R. Hennig:
Die Bagdadbahn.

200
LOGISCHER
GARTEN
Hente Sonntag:
Eintritt 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren
 die Hälfte.
 Ab nachm. 4 Uhr:
 Großes Militär-Konzert.
 Donnerstag: **Joh. Strauß.**

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer
 Kinder
 vom Stamme der Igorroten.
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Schiller-Theater O. Schiller-
 Theater.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
 Montag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.

Schiller-Theater Charlotten-
 burg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Talisman.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.
 Montag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Theater am Nollendorfplatz 5.
 nachm. 3 1/2 Uhr:
Orpheus in der Unterwelt.
 abends 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Presidente).
 Schwank 3 Akte v. Denniquin u. Geber.
 Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
 (fr. Neuss Theater). Amt Norden 1141.
 8 Uhr:
Der heilige Antonius.
 nachm. 3 Uhr: **Der seltene Bauer.**

Luisen-Theater.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Das**
Rädchen von Heilbrunn.
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Berlin-**
Hamburg - New York.
 Montag u. folgende Tage: **Berlin-**
Hamburg - New York.

ROSE-THEATER
 Große Anhalterstr. 132.
 nachmittags 3 Uhr:
Die Sünden
 der oberen Zehntausend.
 abends 8 Uhr: **Wein Leopold.**
 Montag und folgende Tage:
Wein Leopold.

Boigt-Theater.
 Heute, Sonntag nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich von Bezelein.
 abends 7 Uhr:

Staatsanwalt Alexander.
 Schauspiel in 4 Akten v. E. Schreiber.
 Kollendörff 10 II., Anf. 3 u. 7 Uhr.
 Voranzeige! Montag, 20. Jan., 3
 Uebung für d. Ob.-Reg. P. Bach:
Volkssohn und Hürkaind.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
 In Sachen Kasperlein.
 Die Doppelfirma.
 Die Tochter der Braut.

Metropol-Theater
 nachm. 3 Uhr: **Tata Toto!**
 abends 8 Uhr: **Kauschen geflattert.**

Chauffeur — ins Metropol!
 Große Jahredresse mit Gesang und
 Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter als Gast
 mit gänzlich neuem Repertoire!

Apollo
Theater
Vorletzter Sonntag!
 Heute 2 große Vorstellungen!
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Halbe Preise.
 Abends ab 8 Uhr!
 In beiden Vorstellungen:
 Die grandiosen Spezialitäten.
 8 1/2 Uhr:
„Brüderlein fein“.
 Alt-Wiener Singspiel von Jul.
 Wilhelm. Musik v. Leo Fall.

Trianon-Theater.
 Wenn Frauen reifen. (7 1/2 Uhr.)
 Sonntag nachm. 3 Uhr:
Der seltsame Toupinel.

Herrnfeld
Theater
Der Höhepunkt
des
Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
 mit Anton und Donat Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theaterf.)

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Cavalleria
schuffteana.
 Diabolisch-
 infrenetische
 Oper.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Theater
 Weinbergweg 19/20. Rosenthal Tor.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Goldener Lichtsinn.
 Sonntag, 19. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr:
Schibidiel-Gesamtheit.
Kabale und Liebe.
 Ermöglichte Brecht.

Theater Königstadt-Casino.
 Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
 1. Abt. u. 2. Abt. Hannoverische
 Tagl. abds. 7 1/2, Sonn. 1 1/2 Uhr:
Zwei rote Rosen.
 Burleske in 3 Akten — und das
 groß. Spezialitätenprogramm
 Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Zentralverband der Hausangestellten
 Sonntag, den 19. Januar, in den „Corona-Festsälen“, Kommandantenstr. 72 I:
Lichtbilder-Vortrag des Herrn Curt Bignig:
„Die Entwicklung d. Menschengeschlechts“
 Saalöffnung 6 Uhr. Nachdem: **Tanz.** Beginn 7 Uhr.

„Männerchor Ost“
 = Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes =
 Gau Berlin und Umgegend
 Sonnabend, den 25. Januar 1913:
Kirmesfeier in Schliersee.
Großes Kostümfest
 in sämtlichen festlich dekorierten Räumen der
 Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain 16—23
 (am Königstor)
Große Ueberraschungen! Musik in allen Räumen!
 Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ??
 Eintritt für Damen 50 Pf., für Herren 75 Pf.
 Billetts sind zu haben bei Paul Kupfer, Land-
 berger Allee 58 III; Richard Klaens, Posener Str. 15;
 Hans Wohlfahrt, Friedenstr. 91, Restaurant; Paul Schneider,
 Hufelandstr. 31, Laden; B. Brusendorf, Friedrichsfelder
 Straße 33, Laden; Max Massent, Marienburger Straße 7,
 sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen. 58/1

Brauerei Friedrichshain
 am Königstor.
Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
 Heute!!!
Das amüsanteste
Bayr. Bockbierfest
Sonntag: Auf der Alm!
 Fünf Kapellen. — 1100 Oberbayern.
 Bayerische Matln. □ Riesengaudi.
Der berühmte Festwirt
Weinzierl aus München
 mit seiner Truppe.
Das muß man sehen!
 Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.
Mittwoch: Elitetag.
 Gratisvert.: 200 Wertgegenstände.

Berliner Kindl-Brauerei-Ausschank
 Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.
 Den verehrl. Vereinen, Gewerkschaften, Korporationen
 usw. stehen **Säle** zur Abhaltung von Versammlungen,
 Konzerten, Festlichkeiten usw. zur Verfügung.
4 Verbands-Kegelbahnen stehen zur Benutzung.
Donnerstag Künstler-Konzert bei freiem
 u. Sonntag: **Entree.**
 Um geneigten Zuspruch bittet
 Hochachtungsvoll **Robert Bergner, Oekonom.**

Koppenstraße 29 Kellers Fest-Säle Koppenstraße 29
Heute! Großer Heute!
Heiterer Elite-Künstler-Abend
 von Carl Heinzl:
 Nach der Vorstellung: **Reunion.**
 Anfang 6 Uhr. Entree 40 Pf.

Excelsior-Lichtspielhaus
 Neukölln Bergstr. 151-152 Passage
 Richardstr. 12-13
 Vom 17. bis 20. Januar inkl.:
Graf Woronzow, mein Verlobter
 Sittendrama aus der russ. Gesellschaft. In 2 Akten.
Der weiße Schleier
 Aktuelles Sensationsdrama a. d. Serbischen. In 2 Akten.

Heute
Karikaturisten-Ball
 im
Admiralspalast.
 Im Vorverkauf Billetts à M. 10.—, Zuschauerkarte à M. 3.—
 bis 8 Uhr abends im Ballbureau des Admiralspalastes.
 □ □ Ball-Toilette oder Kostüm □ □
Domino teilweise an der Garderobe.
 Tischbestellungen rechtzeitig erbeten!
 Abendkasse ab 8 Uhr.

Zirkus
Albert Schumann.
 Sonntag, den 19. Januar:
2 große Vorstellungen.
 Nachm. 3 1/2, u. abends 7 1/2, Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
 Das Tagesgespräch von Berlin!
Cäsars Löwen- u. Tigergruppe
Die wildeste Dressur
der Gegenwart!
 Der Triumph des Todesmutes
 In beiden Vorstellungen:
Der unsichtbare Mensch.
 4 Bilder aus Indien.
 Nachmittags hat jeder Er-
 wachsene 1 Kind frei auf allen
 Sitzplätzen.

Blüthneraal.
Konzert d. Blüthnerorchest.
 Dir.: Hofkapellm. E. v. Strauß
 Professor Gustav Berger.
 Solistin: Karin Lindholm (Ges.)
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.

Admiralspalast
Eis-Arena
 Heute Sonntag 2 Vorstellungen
 Nachmittags u. abends
 das neue sensation. Eisballett
Flirt in St. Moritz
 von Leo Bartuschek, Musik von
 Julius Einödhofer.
 Beginn der Nachm.-Vorstellg.
 (zu halb. Preisen) um 4 1/2, Uhr.
 Schluß 7 Uhr. Beginn der
 Abend- Vorstellung 9 Uhr.
 Einlaß ab 7 1/2, Uhr.
 Ab 10 1/2, Uhr halbe Preise.
 Erstklassige Küche.
 Wein- und Bier-Abteilung.

Casino-Theater
 Solthringers Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand
der Spree!

Der hervorragende
Wochenspielplan!
 U. a.:
Verklungene
Lieder
 ein Liebesroman.
Anfang 6 Uhr, Sonn-
tags 5 Uhr.
Täglich
Jugend-Vorstellung
 nachm. 4-6, Sonntag 3-5
 zu halben Preisen, auch
 für Erwachsene
 M. 0.40, 0.50, 0.65, 0.75, 1.—, 1.50

Märkischer Hof
 Admiralsstr. 18c. Amt Rorichpf. 4594.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Empfehle meine Säle für Ver-
 sammlungen und Festlichkeiten. Einige
 Sonnabende und Sonntage im Februar
 und März frei.

Alhambra
 Wallner-Theater-Straße 15.
Jeden Großer Ball.
 Sonntag: **Großer Ball.**
 Großes Orchester. Anfang Sonntag
 5 Uhr. **A. Zamelet.**

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag:
2 gr. Gala-Vorstellungen 2
 Nachm. 3 1/2, u. abends 7 1/2, Uhr.
 Nachm. hat jeder Erwachsene
 das Recht, ein angehör. Kind unt.
 10 Jahren auf all. Plätzen frei
 einzuführen. Jedes weitere Kind
 zahlt auf den Sitzplätzen die Hälfte.
 In beiden Vorstellungen:
Mae Norton
 genannt das menschliche Aquarium
Der Aeroplan im Zirkus
 (Ein Affe als Aviatiker I!)
 sowie die gesamte neue
 Januar-Attraktionen. Z. Schluß:
Nachmittags 3 1/2, Uhr:
„Unter Gorillas“
 Abends 7 1/2, Uhr:
„Sevilla“

Volks-Theater
 Neudörfen, Hermannstr. 20.
 Sonntag, den 19. Januar:
Napoleons Glück und Untergang.
 Ausstattungsfest in 4 Akten von Bülls
 und Ueb. Anfang 7 1/2, Uhr.
 Montag, 20. Januar, abends 8 1/2, Uhr:
Durch Nacht zum Licht.
 Schauspiel in 4 Akten von G. Mey.

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. Karl Richter.
 Heute
Sonntag:
Paul Mantheys
lustige Sänger
 Anf. 6 1/2, Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Anschließ. Familien-Kränzchen.
 Im weißen Saale von 5 Uhr ab
Großer Ball.
 Jeden Mittwoch: Paul Mantheys
 lustige Sänger. Jeden Donnerstag:
Gr. Bockbier-Konzert.

Paul Petri's Festsäle
 Neukölln, Aniebedstr. 113.
 Sonntag, den 19. Januar
 (sowie jeden Sonntag):
Großes Bockbier-Jubel-
Trübel-Fest
 verbunden mit **Elite-Ball**
 und verschiedenen **Weder-**
schaltungen!
 Bockbiermützen gratis!
 2 Bräutereien, das größte
 Herrenorchester u. das kleinste Damenorchester.
 Schießstände sind in meinem
NB. Lokal strengstens verboten.

Konkordia-Festsäle.
 Inh.: M. Wendt und A. Schütze.
 Andreasstr. 64.
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert
 und die beliebten
Hoffmanns Sänger.
 Jede Woche neues
 Programm. Anfang des
 Konzerts 6 Uhr, der Vor-
 stellung 7 Uhr. Im oberen
 Saale von 5 Uhr an:
Großer Ball.

Nibles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
 C. Nible.

Süßmilch's Festsäle
 Bornholmer Straße 7.
 Jeden Dienstag und Freitag:
Wissenschaftliche Vorträge
 mit Licht- u. lebend. Photographien.
 Anfang 8 1/2, Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Uik-Trio
 Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 I.
 Für den Inhalt der Inverete
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des III. Berliner Reichstagswahlkreises

Sonnabend, den 25. Januar 1913:

22. Stiftungs-Fest

in den Gesamträumen des
Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

KONZERT ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern

unter Mitwirkung des Gesangvereins Sängervereinigung I Süd-Ost
(M. & D. A.-S.-B.), Hofopernsängers Herrn Eugen Wolf, Vortrags-
künstlerin Frau Annl Sander.

GROSSER BALL. Herren, welche am Tanz teilnehmen,
:: zahlen 50 Pfennige nach ::

Rege Beteiligung erwartet 208/1* **Der Vorstand.**

× Anfang 8 1/2 Uhr × × × Programm am Eingang gratis × × × Billett 30 Pf. ×

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 26. Januar 1913:

22. Stiftungs-Fest

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97.

□ □ □ Kammermusik-Abend. □ □ □

MITWIRKENDE:

Das Schillertheater-Quartett: Prof. Florian Zajc (I. Violine) :: Frau Gertrud Steiner-Rothstein (2. Violine) :: Herr Hans Hasse (Bratsche) :: Prof. Heiner Grünfeld (Cello) ::
Frl. Fisa Dankewitz (Gesang) :: Prof. Oskar Schubert (Klarinette) :: Herr A. Schaper (Fagott) :: Herr Otto Rembt (Horn) :: Herr Albert Conrad (Baß).

Vortragsfolge:

- Quintett für Klarinette und Streichinstrumente in A-Dur W. A. Mozart.
Allegro, Larghetto, Menuetto, Allegretto von Variazioni.
- Violinsolo: a) Adagio, b) Rondo aus der Haydn-Serenade Mozart.
- Schottische Lieder mit Triobegleitung L. v. Beethoven.
a) Noch einmal, b) Der treue Jona, c) Das Bäschen in unserem Sträßchen.
- Colosolo: a) Adagio, b) Gavotte aus „Idomeno“ W. A. Mozart.
- Lieder: a) Meine Lieder, meine Sänge, b) Unbefangtheit, c) Der kleine Fritz an seine jungen Freunde C. M. v. Weber.
- Septett für Violine, Bratsche, Horn, Klarinette, Fagott, Violoncell und Kontrabaß L. v. Beethoven.
Adagio-Allegro con brio. — Adagio cantabile. — Tempo di Menuetto. — Tema con Variazioni. — Scherzo-Allegro molto e vivace. — Andante con alla Marsia-Fresto.

Konzertflügel: Ibach.

Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Nachdem: BALL.

Eintrittskarten à 75 Pf. sind zu haben bei Herzog, Engelufer 15, Raul, Barnimstr. 42, Vogel, Lortzingstr. 37, Kaszowski, Ravenstr. 8, Gattfr. Schulz, Am Kottbuser Tor, Weibsch, Grünstr. 21, Raske, Neue Jakobstr. 1-3, und in der Schule, Grenadierstrasse 37.

An der Kasse 1 Mark. 63*

Sozialdemokratischer Wahlverein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 26. Januar, abends 6 1/2 Uhr,
in den
Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18:

Wilhelm Busch-Abend

Humoristischer Lichtbilder-Vortrag
von Otto Roth-Berlin (in drei Teilen).

- Teil: Wilhelm Busch, sein Leben und seine Werke.
- Teil: Der heilige Antonius von Padua.
- Teil: Herr und Frau Knopp.

Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein u. Tanz.

◆ Eintritt 25 Pf. ◆ 222/1*

Um einer Ueberfüllung vorzubeugen, sind nur noch eine beschränkte Anzahl Eintrittskarten zu haben. Eine Wiederholung findet nicht statt.

Möbelfabrik Osten

Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftpflicht.

Sitzung für das Geschäftsjahr 1912.

Aktiva.		RM.
Kassa-Ronto	115.00	
Bank-Ronto	850.00	
Baren-Ronto	4 986.50	
Waldheim-Ronto	1 200.00	
Berliner-Ronto	1 118.85	
Debitoren-Ronto	1 806.50	
	RM. 10 056.85	
Passiva.		RM.
Stroh-Ronto	3 151.92	
Hilfs-Ronto	244.00	
Bar-Ronto	6 456.00	
Gewinn-Ronto	205.25	
	RM. 10 056.85	

Kausgeschichten ist kein Genosse; es
bleiben am Ende des Geschäftsjahres
acht Genossen mit einer Gesamtver-
pflichtung von 240 RM. 102/6

Der Vorstand:
Otto Hampe, Aug. Tatsch.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftpflicht.

Sitzung per 30. September 1912.

Aktiva.		RM.
1. Kassa-Ronto	1 862.92	
2. Bank-Ronto	7 849.58	
3. Baren-Ronto	4 453.10	
4. Einrichtungs-Ronto	15 000.—	
5. Gewinn-Ronto	17 000.—	
6. Gewinn-Ronto	1 053.70	
7. Betriebsunter-Ronto	91.—	
8. Ronto pro diversi	610.—	
	RM. 47 420.30	
Passiva.		RM.
1. Ronto pro diversi	2 153.—	
2. Darlehens-Ronto	31 500.—	
3. Reserve-Ronto	550.—	
4. Ronto der Genossen	1 500.—	
5. Gewinn- u. Verlust-Ronto aller Jahre	1 709.44	
neuer Saldo	2 017.86	
	RM. 47 420.30	

Am Laufe des Geschäftsjahres
1911/12 ist kein Genosse beigetreten
und keiner ausgeschieden.

Es gehören der Genossenschaft am
Schluss des Geschäftsjahres 1911/12
15 Genossen an mit einer Gesamt-
verpflichtung von 1500 RM und dem
gleichen Geschäftsguthaben. Die Gesamt-
summe hat sich nicht vermehrt und
nicht verringert. 102/8

Berlin, den 18. Januar 1913.

Der Vorstand:
H. Wiedemann, Paul Senz.

Säle

für 50 bis 200 Personen

Vereinszimmer

sind nach an verschiedenen Tagen
(auch Sonnabends) zu vergeben.

Hl. Augustin

Dranienstraße 103.

Singakademie

(Kastanienwäldchen).

Sonntag, den 26. Januar 1913:

Zweites Winter-Konzert des Männerchors

„Fichte-Georgia 1879“

(M. & D.-A.-S.-B.) Chorleiter: Th. Gervais.

Mitwirkende:

Frl. Gertrud Janke, Konzert- und Oratorien-Sängerin (Alt),
Herr Organist Adolf Haasgen (Orgel und Flügel).
Der Flügel ist von der Firma G. Bechstein, Hoflieferant.

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr.

Karten à 1 M. sind zu haben bei: O. Liebich, Rest,
Wiener Str. 56; E. Ziesow, Rest, Admiralstr. 35; K. Weber,
Neukölln, Hohenstr. 48; E. Gergs, Neukölln, Stutt-
garter Str. 45; J. Steffens, Langenbeckstr. 5, Hof 1;
Gsw. Kimmel, Treptow, Gracetzstr. 29.

Programme und Taxie an den Saaleingängen gratis.

„Clou“ :: Berliner :: Konzertthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Triple-Konzert!

Musik. Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Obdm. Becker.
Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baars

Zillertaler und Tegernseer Sängers Schuhplattler und Jodler!

Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 Uhr.
Morgen Montag:

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Männerchor

M. & D. A.-S.-B. Chorleiter: Franz Bothe.

Sonntag, den 26. Januar 1913:

Lieder-Abend

im „Deutschen Hof“, Luckauer Straße 15.

Mitwirkende: Fräulein Tilly Elsa Pieschel (Lieder zur Laute)
und das Trio der Herren: Otto Nikkita (Violine), Willi
Decker (Violoncello) und Franz Bothe (Klavier).

Nach dem Konzert: Tanz.

Eröffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr. — Einlaßkarte 60 Pf.
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. 53/3

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wiese, Neukölln. Für den

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen

(früher Schippmannowki)

(Bahnh. Börsen) Spandauer Brücke (Bahnh. Börsen)

Bock-Jubel und Trubel :: jeden Abend ::
mit großem Konzert

bei freiem Entree!

Tratteur Walter Seyring, früher Reichshallen, jetzt noch
Konzertthaus „zum Heißjäger“.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute

Sonntag, den 19. Januar 1913,

in beiden Riesen-Prachtsälen:

Bockbierfest

in den bayrischen Alpen

5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.

Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Im neuen Saal: Großer Ball.

Voranzeige! Dienstag, den 21. Januar:

Prämierung

des größten und schönsten Paradies- und Kronenreihers.

Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Masken-Garderobe

Willi Ernst,
Köpenicker Straße 55h, I.
Umst. Wtl. 14089.

Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeichen vieler Annoncen er-
hält 10 Proz. Preisermäßigung.

Stenographie-Unterricht!!!

Unterrichtskurse beginnen 20888

am Donnerstag, den 23. Januar 1913,

in Berlin, Dranienstr. 103, im Lokal von Augustin,

in Schöneberg, Alazienstr. 21, im Lokal von Bandowsky;

ferner am Freitag, den 24. Januar 1913,

in Neukölln, Hermannstr. 204, im Lokal von Lehmann.

Beginn in allen Lokalen um 8 1/2 Uhr abends.

Unterricht inkl. Lehrmittel im System Stenographie erstellt.

Unterricht wird von bewährten Kräften im System Stenographie erteilt.

Christgruppe
Allgemeiner Arbeiter-Stenographenbund, Groß-Berlin.



Große Ersparnis für jede Familie durch direkten
Engros-Einkauf erstklassiger Schuhwaren.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichsbahner
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stuhlarten mit zehn-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Aus der Gewerbe-Deputation.

In ihrer letzten Sitzung... die Deputation gemäß § 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte den Wert etwaiger Sachbezüge fest, die im Sinne des genannten Paragraphen zum Entgelt gehören...

Table with 3 columns: Station, Freie Wohnung, Freie Bekleidung. Rows include Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen, Arbeiter, etc.

Wert der Wohnung, die das Maß des Bedarfs einer Person überschreitet (Familienwohnung) für Betriebsbeamte jährlich 575 M.; für Arbeiter, Gesellen, Gehilfen usw. 315 M.;

Table with 3 columns: Heizung, Beleuchtung. Rows include Familienwohnungen, Betriebsbeamte, Arbeiter, etc.

Einzelne Mahlzeiten für Arbeiter und sonstige Angestellte sollen bei voller Beschäftigung pro Tag mit 1,50 M. in Anrechnung kommen.

Ein Antrag der Kasse der Kaufmannschaft, worin erneut um Abänderung des Ortsstatuts vom 14. Okt. und 8. Novbr. 1911 betreffend die Einschränkung der Sonntagsarbeit im Kleinhandel...

Auf Grund dieser Vorstellungen hat der Oberbürgermeister die Einsetzung einer Magistratskommission verfügt, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen soll.

von 8-10 Uhr vormittags für den Verkauf noch von Bedeutung sind, und ob für die Papierhandlungen die Beschäftigungszeit am Sonntag vor Weibtag von 12-3 Uhr genügt...

Ein Geldbeitrag von 312,82 M. als letzter Rest der seit Jahren nicht mehr existierenden Seifenfieder-Jnning wurde einer noch vorhandenen der Stiftungsdeputation unterstehenden Seifenfieder-Gesellen-Unterstützungskasse zu Unterhaltungszwecken...

Seit Jahren liegt der Gesellenausschuss der Schlosserinnung mit dem Vorstande der genannten Jnning wegen des Arbeitsnachweises im Streit. Dabei scheinen Einflüsse scharfmacherischer Tendenz von dritter Seite, nämlich vom Verband der Metallindustriellen...

Diese und andere Streitigkeiten führten dazu, daß der Jnningvorstand sein Verhältnis zum Zentralverein für Arbeitsnachweis kündigte und unter Anlehnung an den Arbeitgebernachweis der Berliner Metallindustriellen einen neuen Arbeitsnachweis errichtete.

Da der Arbeitsnachweis immer ein Jnningarbeitsnachweis blieb, bedurfte er nach § 95 Abs. 2 der Gewerbeordnung auch der Zustimmung des Gesellenausschusses, die dieser verweigerte.

Von unserem Redner wurde darauf hingewiesen, daß der Vorstand der Schlosserinnung gar nicht in der Lage sein dürfte, die verlangten neuen Bestimmungen einzurichten, da er sich sonst mit

dem Reglement des Arbeitsnachweises der Metallindustriellen, das eine Mitwirkung der Arbeitnehmer grundsätzlich ausschließt, in Widerspruch stehen würde.

Von einem bürgerlichen Mitgliede, das den Bestrebungen des Verbandes der Metallindustriellen nahesteht, wurde dies auch offen zugegeben.

Eine von der Deputation geplante Feststellung anzuwendender Grundsätze bei Vertretungen zu Jnningjubiläen wurde vertagt.

Witterungsübersicht vom 18. Januar 1913.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Wetter. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetterprognose für Sonntag, den 19. Januar 1913.

Hiemlich mild, zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am 17.1., seit 16.1., Wasserstand, am 17.1., seit 16.1. Rows include Remei, Fregel, Weichsel, Dder, Barthe, Rega, Elbe, Dresden, Barby, Ragdeburg.

*) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel, -) Eisstand. *) oberhalb der Stadt, -) Treibeis, -) Eisfrei. - Die Werte sind in Fuß. In der schwarzen Spalte und weiße Treibeis, in der weißen Spalte, Untert, Spree und Havel freizeitliche Wasserstand.

Inventur Ausverkauf

von ca. 20,000 Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzügen, Blusen, Hosen, Ulstern, Pyjacks, Paletots zu teilweise noch nie dagewesenen Preisen!



Stoff- und Manchester-Anzüge

- Manch.-Blusen-Anzüge in viel. Farben für 3-8 Jahre durchweg 3 10 Qualif. I 4 75
Sport-Anzüge aus halbwaren Stoffen für 3-8 Jahre durchweg 4 20 Qualif. I 5 70
Blau Anzüge, Kammgarnart, Blusen und Matrosenformen mit Ueberkragen, 3 bis 8 Jahre durchweg 5 90
Prinz-Heinrich-Anzüge Aerm. mit Stickerel, 3b. 8 Jahre durchweg 7 50
Jackett-Anzüge, verschiedene Stoffart., 1. 8 bis 11 Jahre, durchweg 6 90
Sportanzüge in vielen Fassons für 8 bis 14 Jahre ... durchweg 9 20
Winter-Joppen, durchweg warm gefüttert für 3 bis 8 Jahre 2 95
Knaben-Stoff-Hosen für 3 bis 8 Jahre 1 35 40 Pf für 9 bis 14 Jahre 1 85

Wasch-Anzüge

- Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff, 3-8 Jahre durchweg 5 5 Pf.
Blusen-Anzüge Waschatoffe in vielen Mustern, 3-8 Jahre ... durchweg 1 65
Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff mit schöner Garnierung, 3-8 Jahre durchweg 2 65
Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff mit Ueberkragen, 3-8 Jahre, durchweg 4 10
Blusen-Anzüge weiß und gestreift Waschatoffe, Aermel mit Stickerel, 3-8 Jahre 5 25
Kieler und Prinz-Heinrich-Anzüge Gestreifte Waschatoffe, Kragen und Manschetten blauer Seife, 3-8 Jahre, durchweg 2 75
Gestreifte Waschatoffe, Kragen und Manschetten zum Abknöpfen, Aermel mit Stickerel, 3-8 Jahre ... 4 15
Imitierte Bast-Anzüge Form Prinz Heinrich, 3-8 Jahre durchweg 5 50 0-14 Jahre durchweg 6 50

Praktische Schul-Anzüge

- Joppe und Hose derber Waschstoff, 9-14 Jahre ... durchweg 1 45
Joppe und Hose Waschstoff, in verschiedenen Mustern, 9-14 Jahre, durchweg 2 10
Joppe und Hose Waschstoff, sehr haltbar, aparte Muster, 9-14 Jahre, durchweg 3 60
Joppe und Hose schwerer Waschstoff, Joppe m. Falten, 9-14 Jahre, durchweg 4 85
Kieler Anzüge gestr. Waschatoffe, Aermel mit Abzeich, 9-14 Jahre, durchweg 3 60
Kieler Anzüge gestreift oder weißer Waschstoff, Kragen und Manschetten zum Abknöpfen, 9-14 Jahre ... durchweg 4 95
Einzelne Muster-Anzüge 9-14 Jahre ... durchweg 7 50
Sport-Hemden für Knaben, in den neuesten Mustern ... von 1 55 an
Knaben-Mützen kleidsame Fassons und Muster ... 50 Pf.

Knaben-Wasch-Blusen aus Resten gearbeitet, für 3 bis 8 Jahre 1.45, 95, 70, 30 Pf.

Blaue Satin-Sport-Hosen, waschecht 3 bis 8 Jahre 1.55 0 bis 15 Jahre 1.55

Knaben-Wasch-Hosen aus Resten gearbeitet ... für 3 bis 8 Jahre 90, 65, 30 Pf.

Baer Sohn

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20 reg. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog Nr. 46 (Neueste Moden) kostenfrei Sonntag von 12-2 geöffnet

An Wiederverkäufer findet der Verkauf obiger Artikel nicht statt. Nachdruck verboten!

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 21. Januar, abends 8¹/₂ Uhr:

General-Versammlungen der Wahlkreise.

1. Wahlkreis

in den **Corona-Prachtsälen**, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Verschiedenes.

2. Wahlkreis

in **Nißles Festsälen**, Dennewitzstr. 13.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.

3. Wahlkreis

in **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.

4. Wahlkreis

in folgenden Lokalen:

Brauerei Riebeck, Frankfurter Allee 53
Elysum, Landsberger Allee 40
Pockers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17
Comeniusäle, Memeler Straße 67
Graumann, Hannysstraße 27
Südost, Waldemarstr. 75.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Verschiedenes.

5. Wahlkreis

in den **Musikerkälen**, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Vereinsangelegenheiten.

6. Wahlkreis

in **Moabiter Gesellschaftshaus**, Wickestraße 24.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.

Reutkölln

in **Foppes Festsälen**, Hermannstraße 49.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Vereinsangelegenheiten.

Die Besetzung der Generalversammlung im sechsten Wahlkreise erfolgt durch Delegierte. — Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch resp. Delegiertenkarte legitimieren, ohne dieselben kein Eintritt.

Die Vorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Möbelpolierer.

Montag, den 20. Januar 1913, abends 8¹/₂ Uhr, in den „**Andreas-Festsälen**“, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

1. Tätigkeitsbericht der Branchenkommission. 2. Neuwahl der Branchenleitung. 3. Bericht über unsere Tarifbewegung. 4. Branchenangelegenheiten.

Modell- und Fabrikfischer.

Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr pünktlich, im „**Rosenthaler Hof**“, Rosenthaler Str. 11-12:

Branchen-Versammlung.

1. Jahresbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Kommission. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Branche der Vergolder.

Montag, den 20. Januar, abends 8¹/₂ Uhr, bei **Voeler**, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

1. Bericht der Branchenkommission. 2. Wahl der Branchen- und der Zentralkommission. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Stellmacher.

Montag, den 20. Januar 1913, abends 8¹/₂ Uhr, im **Rosenthaler Hof**, Rosenthaler Str. 11/12:

Versammlung

aller in Innungsbetrieben beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gesellenausschusses über seine Tätigkeit. 2. Bericht der Innungsschiedsgerichtsbeisitzer. 3. Aufstellung von Kandidaten zu den Neuwahlen. 4. Verschiedenes.

Recht vollständigen Besuch der Versammlung erwartet im Interesse der Sache.

Die Branchenleitung der Stellmacher Berlins. Sektion des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Branche der Bürsten- u. Pinselmacher

Berlins und Umgegend.

Mittwoch den 22. Januar, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokal **Preuß**, Holzmarktstr. 65:

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Wahl der Kommission und Delegierten zur Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Telephonbranche

u. photographische Apparate

Branchen-Versammlung

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14 (Arbeitslosenraum).

Tagesordnung:

1. Unsere Branchenverhältnisse und die Großbetriebe. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Schneider-Innung zu Berlin.

Beschluss Vornahme der Wahlen zu Beisitzern beim Innungs-Schiedsgericht werden gemäß der §§ 6 bis 9 des Nebenstatuts der Vereinigten Innungen zu Berlin, betreffend das Schiedsgericht, die bei Mitgliedern der Schneider-Innung beschäftigten Gesellen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Hausdiener, überhaupt alle Personen, welche im Geschäftsbetriebe eines Innungsmitgliedes tätig sind,

Mittwoch, 22. Januar, abends 8¹/₂ Uhr,

nach dem Lokale **Wilkes Festsäle**, Sebastianstr. 39 hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl des Gesellenausschusses.
2. Ergänzungswahl der Erasmänner des Gesellenausschusses.

Zweite Versammlung: 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht der Beisitzer vom verflorenen Geschäftsjahre.
2. Neuwahl von 8 Beisitzern und 2 Erasmännern.
Zum Mitgliede des Schiedsgerichts soll nur berufen werden, wer das 20. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht erhalten oder die empfangene Unterstützung zurückgestellt hat.
Personen, welche zum Amte eines Schöffen unähig sind (§. 31, 32) können nicht berufen werden.
Zur Teilnahme an den Wahlen (§§ 3 und 4) ist nur berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Berlin, den 19. Januar 1913.

Im Auftrage des Gesellenausschusses:
Gustav Gebauer, Anhalterstr. 15.

Der Vorstand der Schneider-Innung zu Berlin:
Gustav Krause, Obermeister.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filliale Berlin I. Sebastianstraße 37-38. Telefon: Amt Moritzplatz, 9737.

Achtung! Kollegen u. Kolleginnen Achtung!

der Firma Peck u. Cloppenburg!

Montag, den 20. Januar 1913, abends 8¹/₂ Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59: Erneute

Gemeinschaftliche Versammlung sämtlicher Beschäftigten.

Tagesordnung:

Bericht über die erneuten Verhandlungen mit der Firma und endgültige Beschlussfassung über die weiter zu treffenden Maßnahmen. Wir erwarten, daß sämtliche Beschäftigten so vollständig wie am letzten Montag auch in dieser Versammlung erscheinen und so ihren Wünschen den nötigen Nachdruck verleihen.

Wir rechnen bestimmt auf alle!
Die Ortsverwaltung.

Herren-Stapel-Konfektion

Dienstag, den 21. Januar, abends 8¹/₂ Uhr, in den **Königsälen**, Neue Königsstraße 26 (Eingang Bahndammstr.):

Versammlung der Zwischenmeister.

Tagesordnung:

Was haben die Zwischenmeister bei der diesjährigen Frühjahrsbewegung zu erwarten? Referent: Kollege Kunze.

Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet Die Kommission.

Herren-Konfektion.

Montag, den 20. Januar 1913, abends 8¹/₂ Uhr, bei **Schulz**, Königgraben 2:

Sitzung der Sport-, Foden- und Schlafrock-Schneider.

Tagesordnung:

Können die Lohnverhältnisse dieser Gruppe tariflich geregelt werden? Um rege Beteiligung ersucht Die Kommission.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 21. Januar er., abends 8¹/₂ Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Rosenstraße 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Katzenstein**: Umwälzung der auswärtigen Politik. 2. Quartalsbericht des Kassierers. 3. Bericht vom preussischen Parteitag. 4. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitten wir um recht regen Besuch.

Der Vorstand.

Bauhändler-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 118.)

Sonntag, den 16. Februar 1913, vormittags 10 Uhr:

Ordentliche Generalversammlung

im Lokal von **Freih Wilke**, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung des Kassierers und Revisionsbericht.
2. Vorstands- und Ausschussbericht.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes (1 Kassierer, 2 Vorsitzender, 1 Beisitzer und 4 Erasmänner). Wahl des Ausschusses und 4 Erasmänner.

4. Innere Kassensangelegenheiten. 88/1*

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Dienstag, den 28. Januar 1913, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1) eine

Außerordentliche Generalversammlung

der Vertreter der Kassensmitglieder und der Arbeitgeber statt.

Tagesordnung:

1. Lichtbildervortrag des Herrn **Professor Dr. Sommerfeld** über „Der Kampf gegen die Tuberkulose“.
2. Abänderung des § 20 des Kassensatzes und dessen Abänderung.
3. Wahl einer Kommission zur Beratung des nach der Reichsversicherungsordnung neu zu bearbeitenden Statuts.
4. Verschiedene Mitteilungen.

Zur Teilnahme an dem Lichtbildervortrag sind sämtliche Mitglieder der Kasse berechtigt; die Beteiligung der Mitgliederliste ist nicht erforderlich. — Die Teilnahme an den Verhandlungen zu den Punkten 2, 3 und 4 der Tagesordnung ist jedoch nur den für die Jahre 1913/1914 gewählten Delegierten gestattet!

Berlin, den 9. Januar 1913.

Der Vorstand:
G. Lehmpfuhl, Schriftführer. **H. Daehne**, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1967. Amt Norden 185. Amt Norden 1930, 9714.

Achtung, Dreher!

Der gemeinschaftliche Besuch der **Treptower Sternwarte** findet **Sonabend, den 25. Januar, abends 10 Uhr** statt. Treffpunkt 9¹/₂ Uhr am Bahnhof Treptow.

Billet-Ausgabe und nähere Auskunft

Dienstag, den 21. Januar, abends von 6-9 Uhr bei **Samuel**, Sophienstr. 5.

Um rege Beteiligung wird gebeten. Die Ortsverwaltung.

INVENTUR-VERKAUF

Restbestände und andere Gelegenheitsposten kommen enorm billig zum Verkauf.

158 Während des Inventur-Verkaufs soweit Vorrat

8 Waggon Glas, Porzellan, Steingut

Glaswaren

Pressglas „Diamant“

vorzügliche Bakkarat-Schliff-Imitation

Kompotteller Stück	5	Pf.
Kompottschalen	28, 16, 12, 8		Pf.
Käseglocken Stück	42	Pf.
Butterglocken	45, 28	Pf.
Zuckerschalen	15, 12	Pf.
Kuchenteller	68, 38, 28	Pf.
Tablette viereckig	38, 28	Pf.
Zitronenpressen 2teilig	12	Pf.
Blumenvasen Garnitur 3teilig	85	Pf.
Keeksbüchsen mit Henkel	45	Pf.
Sturzkaraffen	28	Pf.

Porzellan

Ausserordentl. vorteilhaft

Speiseteller reich dekoriert	18	Pf.
Kaffeekannen weiss	45, 25	Pf.
Teekannen weiss	45, 25	Pf.
Kaffeetassen m. Golddekor	Stck.	18	Pf.
Kaffeetassen reich dekor.	Stck.	25	Pf.
Butterglocken reich dekor.	Stck.	45	Pf.

Steingut

Feston-Geschirre mit Goldrand

Teller flach und tief	18	Pf.
Abendbrotteller	14	Pf.
Kompotteller	12	Pf.
Terrinen	2 ⁴⁵ 1 ⁷⁵	
Ragoutschüsseln	1 ³⁵	
Saucières	85	Pf.
Gemüseplatten	55	Pf.
Bratenschüsseln oval	20, 30, 45		Pf.
Komptieren vier-eckig	16, 20, 28, 35		Pf.

Komplette Speiseservice

aus vorstehenden Teilen zusammengestellt:
6 Personen 8²⁰ | 12 Personen 15³⁰
23teilig ... 8²⁰ | 45teilig ... 15³⁰

Wirtschafts-Artikel

Zink-Waschwannen	5 ⁰⁰ 7 ²⁵ 9 ²⁵
Zink-Waschzuber	7 ²⁵ 9 ²⁵ 11 ⁰⁰
Waschtöpfe verzinnt mit Sieb u. Deckel	2 ⁴⁵ 2 ⁰⁰ 3 ⁴⁵
Wringmaschinen	8 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ 10 ⁵⁰
Wäscheleinen	1 ⁶⁵ 2 ²⁵ 2 ⁷⁵
Plättbretter bezogen	1 ⁵⁰ 2 ⁴⁵
Dampf-Waschmasch.	22 ⁰⁰ 25 ⁰⁰
Tischmangeln	16 ⁵⁰ 19 ⁵⁰

Braun emaillierte Geschirre mit Hohlgriffen

Schmortöpfe ohne Ring	30, 42, 55, 65, 75, 90 Pf.
Schmortöpfe mit Ring	55, 75, 95 Pf. 1 ¹⁵
Gaskochtöpfe mit Deckel	85 Pf. 1 ¹⁰ 1 ³⁵ 1 ⁵⁵
Kasserollen ohne Ring	28, 35, 45, 65 Pf.
Kasserollen mit Ring	50, 60, 75, 85 Pf.
Wasserkessel für Gas	110 130 145
Wasserkessel mit Sack	140 175 200
Braupfannen mit Stiel	25, 35, 45 Pf. 35 40 45 cm
Wannen rund	145 170 200
Wannen oval	45 50 55 60 cm 175 200 265 300
Elmer	75, 95 Pf. 1 ²⁵

Wärmflaschen	85, 95	Pf.
Leibwärmer	80, 90	Pf.
Gaskocher 1sammtg.	85 Pf., 1 ⁰⁰ 1 ²⁵	
Gaskocher 1 Kochstelle 1 Wärmsello	375 2 Kochstellen	650	
Gaskocher 2 Kochstellen, 2 Wärmsellen	850	
Gasplatten vernickelt, 2 Platten, 1 Erhitzer Garnitur	425	
Fleischhackmaschinen	1 ⁹⁰ 2 ⁴⁵ 2 ⁹⁰		
Reibemaschinen	85 Pf., 110 165	
Messerputzmaschinen	275 525	

HERMANN TIETZ

Café Meyer
Dr. Adener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, Seil u. bunf. 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen: Billard Stb. 60 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Neue Ressource
Zug. Heinrich Pohland
Richardstr. 39
Ballsaal mit Bühne für 250 Personen.
Bereinszimmer von 10-50 Pers.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145, II.



Tiroler Trachten für Alpen- u. Kostümfeste
für Damen, Herren und Kinder,
große Auswahl, fabelhaft billige Preise.

Ausstattungsstücke für Tiroler,
wie: Hüte, Mieder, Hemden, Hosenträger, Stutzen usw.
zu bekannt billigsten Preisen.
Grüne Seppelhüte aus Filz, Stück von 30 Pf. an.
Masken-Kostüme aller Art für Damen u. Herren,
Kostüme von 2.75 M. an: National-Kostüme, Clowns, Dominos,
Pierrots, Gigerts usw. Wir verkaufen solche billiger, als Sie
bisher Leihgebühren zahlen mußten.

Für Bockbierfeste

größte Auswahl originalster Schweizerartikel, Konfetti-
Lutschnaugen, neuester Kopfbedeckungen für Herren
und Damen, Dutzend von 10 Pf. an. Ansteckorden, Bock-
bierlieder, nik. Plakate, Dek.-Girlanden, Radartikel usw.

Für Vereine: Verlosungs-Gegenstände
in reichster Auswahl, letzte Neuheiten, billiger wie überall.
Damenspenden, Verleihung von Tombolas und Glücksrädern.

Vereins-Abzeichen in jeder gewünschten Ausführung.
Fertig zusammengestellte Polcaösen und Tören, Ausstattungen für Theater-Aufführungen.

M. Liemann, Berlin C, Prenzlauer Str. 46
2 Minuten vom Alexanderplatz

Spezial-Kataloge auf Verlangen gratis. - Fahrgeid Vergütung bei Einkäufen von 20 M. an.
sonntag g. öfnet von 12-2 Uhr.

VERA

3 Pfg- Cigarette

Joseffi

Pesthöhle am Krögel.

Jüngst brachte die „Deutsche Arbeiterzeitung“ eine Artikelserie über die ungeheure Wohnungsnot in New York mit der selbstgefälligen Behauptung, solche unhygienischen, unsozialen Zustände seien in Deutschland ganz unmöglich. Wer die Proletariatsviertel mancher Großstädte Deutschlands kennt, weiß, daß es bei uns nicht wesentlich besser aussieht. Wer das bezweifeln sollte, dem empfehlen wir, einmal einen Blick zu tun in das dem Fiskus gehörige Gebäude am Krögel Nr. 1. Das historisch-romantische Interesse für diesen ältesten Winkel Berlins hat wohl schon manchen veranlaßt, sich von außen die Treppen, Erker und Fenster anzusehen. Selten aber hat wohl, außer einem bestimmten Kreis Allerärmster, das Interesse so weit vorgehalten, nun auch zu schauen, was innerhalb der „Zimmer“ zu sehen ist. Wir haben uns durch persönliche Inaugenscheinnahme und nach durchaus glaubwürdiger Aussage von Leuten, die dort längere Zeit gehaust, informiert und folgendes festgestellt: Die circa 30 „Zimmer“ (in Wirklichkeit sind es Kammern ohne genügend Luft und Licht, ohne Wasserleitung und ohne Klosettanlagen) sind von dem Wächter Anton Pelz gemietet für circa 250 M. pro Monat. Dieser hat ein „Hotel“ daraus gemacht, indem in die einzelnen Kammern 2-6 „Betten“ gestellt sind, die in undenkbar schmutzigem Zustand von uns vorgefunden wurden. Die „Bettstelle“ besteht grottenhaft aus ein paar Kistenbrettern, darüber ein schmaler Strohsack oder auch ungezeigerte alte Matratzen. Die Bettlatten wurden monatlich nicht bezogen und haben zumeist eine undefinierbare schmutzig-graue Farbe. Die Decken sind von ähnlicher Beschaffenheit und dem ganzen strömt infolge mangelhafter Lüftung usw. ein ständiger pestilenzartiger Geruch aus, der scharf in die Nase steigt.

Die „Bewohner“, unter denen sich heruntergekommene Existenzen, Trinker, Homosexuelle befinden, zahlen pro Nacht 30-50 Pf. oder pro Woche 2 M. (im voraus zu entrichten!). Da ein Teil der Inassen es mit der körperlichen Sauberkeit nicht genau nimmt, außerdem mangelt es an Wasserleitung und Klosett ausreichende Reinlichkeit gar nicht durchgeführt werden kann, so haben sich Zustände herausgebildet, die jeder Beschreibung spotten. Nicht selten kommt es vor, daß menschliche Exkremente in Papier gewickelt durch die Fenster in den Hausgang geworfen werden oder auch in irgendeinem Winkel des Hauses liegen bleiben. Wer von der Straße unmittelbar in die Zimmer des 1. Stocks eintritt, glaubt vor Gestank und schlechter Luft umfinken zu sollen. Das einzige Klosett, das auf dem Hof zur Verfügung steht, ist derart verschmutzt, daß man annehmen muß, es ist seit Monaten nicht geäubert worden. In dieser Atmosphäre leben und „arbeiten“ Menschen! Hier werden Adressen für einen bekannten Verlag angefertigt, das 1000 zu 225 M.! Wir selbst sahen so einen bedauernswerten Adressenschreiber in dieser dunst- und bogillengeschwängelten Luft sich abmühen, ein paar Pfenninge zusammenzubringen. Er heißt werden die Zimmer von den Bewohnern und auf den Kosten. Daß da mancherlei sonderbares Brennmaterial umwandelt wird, dürfte einleuchten.

Hygienisch besonders bedenklich ist auch, daß der Vermieter Pelz (laut Adressbuch Schokoladenfabrik engros!) eine große Anzahl jüngerer und älterer Leute (die in diesen Krankheits-Höhlen lamierten!) auf den Handel in die Kneipe schicken. Sie lassen würfeln um Apfelsinen, Schokolade usw. und mancher von ihnen mag wohl ungenötigt zum Krankheitsüberträger verbreitet worden sein. Das Tollste an diesen Dingen ist, daß sie sich sogar unter den Augen der Polizei abspielen. Unweit liegt nämlich das Polizeirevier am Wolkenmarkt und es ist von dort durchaus glaubwürdiger Seite versichert, daß die Polizei in Herrn Pelz ein- und ausgeht.

In welcher gewaltigen Kontrast steht doch dies Verhalten zu der Schilanzierung unserer Jugendheime, wo man so sehr um die Sicherheit der Minderjährigen bedacht ist, daß die Tür zu manchen andere gar nicht „vorschriftsmäßig“ genug sein kann. Hier, im Herzen Berlins, unweit des Roten Hauses, haben Zustände herausgebildet, die man als skandalös bezeichnen mag und die wir für unmöglich halten würden, wenn nicht der eigene Augenschein und belehrt hätte. Nebenbei, im gleichen Gebäude ist eine „Speiseisfabrik“. Unter den Verkäufern (jetzt im Winter verkaufen sie warme Milch usw. von ihren Wägen) sind gleichfalls eine Anzahl „Hotelgäste“. Das ist nicht immer ganz friedlich dieser alkoholgeschwängerten Atmosphäre zugeht, geht schon dara hervor, daß der Hund des Herrn Pelz auf Mensch dreckschneit ist und daß mancherlei Schlägereien, Ständelstöße usw. sogar an der Tagesordnung sein sollen.

Wir haben nur in groben Umrissen die tatsächlich ungeheuerlichen Wohnverhältnisse des Hauses am Krögel 1 aufzudecken versucht, weil hier infolge Erachtens ein Krankheits- und Unreinlichkeitsherd für ganze Kreise der großstädtischen Bevölkerung geschaffen ist. Schleunige Abhilfe tut hier dringender und wenn schon die Polizei keine Zeit findet, hier eingzugreifen sollte die Stadtverwaltung dafür sorgen, daß die menschenunwürdigen Verhältnisse schleunigst geändert werden. Bester wäre freilich, wenn die zum Wohnen absolut ungeeigneten Räume schleunigst geschlossen und das Ganze baldmöglichst niedgerissen würde.

Partei-Angelegenheiten.

Lankwitz. Morgen abend 8 1/2 Uhr: Vortrag des Genossen Dr. Schütte über: „Zeitalter des Absolutismus“, bei Schönerbergstraße.

Friedenau. Da am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr in Steglitz bei Schellhase, der Vortragszyklus des Genossen Däumlein seine Fortsetzung nimmt, und am Mittwoch der Vortrag über die Technik zur Landtagswahl für die Funktionäre stattfindet, muß die Vereinsversammlung auf Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Reinen Saale des Kaiser-Wilhelmgartens verlegt werden.

Lichtenberg. Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5. Tagesordnung: 1. Bericht vom preussischen Parteitag. Referent Genosse G. L. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zum Parteipräsidium. 4. Anträge.

Stralau. Am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr Lokal Strauß, Alt-Stralau 5/6: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Wischendorf. 3. Bericht der Funktionäre. 4. Diskussion. 5. Wahl des Vorstandes.

Treptow-Baumfelsenweg. Die Mitgliederversammlung findet umständelhalber erst am Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr in Serpentinstraße, Baumfelsenweg 78, statt.

Nieder-Scharnweide. Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizerhaus (Winkel), Berliner Straße: Generalversammlung.

Röpenitz. Der nächste Theaterabend des Bildungsausschusses findet am Dienstag, den 21. Januar, im Stadttheater statt. Zur Aufführung gelangt „Ruhmann Gemidel“ von Gerhart Hauptmann. Karten a 60 Pf. bei A. Kefebre, Grünstr. 10.

Ziegel. Am Dienstag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Schloßstr. 7/8: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kasienbericht. 2. Berichterstattung vom Freuentag. 3. Berichterstattung aus der Gemeindevertretung.

Lichterfelde, Lankwitz, Zehlendorf. Die Fortsetzung des Kurses „Die Technik über die preussischen Landtagswahlen“ findet Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Fr. Wahrensdorf, Bätestraße 7, zu Lichterfelde statt.

Koschenthal. Die am Dienstag, den 21. Januar, fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt aus. Dafür findet am Sonntag, den 20. Januar, abends 6 Uhr, im Lokal von G. Wilbrodt, Kronprinzstr. 15, eine öffentliche Versammlung statt. In derselben hält Genosse Hermann Clajus-Vorleser einen Vortrag über: Kapitalismus, Imperialismus und Sozialismus. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Kranz, Buchholz. Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Käthe, Berliner Straße 30: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Freuentag.

Dranenburg. Heute Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Lokal „Waldbau-Sandhausen“, Schützenstr. 34: Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Da in dieser Versammlung der Kreisvorstand anwesend ist, wollen die Genossinnen und Genossen vollständig zur Stelle sein.

Berliner Nachrichten.

Das städtische Wohnungsamt.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung endlich die längst versprochene Vorlage über die Einrichtung einer städtischen Wohnungsaufsicht überreicht.

Städtischer Fleischverkauf. Um vielfach geäußerten Wünschen des Publikums zu genügen, hat der Magistrat beschlossen, vom Dienstag, den 21. d. M., ab folgende Veränderungen beim Verkauf des russischen Fleisches eintreten zu lassen. Es wird demgemäß von diesem Tage ab der Verkauf von Rindfleisch ohne Knochen mit einem Aufschlag von 10 Pf. für das Pfund zugelassen, ferner darf das bei dem Berliner Publikum beliebte Hackfleisch aus reinem Rind- und Schweinefleisch hergestellt werden; der Verkaufspreis stellt sich auf 70 Pf. für das Pfund.

Außerdem ist von Käufern gewünscht worden, daß auch Schweinepökelfleisch zum Verkauf gelange. Auch hierzu soll dem Publikum weitgehendst entgegengekommen werden, indem fortan das Einpökeln von Schweinezungen, Eisbeinen, Spitzbeinen, Ohren und Schnauzen den Verkäufern gestattet wird.

Es mag noch erwähnt werden, daß der Umsatz von russischem Fleisch von Woche zu Woche steigt und die Qualität der Rinder und Schweine die vertragsmäßige Mittelgröße weit übertrifft und als sehr gut bezeichnet werden kann.

Das Geheimnis von Dabendorf.

Der Brunnenbauer Gustav Kolbe, der seit einiger Zeit von der Kriminalpolizei wieder eifrig gesucht wurde, ist in der Nacht zum Sonnabend in der Flottwellstraße ergriffen worden. Die Nachforschungen in der Gegend von Dabendorf blieben, wie wir mitteilten, erfolglos. Jetzt richtete die Kriminalpolizei ihr besonderes Augenmerk noch einmal auf die ganze Verwandtschaft und Bekanntheit des Gesuchten in Berlin. So erfuhr sie, daß Kolbe vielleicht zum Uebernehmen die Schankwirtschaft eines Bekannten in der Flottwellstraße aufsuchen werde. Diese Vermutung bestätigte sich. Um 1 Uhr in der vergangenen Nacht traf Kolbe in der Wirtschaft ein und wurde von Beamten, die ihn erwarteten, festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Der Verhaftete trägt ein sehr zuverlässiges Wesen zur Schau. Im Verhör erklärte er mit aller Entschiedenheit, daß er von dem Dabendorfer Morde nichts wisse. Er habe weder den Sekretär Behm erschossen, noch seine Leiche weggeschafft. Kolbe bestreitet auch, sich in den letzten Tagen verborgen gehalten zu haben. Nachdem er erfahren hatte, so erzählt er wenigstens, daß er wieder gesucht wurde, begab er sich zu einem Rechtsanwalt und erkundigte sich nach der Rechtslage. Nachdem der Anwalt ihm diese auseinandergesetzt hatte, wollte er sich selbst zur Polizei begeben und sich zur Verfügung stellen. Der Anwalt erklärte jedoch, immer noch der Darstellung Kolbes, daß sei nicht nötig, er solle ruhig abwarten, bis ihn die Polizei finde und sich dann verhaften lassen. Aus diesem Grunde will er sich gar nicht verborgen gehalten haben. Wenn behauptet werde, daß er in Gesprächen mit anderen ein Geständnis abgelegt habe, so treffe das nicht zu. Möglich sei es schon, daß er Äußerungen wie die ihm zugeschriebenen gemacht habe. Das sei dann aber immer nur Scherz gewesen. Daß ihn Frau Behm jetzt beschuldige, sei nur ein Nachsekt. Von Erpressungen und Bedrohungen, deren er sich gegen Frau Behm schuldig gemacht haben sollte, sei gar keine Rede. Nach der Gerichtsverhandlung hieß es, die Platte, die damals zur Stelle war, sei nicht die gewesen, mit der Behm erschossen wurde. Bei den jetzigen Nachforschungen ist nun bei einer Freundin Kolbes eine andere Platte, die diesem gehörte, zum Vorschein gekommen. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte sie, um zu prüfen, ob auch ihre die Schüsse, die den Sekretär töteten, abgesehen worden sind. Was mit Kolbe unter den obwaltenden Verhältnissen zu geschehen hat, ob er in Haft behalten werden kann, ist noch eine Frage für sich.

Gestern nachmittag fand in Gegenwart des verhafteten Brunnenbauers Gustav Kolbe und der Frau, Helene Behm in Dabendorf ein Lokaltreffen statt, an dem sich ein ganzes Heer von Kriminalbeamten und der Staatsanwalt Braut von der Staatsanwaltschaft II beteiligte. In der Sache selbst haben inzwischen mehrere Hausdurchsuchungen stattgefunden, die neues Material gegen die beiden Verdächtigen ergeben haben sollen. Inzwischen haben auch längere Unterredungen zwischen dem Staatsanwalt Braut und den Rechtsanwälten Dr. Schmidt und Dr. Fürtz stattgefunden, die in der viertägigen Schörrichtergerichtsverhandlung im Januar vorigen Jahres, die bekanntlich mit Freisprechung endete hatte, die beiden Angeklagten verteidigt hatten. Der Zweck dieser Unterredung war, festzustellen, welchen Standpunkt die Staatsanwaltschaft bezüglich der Rechtsgültigkeit des ganzen Verfahrens einnimmt, da die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die beiden Angeklagten nur bei Vorliegen eines glaubwürdigen gerichtlichen oder außergerichtlichen Geständnisses möglich ist. Die Anklagebehörde nimmt diesbezüglich folgenden Standpunkt ein: Durch die auch nach der Freisprechung fortgesetzten Beobachtungen und Ermittlungen der Kriminalpolizei ist festgestellt worden, daß solche zu mehreren Personen nicht nur verdächtige Äußerungen ausgefallen lassen, sondern auch direkt zugegeben hat, er habe

Behm erschossen, man könne ihm jetzt aber nichts mehr anhaben. Diese Äußerungen, die er in ähnlicher Form schon vorher gemacht habe, seien an sich nicht als „glaubwürdiges außergerichtliches Geständnis“ anzusehen. Zu einem solchen würden sie aber in Verbindung mit der Auffindung der Leiche, den jetzigen Angaben der Frau Behm und den schon damals vorhandenen Belastungsmomenten. Dementsprechend sei die Wiederaufnahme des Verfahrens zulässig.

Ein Doppelselbstmord wird aus der Fichtestraße gemeldet: Dort wohnte seit dem 1. Oktober vorigen Jahres der 64 Jahre alte Lithograph Alois Reimer zusammen mit einer ebenso alten Auswärtigerin Marie Clemens, die ihm den Haushalt besorgte. Das Paar geriet in Not, weil Reimer Weihnachten seine Arbeit verlor und neue nicht mehr finden konnte. Als die letzte Rente fällig war, erklärte die Wirtschaftlerin, sie werde ihre Ersparnisse von der Kasse abholen und dann zahlen. Das war aber wohl eine Ausrufe. Ob sie jemals Ersparnisse besessen hat, ist sehr fraglich. Jedenfalls hatten die beiden Leute alles, was sie einmal besessen haben mögen, schon verbraucht. Wahrscheinlich schickte es in der letzten Zeit auch schon an der nötigsten Nahrung, und weil keine Aussicht auf Besserung ihrer Lage vorhanden war, so beschloßen die beiden, freiwillig aus dem Leben zu scheiden und so allem Elend ein Ende zu machen. Seit zwei Tagen hörte und sah man im Hause nichts mehr von den Leuten. Eine Nachbarin wandte sich deshalb an den Hauswirt und als dieser nun Sonnabendvormittag durch die Polizei die Wohnung öffnen ließ, fand man die Insassen tot auf. Beide hatten sich auf dem Wohnungsfuß erhängt. Reimer an der Stubentür, Frau Clemens an der Küchentür. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Unfall auf dem Plankenfer. Ein schwerer Unfall hat sich am Freitag nachmittag auf dem Plankenfer nahe bei Woltersdorf ereignet. Der 16jährige Sohn des Kaufmanns Rehschmidt in Woltersdorf wollte sich gestern nach Ertner begeben und benutzte dazu den nächsten Weg über die Hofstraße des Sees hinweg. Da infolge des Witterungsumschlages die Eisdecke schon brüchig geworden war, brach der junge Mann plötzlich ein und versank im See. Obwohl sich mehrere Personen in der Nähe der Unfallstelle befanden, konnte dem jungen Mann keine Hilfe mehr gebracht werden. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

4000 Mark erbeuteten Geldschrankknecker in der Nacht zum Sonnabend auf dem Grundstück Prinzenstraße 95. Dort hatten sie es auf die Metallwarenfabrik von Schwidinsky u. Co. abgesehen. Nachdem sie die Haustür mit einem Nachschlüssel geöffnet hatten, ertrugen sie einen Neberraum im ersten Hof, hatten daraus einige Leitern herab, gingen mit ihnen nach dem zweiten Hof, stiegen in den ersten Stock hinauf, schlugen die Fenster ein, schoben die Kugel zurück und gelangten so in die Stomokammer. Im Privatkontor knackten sie das Geldschloß nach Art gewerksmäßiger Verbrecher und nahmen daraus das bare Geld mit, während sie die Bank- und Schließbücher liegen ließen. Unbemerkten entkamen die Einbrecher auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren.

Der Lichtbilder-Vortragabend des Turnvereins „Fichte“ in den Sophienböden erfreute sich guten Besuches. Vorzugsweise waren Arbeiter-Turnerinnen anwesend. Die Zahl der Nichtturnerinnen ließ zu wünschen übrig. Herr R. Koppisch aus Leipzig, Bundesturnwart des Arbeiter-Turnerbundes, referierte mit Unterstützung einer großen Anzahl von Lichtbildern über den Bau des Körpers sowie seine Erziehung zur Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Schönheit. Schon die Einleitung der mit gespanntem Interesse verfolgten Ausführungen ließ bedeuten, daß nicht mehr Frauen und Mädchen dem Rufe gefolgt waren. Der Vortragende schob einen großen Teil der Schuld, daß Frauen noch so wenig rationelle Körperpflege durch Turnen und ähnliche Leibesübungen betreiben, den Männern zu, die in häuslicher Betätigung der Frau deren Hauptaufgabe erbliden, aber in noch höherem Grade den Frauen selbst, die alle möglichen, den nackten Körper verunstaltenden, einengenden, schwer gesundheitlich schädigenden Modetorheiten mitmachen, jedoch der wahren Verschönerung und Gesunderhaltung des weiblichen Körpers, wie sie vornehmlich durch Turnen und ähnliche Ausübung der körperlichen Kräfte erreicht werde, leider noch recht gleichgültig gegenüberstehen. Die Zahl der Arbeiter-Turnerinnen in Deutschland sei schon ansehnlich, aber noch viele Tausende mühten sich nach Verlassen der Schule in die Reihen einzutreten, um die Frau körperlich und geistig auf eine höhere Stufe zu bringen. Auch geistig, denn die geistige Tätigkeit, die seelische Beschaffenheit werde von einem gesunden, abgelenkten, zu Leibesübungen erzogenen Körper ungemein günstig beeinflusst. Diesen prächtigen Ergebnissen stellte der Referent die enternende, körpergermardende Zwangstätigkeit der Frau des zwanzigsten Jahrhunderts in der Treitmühle gegenüber, auf die ja heute leider Millionen von Frauen angewiesen seien, und das Haus in ungesundeten Wohnungen, die zur Züchtung der Proletariatskrankheiten mit beitragen. Um so größer sei die Selbstpflicht, aber auch die Pflicht gegen die Nachkommenschaft, den Gesundheitsschaden der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft durch Stählung des Körpers in freien Stunden zu begegnen. Dann komme auch die Schönheit der Frau auf ihre Rechnung, denn nur ein gesunder, in seinen natürlichen Formen erhaltener Körper, sei wahrhaft schön. In langer Reihe waren populär gestaltete Lichtbilder, unter denen das Turnen an schwebelichen Geräten besonders Interesse beanspruchen durfte, am Auge vorbeigezogen. Nach der Pause zeigten auf der Bühne sechs jugendliche Fichte-Turnerinnen in guter Form schwierigere Freilübungen.

Folgeschwerer Unfall des „Schütte-Lanz“.

Das Militärluftschiff S. L. 1 wurde gestern nachmittag gegen 6 Uhr von einem Unfall betroffen, der den Ballon für längere Zeit außer Dienst stellen dürfte. Ueber Potsdam brach während einer Übungsfahrt das Höhensteuer und der Ballon konnte nur mit Mühe von dort bis nach Wiesdorf gesteuert werden. Infolge der starken Luftreibung war eine Landung vor der Halle nicht möglich und so wurde der Luftkreuzer bis Maßdors-Süd abgetrieben, wo er auf einen freien Platz an der Kasanien-Allee zu landen versuchte. Beim Niedergehen legte sich die hintere Gondel und das Mittelstück des Ballons auf ein an der genannten Straße gelegenes Haus, wobei das Holzgerippe des Luftschiffes beschädigt wurde.

In dem Augenblick, als der Ballon etwa 15 Meter über dem Erdboden schwebte, sprang der Maschinist Mah, der sich in der hinteren Gondel befand, in die Tiefe und zog sich bei seinem Fall schwere Wunden an beiden Armen und Beinen sowie eine Verletzung an der Stirn zu. Er wurde im Automobilkrankenwagen nach dem städtischen Hospital in Oberschöneweide gebracht. Die Verletzungen sind jedoch nicht lebensgefährlich. Ein zweiter Maschinist, der Obermaschinenmoat Rehe, zog sich bei dem Versuch, aus der Gondel auf das Dach des Hauses zu klettern, Verletzungen an beiden Händen zu. Als der Ballon still lag, verließen die Insassen, 15 Mann, die beiden Gondeln, um das Luftschiff zu bergen. Dazu war nötig, daß die Leitung der Cöpenicker elektrischen Straßenbahn in der Richtung nach Maßdors auf eine größere Strecke niedergelegt wurde, wodurch eine Betriebsstörung bis zum Sonntagmorgen entstand.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Sonntagabend gegen 1/8 Uhr am Holsteinischen Platz zugetragen. Dort sprang ein Herr Ludwig Trinius trotz der Warnung des Schaffners von einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 17 ab und kam zu Fall. Er schlug so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß er blutüberströmt und bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte, der einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Löhovstraße gebracht, wo er in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Vodkiertrubel herrscht nunmehr auch in der großen Halle der Unionbrauerei, Hafenstraße. Wie in den übrigen großen Lokalen, so ist auch hier für Unterhaltung des von der Vodkiertruppe erfahrenen Publikums durch die Georg Langsche Truppe unter Mitwirkung der Schuhplattlergesellschaft aus Tirol Sorge getragen.

Kinematographische und astronomische Vorträge finden auf der Treptow-Sternwarte statt: Am Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr: „Der deutsche Wald“; 6 Uhr: „Noten aus den fernsten Himmelsräumen“; 8 1/2 Uhr: „Eine Reise ins Weltall“; 8 Uhr: „Der deutsche Wald“. Montag, den 11. Januar, abends 7 Uhr: „Umschau im Planetensystem“. Um diesjährigen Wünschen zu entsprechen, ist ein Vorkurs für die Eintrittskarten zu den Vorträgen ohne Aufgeld bei A. Wertheim, Ruden u. Scheerer und an der Kasse der Treptow-Sternwarte eingerichtet worden. Die Lehrer, welche mit einer größeren Anzahl von Schülern diese Vorträge besuchen wollen, werden gebeten, ihr Kommen vorher anzugeben. Mit dem großen Fernrohr wird zuerst die Venus, alsdann der Mond abwechselnd mit dem Saturn gezeigt.

Das **Walhalla-Theater** am Weinbergsweg, in dem jetzt allabendlich die Operette „Goldener Veldtinn“ in Szene geht, wird im Februar d. J. eine neue große Revue unter dem Namen „Parole: Walhalla“ herausbringen. Die neue Direktion des Walhalla-Theaters ist seit dem 17. November v. J. auf den Eigentümer des Walhalla-Theaters, Herrn Direktor Schippnowski übergegangen.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen ist auf Montag verlegt.

Vorort-Nachrichten.

Neufölln.

Stenlied fürmisch verlief eine Versammlung im Deutschen Weisshaus, die sich mit den Zuständen in der Kranken- und Unterstufungsstufe selbständiger Handwerker (eingeschriebene Hilfsklasse zu Neufölln) befaßte. Anlaß zu dieser Versammlung sollen die Manipulationen des Vorstandes gegeben haben, die, wenn das zutrifft, was in dieser Versammlung vorgebracht wurde, noch weitere Folgen nach sich ziehen dürften.

Es waren durchweg kleinere Handwerksmeister, die, wie sie selbst erklärten, von der Hand in den Mund leben und darum sich durch Eintritt in die genannte Klasse bei kommenden Krankheitsfällen vor äußerster Not schützen wollen. Die die Redner aber mitteilten, soll diese Klasse nicht Selbstredend, sondern Mittel zum Zweck sein, um einzelnen Vorstandsmitgliedern beim Anstellen eine angenehme, auskömmliche Existenz zu gewähren.

Eine größere Anzahl Redner stellte gegen den Vorstand der Klasse schwere Beschuldigungen auf, deren Richtigkeit von der Aufsichtsbekörderung geprüft werden muß. U. a. wurde auch betont, daß in wenigen Wochen circa 60 Mitglieder ausgeschlossen worden seien, weil dieselben der Klasse zu viel Geld gekostet hätten.

Schwere Anschuldigungen wurden auch gegen den Rentanten der Kasse erhoben. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Umarbeitung einer Denkschrift in Aussicht gestellt wird, die alle Beschwerden enthalten und dem Vorstandsmitgliedern überhandt werden soll. Des weiteren soll eine Kommission den Vorstand der Klasse auffordern, mit ihr zu verhandeln, damit die Geschädigten zu ihrem Rechte kommen. Inwiefern die Forderung des Statuts verlangt. Sollte sich die Klassenverwaltung weigern, diesen Verlangen der Mitglieder zu entsprechen, so müsse mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden, daß eine besondere Kommission mit der Verwaltung der Kasse beauftragt werde.

Tempelhof.

Aus der **Gemeindevertretung.** Der neue Gemeindevorsteher gab zunächst Kenntnis von der Bestätigung seiner Wahl durch den Landrat. Dieser begrüßte die Gemeinde zu der Wahl und gab der Festhaltung Ausdruck, daß die Gemeinde ihre schnelle Entschlußkraft bewahren und alle Schwierigkeiten überwinden möge. — Als Sitzungstag soll auch weiterhin der Donnerstag beibehalten und die Sitzung verschiedenen Wünschen entsprechend von jetzt ab um 1/8 Uhr eröffnet werden. — Der Kassenbestand betrug am 30. Dezember einschließlich der zuinbar angelegten Beträge 1 197 116,29 M. — Bei der Festsetzung der Anstellungsbedingungen für die erledigte Syndikusstelle wurde eine Einigung über die Gehaltsfrage nicht erzielt. Es wird auf Bewerber rekrutiert, welche die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Einen Syndikus und stellvertretenden Gemeindevorsteher wird man kaum mit 6000 M. besolden können, wie der bürgerliche Herr Treumerl bemerkt, zumal die Baumelster bereits je 7200 M. erhalten. Mit einer der beiden erledigten Stellen als stellvertretender Vorsitzender des Kaufmanns- und Gewerbegerichts, das wöchentlich zweimal tagt, wurde der seit längerer Zeit in der hiesigen Verwaltung informatorisch beschäftigte Professor Hoffmann betraut. — Die Uebernahme der Beiträge zur Angestelltenversicherung der Gemeindegemeinschaften und -angestellten zeitigte eine längere Debatte, in deren Verlauf einige bürgerliche Herren zunächst befürworteten, den Angestellten die Beiträge abzugeben; sie wollten es aber auch mit den in Frage kommenden Kategorien nicht verdröben und so plädierten sie schließlich dafür, daß die Gemeinde die entsprechenden Kosten auf das laufende Staatsjahr übernehmen soll. Dies soll auch geschehen. Eine besondere Kommission, der die Genossen Franz und Schmidt angehören, wird sich einer Regelung der Anstellungsverhältnisse infolge des Erlasses des Angestelltenversicherungsgesetzes unterziehen.

Mit dem **Seefischverkauf** in der Ringbahnstraße hat die Gemeinde besonders gute Erfahrungen nicht gemacht, immer mehr und mehr ist die Nachfrage gesunken. Am ersten Verkaufstage, 15. Oktober, sind 420 Pfund verkauft worden, am zweiten Verkaufstage verblieb bereits ein Rest von 84 Pfund. In den letzten Tagen sind von 150 Pfund noch 25—34 Pfund übrig geblieben. Der angebotene Verkäufer hatte unter diesen Umständen keine Lust mehr, weiter zu verkaufen, zumal er pro Pfund nur 3—4 M. verdient und hierfür den Verkauf leiten und für Heranschaffung der Fische Sorge tragen soll. Es kam noch hinzu, daß der Preis der Fische keineswegs billiger war als auf dem Fischmarkt. Die Unkosten der Gemeinde belaufen sich auf 68 M. Der Seefischverkauf soll daher aufgehoben werden. Der **Fleischverkauf** dagegen hat sich lebhaft entwickelt. Genosse Franz regte noch die Errichtung eines Kartoffelverkaufs durch die Gemeinde an; im übrigen glaubt Redner, daß der Fleischverkauf ein noch größerer sein würde, wenn die vorhandenen Mischstände, die er des näheren der Kommission unterbreiten will, beseitigt würden.

Britz-Unten.

Zu der **Generalversammlung** des Wahlvereins erstattete zunächst Genosse Vade einen beifällig aufgenommenen Bericht vom Breitenweg. Sodann gab der Vorsitzende eine Uebersicht über das verfloßene Quartal. Die Mitgliederzahl beträgt 588 (464 männliche und 124 weibliche), die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ 670. Die Kasse wies eine Einnahme von 683,75 M. und eine Ausgabe von 600,88 M. auf. Von den Kommissionen berichteten noch: Bildungsausschuß, Bibliotheks- und Sonderschulkommission, sowie die Gemeindevertretung. Aus dem Bericht der letzteren ist zu erwähnen, daß die Gemeinde Britz auf dem Wege ist, in der Frage

der Armenunterstützung Großes zu leisten. Allerdings nicht für Ortsarme, sondern für den vor 10 Jahren plötzlich von der Bildfläche verschwundenen Gemeindevorsteher Regling, der 600 M. erhalten soll. — An Stelle des ausgeschiedenen Redners Remann wurde Genosse Alfred Schröder gewählt. — Unter „Verschiedenes“ wurde die Frage der Zentralisation der Bibliotheken aufgeworfen; die Stimmung der Versammlung zeugte dafür, daß dieser Frage von den Parteigenossen volles Verständnis entgegengebracht wird. — Mit Fremden nahm die Versammlung Ratiz von der Mitteilung, daß einige Gemeindevorsteher von Britz auf einmal ein so großes Interesse darin bekunden, welchen Turnvereinen ihre Söhne angehören, ob deren Eltern Mitglieder vom „Elternverein für Sport und Wandern“ sind, wo der Verein jetzt taat um. Es müsse Fremden errogen, daß ein Pädagoge an diesen Fragen so großes Interesse habe. Bald müsse man auf den Gedanken kommen, als ob hier Spießdienste für reaktionäre Zwecke geleistet werden sollen. Letzteres wäre jedoch Lehrern, die die Kinder des Volkes zu tüchtigen und freien Menschen erziehen sollten — unwürdig.

Ralsberge-Rüdersdorf.

Aus der **Gemeindevertretung.** Der Pachtvertrag mit der königlichen Berginspektion über Benutzung des zum Bahnbetrieb erforderlichen Geländes wurde genehmigt. — Ueber die in der Wasserwerksangelegenheit mit dem Landrat gepflogenen Verhandlungen erstattete Gemeindevorsteher Lübke in eingehender Weise Bericht. Danach wird vom Landrat bringend der Anschluß der Gemeinde an das projektierte Kreiswasserwerk empfohlen. Die Gemeinde würde dadurch besser abkommen, als wenn sie den bereits begonnenen Bau eines eigenen Wasserwerks vollendete. Die durch den Bau des eigenen Wasserwerks entstehenden Kosten sollen vom Kreise gedeckt werden. Zur Regelung dieser Angelegenheit beschloß die Vertretung, eine Sonderkommission anzubilden, zu der Kreisbauamt Mirau und Herr Hempel eingeladen werden sollen. — U. a. wurde noch von dem Direktor der Straßenbahn, Schaffen Kropfisch, über die Bahn berichtet. Danach wurden mit der Straßenbahn vom Tage der Betriebseröffnung (5. November 1912) bis zum 13. Januar 1913 insgesamt 63 755 Personen befördert. Die Einnahmen für diese Zeit betragen 10 107,60 M. Bekanntgegeben wurde noch, daß der Stundenverkehr vom 1. März d. J. ab eingeführt wird, unter der Voraussetzung, daß die an den Lokomotiven befindlichen Mängel, durch die fortwährende Störungen im Bahnbetriebe hervorgerufen werden, von der Eisenbahn bis dahin beseitigt worden sind.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der **Stadtverordnetenversammlung.** Als Mitglied der Schuldeputation wurde der Vorsteher Haase mit 6 gegen 4 Stimmen, die auf den Genossen Schöneise entfielen, gewählt. Sodann wurde einstimmig die Anstellung einer technischen Lehrerin beantragt. Der Eigentümer Hermann Hansche hat bei Erbauung seines Grundstücks in den Behnuten die genehmigte Baulinie nicht innegehalten, sondern die städtische Grenze überschritten. Der in Frage kommende Landstreifen wird ihm pro Quadratmeter für 10 M. verkauft. Die Holzauktion am 2. Dezember 1912 haben den Erlös von 1892,10 M., am 14. Dezember 1912 für Bauholz von 4602,10 M., für Brennholz von 1070,20 M., am 6. Januar d. J. für Bauholz von 3025,80 M., für Brennholz von 1518 M. gebracht. Sodann kam ein Schreiben des Sanitätsrats Dr. Mosler betreffs seiner Kündigung als Armenarzt zur Berlesung. Zum Schluß teilte er mit, daß er die Angelegenheit dem Leipziger Kreisverband überweisen habe. Genosse Richter gab noch einige Anregungen zur Verbesserung der Badeanstalt in der neuen Schule, welche der Bürgermeister zu berücksichtigen verspricht.

Schwabbe.

Am **Gemeindevorstand** in Schwabbe geht uns ein Schreiben zu, das sich mit dem von uns veröffentlichten Bericht über die Gemeindevertretung vom 16. Januar beschäftigt. In dem Bericht ist folgender Passus enthalten: „Da der durch Papierstimmen in der dritten Klasse gewählte Herr Bürger ständig unentschuldig fehlt, soll die Absicht bestehen, ihn zum Ehrenbürger von Schwabbe zu ernennen.“

Die **Gemeindevertretung** — so wird uns geschrieben — verweigert sich gegen geschäftige und durch nichts gerechtfertigte Bemerkungen, die wohl keinen anderen Zweck haben als den, die hiesige Gemeindevertretung herabzusetzen.

Das unentschuldig Fehlen des Herrn Bürger erklärt sich daraus, daß dieser noch Unterabteilung amtlicher Postlicher Geber, er war Gendarmeriegehilfmeister, flüchtig geworden ist.

Daß die Gemeindevertretung einen solchen moralisch defekten Charakter in ihrer Mitte hatte, ist doch nicht ihre Schuld. Das letztere ist richtig. Es fällt uns auch nicht ein, die Gemeindevertretung in ihrer Gesamtheit für Verfehlungen einzelner Mitglieder verantwortlich zu machen. Es lag auch nicht in unserer Absicht, die Gemeindevertretung herabzusetzen.

Flotowwe.

Aus der **Gemeindevertretung.** Der Haus- und Grundbesitzerverein Reuendorf hat auf seine an den Regierungspräsidenten gerichtete Beschwerde wegen Eingemeindung von forstwirtschaftlichem Gelände nach Klein-Witten die Antwort erhalten, daß der Kreisaußschuß die Eingemeindung rechtskräftig beschlossen habe und somit die Angelegenheit erledigt sei. Vom Landratsamt lag ein Schreiben vor, in dem mitgeteilt wird, daß der Regierungspräsident die von der Gemeinde nachgesuchte Genehmigung zum Bezug von russischem Fleisch verweigert habe, weil diese Vergünstigung nur größeren Gemeinden gewährt werden könne. Dem in der Sitzung vom 21. August 1912 beschlossenen Nachtrag zur Umfahrgüterordnung ist von der Aufsichtsbehörde gleichfalls die Genehmigung verweigert worden, und zwar deshalb, weil nach einer darin enthaltenen Bestimmung in solchen Fällen, in denen einem Teil Steuerbefreiung zusteht, der andere Teil die Steuer voll entrichten sollte; das sei nach den Vorschriften des Ministerialerlasses vom 18. Mai 1909 nicht zulässig. Die der Vertretung vorgelegte Jahresrechnung der Gemeindegemeinschaft für das Rechnungsjahr 1911 wurde der Finanzkommission zur Nachprüfung überwießen; sie soll in der nächsten Sitzung zur Beratung kommen. Als Armenpfleger für den 6. Bezirk wurde an Stelle des erkrankten Herrn Werthold der Kaufmann Hermann Haas, Kreuzstr. 12, gewählt. Der 12. Bezirk erhält als Armenvorsteher den Fabrikmeister Glöckner, als Stellvertreter den Kaufmann Karl Wendt und als Armenpfleger zum Ersatz der Genannten den Restaurateur Hone und den Wirtmeister Alpermann. Der von der Vertretung genehmigte Kostenverteilungsplan für den zwischen Linden und Wäckerstraße gelegenen Teil der Pfeifferstraße gibt die Kosten der Umfahrgüter auf 18 310,81 M. an. Die von den Anliegern allein zu tragenden Mehrkosten für das vor ihren Grundstücken an Stelle des Einfahrtspfadens zur Anwendung gebrachte Mosaikpflaster betragen für die Fußwegbefreiung betragen infolge des Wertes des aufgehobenen Materials 1107,63 M. Es bleiben somit 12 203,28 M., von denen die Gemeinde im öffentlichen Interesse 60 Proz. = 7321,97 M. übernimmt. Zu den Kosten der Um- und Neupflasterung der Schulstraße sollen die Anlieger mit 50 Proz. = 2440,40 M. herangezogen werden. Zum Punkt „Erwerb von forstwirtschaftlichem Gelände nördlich der Berliner Straße“ führte der Bürgermeister folgendes aus: Die Gemeindevertretung habe im vorigen Jahre den Erwerb eines Teils der Großen Sandhölle in der Nähe des Schuppenhauses für Schulbauten beschlossen. Der eingetragene Bauplan sei von der Regierung jedoch so grundlegend geändert worden, daß die Gemeinde dieses Gelände für ihre Zwecke nicht mehr brauchen konnte. Man habe sich deshalb nach einem anderen Gelände umgesehen und mit der Regierung Verhandlungen wegen Verkaufes des zwischen Klautagen- und Mühlendamm gelegenen Waldstücks, des sogenannten Wilmensbühnen, anknüpft. Die Regierung forderte für dieses Gelände bisher 4 M. pro Quadratkilometer, sie erklärte sich nunmehr jedoch bereit, vorbehaltlich ministerieller Genehmigung, eine Ermäßigung auf 3 M. einzusetzen zu lassen, wenn sich die Gemeinde entschließt, schon jetzt das ganze Gelände

nördlich der Berliner Straße gelegene forstwirtschaftliche Gelände zu erwerben und in den Gemeindevorstand Kommissar aufzunehmen. Die Gemeinde hätte dann über das etwa 10 800 Quadratmeter große, an gepflasterten Straßen liegende Gelände freie Verfügung und könnte hier die Errichtung eines Reuendorfdepots und notwendiger Schulhausbauten vornehmen. Durch Parzellierung und Verkauf des übrigbleibenden Geländes zu Landhausbauten könnten die von der Gemeinde aufgewendeten Kosten völlig gedeckt werden. In Anbetracht des günstigen Angebots hob die Gemeindevertretung den Beschluß auf Verkauf des Sandhöllengeländes auf und stimmte dem Erwerb des ganzen Waldstreifens an der Berliner Straße zu. Zum Schluß kam Genosse Krumm noch auf den abliegenden Beschluß bezüglich der Einfuhr von russischem Fleisch zurück. Er bezeichnete es als höchst unverständlich, warum anderen Orten, so auch der benachbarten Neuenstadt Potsdam, die Einfuhr von russischem Fleisch gestattet wird, während der Gemeinde Kommissar mit einer so starken Arbeiterbevölkerung die gleiche Vergünstigung verweigert bleibt. Die Gemeinde dürfe sich dies auf keinen Fall bieten lassen und müsse energisch auf Zurücknahme des Verbots hinarbeiten. Die Gemeindevorsteher Schneider und Levy gaben der gleichen Meinung Ausdruck, und der Bürgermeister erklärte, daß er alles versuchen werde, um die verweigerte Genehmigung doch noch zu erwirken.

Spandau.

Aus der **Stadtverordnetenversammlung.** Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsteher ein Schreiben des sozialdemokratischen Wahlvereins zur Verlesung, worin ersucht wird, auch die erste und zweite Wahlereileitung in Wahlbezirk einzuteilen. Ein zweites Schreiben ist von der „Kommunale Vereinigung“ eingegangen, worin mitgeteilt wird, daß sie gleichfalls unter diesem Namen eine Fraktion gegründet habe, welcher 11 Stadtverordnete angehören.

Der erste Punkt betraf die Beratung des Hafensatzes für 1913. Derselbe schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 234 100 M. gegen 210 000 M. im Vorjahre ab. Im nächsten Jahre sind die Kosten für den Hafen nicht mehr aus der Anleihe, sondern aus dem Steuerzettel zu entnehmen. Es müßten dann für rund 4,5 Millionen Mark die Zinsen in den Etat eingerechnet werden. Am 31. März 1914 wird sich der Anleihenbetrag für den Hafen auf rund 5,8 Millionen Mark belaufen. Die Einnahmen betragen gegenwärtig 97 000 M. Bei Ausnutzung der gesamten vorhandenen Fläche am Hafen rechnet man einmal mit 170 000 M. Einnahmen. Der Referent glaubte zu einem gewissen Optimismus bezüglich der ferneren Gestaltung des Hafens berechtigt zu sein, da doch durch den Hafen erst die ganze Gegend an der Unterhavel erschlossen worden sei. Genosse Göbe bemerkte, daß die rechten Ufer des Hafens zu hoch seien, die Schiffe könnten dort nicht anlegen. Es müßten Einschnitte gemacht werden, damit dort Lagerplätze angelegt werden können. — Nach längerer Debatte wurde der Etat angenommen.

Der **Strassenbeleuchtungsplan** für 1913 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 60 560 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 12 220,90 M. Genosse Pieper bemängelte hauptsächlich die schlechte Beleuchtung der Bazarstraße, da dort Hunderte von Arbeitern auf dem Wege zur Arbeit die Straße passieren müssen. — Nachdem nicht weniger als 20 Wünsche betreffs besserer Beleuchtung vorgebracht waren, wurde der Etat angenommen.

Zu **starken** Debatte kam es bei der Vorlage über die Errichtung eines Jugendheims. Danach sollen 60 000 M. aus den Überschüssen des laufenden Jahres eventuell aus dem Steuerzuschußfonds entnommen und mit dieser Summe ein Grundstück zur Errichtung eines „Jugendheims Kaiser Wilhelm II.“ gebildet werden. Die Anstalt habe der Sammlung der Jugend zu dienen. Edu. Vender meinte, es handle sich um eine Stiftung zu Ehren der Regierungsjubiläums des Kaisers. Stadtd. Berlin erklärte, die liberale Fraktion sei für die Vorlage, wüßte aber gleichzeitig die Errichtung eines Sport- und Spielplatzes. Redner beantragte, daß die Summe aus den Überschüssen des laufenden Jahres und nie aus dem Steuerzuschußfonds entnommen wird. Genosse Pieper erklärte, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen. Gaverde wieder so kommen wie mit der Jubiläumsturnhalle. Was unsere Jugend den Sportplatz oder das Jugendheim betreffen wo, werde sie zurückgewiesen werden. Stadtd. Kirch meinte, es würde wie bei der Jubiläumsturnhalle vielleicht später wieder zu Gegenjahren zwischen dem Magistrat und der Sozialdemokratie kommen, wenn die Sozialdemokraten die Benutzung des Jugendheims verlangen. Aus dem Grunde trete er für die Errichtung eines Arbeiterheims für alte Arbeiter ein. Genosse Pieper führte aus: Propaganda für die Jugendpflege, die von oben betrieben wird, solle nur dazu dienen, die proletarische Jugendbewegung zu bändigen. Je mehr man aber die Sozialdemokratie bekämpfe, desto stärker würde sie. Das beweisen ja auch die über 11 000 sozialdemokratischen Reichstagswähler in Spandau. Die Anregung des Stadtd. Kirch sei besser als die der beiden neuen Fraktionen. Es das Jugendheim bezwecken solle, besage schon der Satz: „Sammlung der Jugend“. Man brauche nur hinzuzufügen: „für den Reichsverband“. Der Zweck sei, nur den kriegerischen Geist die Jugend hineinzutragen. Was das fährte, habe sich kürzlich gezeigt, als ein 19jähriger Schreiber als Marineleutnant auftrat und allerlei Unfug verübte. Oberbürgermeister Pieper meinte, er würde sich freuen, wenn auch die sozialdemokratische Jugend das Jugendheim benutzte, natürlich solle sie nicht in Sinne der Sozialdemokratie erzogen werden. Stadtd. Kirch trug die Jugendfürsorgebewegung, da sie die Jugend vor der sozialdemokratischen Verführung bewahrt. Hierauf erwiderte Genosse Pieper, die Sozialdemokratie keine Angst davor habe, daß man ihre Jugend abwendig machen wolle. — Die Vorlage wurde nach Verlesung des Satzes, daß die Summe eventuell aus dem Steuerzuschußfonds genommen werden soll, angenommen.

Zugelassen wurde dem **Beschluß** der Straßenbahndeputation des Magistrats, daß von den für das Jahr 1913 erforderlichen wagenbaumerweiterungen zunächst 9 neue Triebwagen beschafft, die Triebwagen in Leimwagen und ein Anhängerstrengwagen in ein Motorwagen umgebaut werden. Die Kosten betragen 149 000 M., welche aus einer neu aufzunehmenden Anleihe, die mit 3 1/2 Proz. zu verzinsen und mit 1 1/2 Proz. zu tilgen ist, gedeckt sein. Gleichzeitig soll der Magistrat in Erwägung ziehen, ihre Wagen mit mehr Sitzplätzen zu bestellen. — Der Besatzungsplan für die Friedhöfe an der Kirchhof- und Reuendorfstraße wurde nach dem Plan vom 25. Oktober v. J. festgesetzt. — Die Beschaffung von Gaszählern wurden ebenfalls 10 000 M. billigt. — Nach Erledigung einiger kleineren Beschlüsse wurde der 11. öffentliche Tagesordnung verlegt und in die geheime Sitzung eingetreten.

Beim **Schlittschuhlaufen** eingebrochen ist am Freitagabend auf dem Falkenhagener See der 7jährige Knabe Erich Lubisch. Der Knabe konnte erst nach längerem Bemühen mittels Rettungsbooten in fast leblosem Zustande aus dem Wasser geholt werden. Dem hinzugerufenen Arzt sowie den Bemühungen der Inhaberin des Restaurants Seeschlößchen gelang es zum Glück, den Knaben wieder zu Leben zurückzurufen.

Nimmt Einsicht in die Gemeindevahlverzeichnisse bis zum 30. Januar in den Gemeindebüros an. Ueberzeuge sich jeder davon, ob er auch in der Liste verzeichnet ist, damit er bei einer eventuell stattfindenden Wahl sein Wahlrecht ausüben kann. Den bereits veröffentlichten Listen für die Zeit und die Listenauslegung vermerkt war, tragen wir noch hinzu: **Britz.** Am Einwohnerebene von morgen 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Wer nicht selbst Einsicht in die Wählerliste nehmen kann, wende sich an den Wahlleiter. Die Wählerliste ist im Rathaus zu sehen. **Flotowwe.** Am Freitagabend von morgen 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Wer nicht selbst Einsicht in die Wählerliste nehmen kann, wende sich an den Wahlleiter. Die Wählerliste ist im Rathaus zu sehen. **Reuendorf.** Am Freitagabend von morgen 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Wer nicht selbst Einsicht in die Wählerliste nehmen kann, wende sich an den Wahlleiter. Die Wählerliste ist im Rathaus zu sehen.

Franz Buchholz. Während der Dienststunden von 8-3 Uhr im Gemeindebureau, Berliner Straße.

Gerandorf bei Berlin. Während der Dienststunden von 8 bis 3 Uhr und Sonntags von 10 bis 11 Uhr im Einwohnermeldeamt.

Karlshorst. Im Dienstgebäude, Schönholzerstraße, wochentags während der Dienststunden und Sonntags von 11-12 Uhr.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.
Charlottenburg. Am Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Wilmersdorf. Am Mittwoch, den 22. Januar, abends 6 Uhr, in der Aula der Victoria-Schule.

Klein-Schönved-Richtman. Morgen Montag 7 1/2 Uhr in Balingersd. Kirchhaus. Aus der Tagesordnung steht u. a. die Wasserwerkvergabe und der Antrag unserer Genossen betr. Schulbau.

Neuohagen a. d. Oranien. Am Montag, den 20. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Gemeindebureau.

Tiefe Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus der Frauenbewegung.

Sozialistische Frauenbewegung in Frankreich.

In Paris haben sich, wie die „Gleichheit“ mitteilt, eine Anzahl organisierter Genossinnen zusammengesetzt, um eine grundsätzlich klare, organisatorisch gefestigte sozialistische Frauenbewegung zu entwickeln. Am 5. Januar fand eine von ihnen einberufene Versammlung statt, die nach eingehender Aussprache unter Hinweis auf die Erfolge der Genossinnen in Deutschland und anderen Staaten erklärte, es sei dringend nötig, auch unter dem weiblichen Proletariat in Frankreich die sozialistischen Lehren zu verbreiten, da nur der Sozialismus den Frauen der werktätigen Massen volle Gleichberechtigung und Freiheit verbürge. Am 23. Januar soll eine Versammlung stattfinden, in der sich die Gruppe von Genossinnen konstituiert, die als ihre besondere Aufgabe betrachtet, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen aufzuklären und zu organisieren. Die Genossinnen haben sich in Verbindung mit Genossin Jettin als internationaler Sekretärin der sozialistischen Frauen gesetzt. Sie wollen sich zunächst besonders darüber informieren, welche Mittel und Wege die Genossinnen außerhalb Frankreichs anwenden, einmal um einen sich theoretisch gesulter Vorkämpferinnen zu ergötzen, dann um durch die Agitation die breiten Frauenmassen zu erfassen.

Ein neues Arbeiterinnenblatt. Als neues Monatsblatt erscheint in Wien das „Vereinblatt, Organ des Vereins der Heim- und Hausarbeiterinnen“. Das neue Blatt, das von Anna Raff redigiert wird, ist eine Abzweigung von der alten, trefflichen „Arbeiterinnen-Zeitung“, deren Redakteurin, Adelheid Popp, auch an dem neuen Blatte mitarbeitet. Ebenso enthält es, wie die Arbeiterinnen-Zeitung, die von Emma Adler redigierte Beilage: „Für die Jugend“. Wir wünschen der neuen Mitkämpferin besten Erfolg in ihrer besonders schwierigen und verdienstlichen Arbeit!

Ein Deutscher Reichsverein für Frauenstimmrecht hat sich infolge der Krise im Deutschen Verbande für Frauenstimmrecht gebildet. Bekanntlich wurde die Krise durch den Beschluß der Verbandskonferenz des Verbandes in Weimar, die Forderung des Reichstagswahlrechts fallen zu lassen, hervorgerufen. Der Deutsche Reichsverein für Frauenstimmrecht verfolgt den Zweck, alle Frauen zu sammeln, die für die Einführung des Reichstagswahlrechts für Männer und Frauen in Reich, Staat und Gemeinde gleichberechtigt eintreten wollen.

In Bonn ist der Frauenstimmrechtsverein aus dem Deutschen Verband für Frauenstimmrecht ausgeschieden und hat sich als „Deutscher Reichsverein für Frauenstimmrecht, Wahlkreis Bonn-Rheinbach“ konstituiert. Die Konstituierung der Ortsgruppe Groß-Weßeln soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Leserabende.

Friedrichshagen. Montag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr, Friedrichstraße 60, 2. Hof part. links, Vortrag der Genossin Clara Pabst u. Schuch: „Die proletarische Mutter als Erzieherin“. **Kleberhauenhäuser-Worben.** Dienstag, 21. Januar, 8 1/2 Uhr, bei Kettig, Blankenburger Str. 4, Vortrag der Genossin Nina Reichert: „Wie stellen sich die Frauen zur bevorstehenden Landtagswahl?“

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Stumme von Portici. Montag: La Bohème. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Der Kolenavallier. Mittwoch: Der Barbier von Sevilla. Donnerstag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Fidelio. Sonnabend: Wagners. Sonntag: Carmen. Montag: Hertha. (Anfang 8 Uhr, der übrigen Vorstellungen um 7 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die glückliche Hand. Montag: Der Austauschleutnant. Dienstag: Die Journalisten. Mittwoch: 1812. Donnerstag: Der Austauschleutnant. Freitag: Der große König. Sonnabend: Die Fieschen. Sonntag: Der Austauschleutnant. Montag: Die Fieschen. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Opern-Theater (Krohn). Schauspiel des Deutschen Schauspielhauses. Bis auf weiteres täglich: Der grüne Reif. (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches Opernhaus. Sonntag: Die Fieschen. (Anf. 7 Uhr.) Montag: Die Fieschen. Dienstag: Die Fieschen. (Anf. 7 Uhr.) Mittwoch: Die Fieschen. Donnerstag: Die Fieschen. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Die Fieschen. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag: Der blaue Vogel. Montag: Faust. 1. Teil. Dienstag und Mittwoch: Der blaue Vogel. Donnerstag: König Heinrich IV. 2. Teil. Freitag: Die Fieschen. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Der blaue Vogel. Sonntag: Hertha. Montag: Faust. 2. Teil. (Anfang 8 1/2 Uhr, der übrigen Vorstellungen um 7 1/2 Uhr.)
Kammertheater. Sonntag: Schöne Frauen. Montag: Mein Freund Tebbi. Dienstag: Schöne Frauen. Mittwoch: Florenz. Donnerstag: Schöne Frauen. Freitag: Mein Freund Tebbi. Sonnabend, Sonntag und Montag: Schöne Frauen. (Anfang 8 Uhr.)
Reisinger-Theater. Sonntag: Die Fieschen. Montag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Dienstag: Die Fieschen. Mittwoch: Die Fieschen. Donnerstag: Die Fieschen. Freitag: Die Fieschen. Sonnabend und Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kleines Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller-Theater O. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Friedrich-Wilhelmsbad, Schauspielhaus. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Theater in der Königsberger Straße. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Volks-Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Thalia-Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Reinhold-Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Komödienhaus. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Reichens-Theater. Abends: Die Frau Präsidentin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Deutsches Schauspielhaus. Abends: Der gute Ruf. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Colosse-Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Montis Operetten-Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Theater am Hollendorferplatz. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Kurfürsten-Oper. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Stella-Theater. Sonntag: Die Fieschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Unser bekannter, alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur-Verkauf

bietet diesmal eine ganz besonders

Günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen

Für Brautausstattungen:

- Hemdentuch 90 cm breit Stück von 20 Meter 5.50
- Fertige Bettbezüge Deckbett u. 2 Kiss., fertig genäht 2.95
- Louisianatuch für selbe Wäsche Stück 20 Meter 6.40
- Damast-Bettbezüge Deckbett u. 2 Kiss., fert. genäht 5.50
- Fertige Bettinlette rot oder rosarot gestreift 2.95
- Küchenhandtücher best. gestickt u. gebünd. 1/2 Dtz. 1.45
- Gerstenkorn-Handtücher gest. u. gebünd. 1/2 Dtz. 1.95
- Stubenhandtücher kräftiges Dreifachgewebe 1/2 Dtz. 1.48
- Damast-Tischtücher fertig gestickt 1/2 Dtz. 1.35
- Damast-Servietten fertig gestickt 1/2 Dtz. 1.95
- Rolltücher mit eingewebten Figuren 95 Pf.

Grosse Posten angestaubte Wäsche

und einzelne Exemplare Damen- und Herren-Hemden, Nachjackets, Bettwäsche, Unterwäsche, Kinderwäsche etc.

Bedeutend unter Preis!

Zum Selbstausuchen:

- Kimonoblusen dunkel mit Passepöhl und Krawatte 98 Pf.
- Reinseidene Taffetblusen mit Seidenkordel 3.95
- Reinwollene Kimonoblusen u. Filzeerstücke 2.50
- Samtblusen mit farbiger Weste u. Spachtelkragen 3.95
- Kostümstücke praktischer Sportrock 1.95
- Flausch-Morgenröcke mit Blenden garniert 3.95
- Winterpaletots zurückgefasst jetzt durchweg 2.95
- Unterröcke aus Kalcecrilla, warm gefüttert 3.50
- Lodencapes ca. 100 cm lang, marango-Farbe 5.85
- Samtmäntel ca. 130 cm lang, mit Garulierung 17.50

Schwarze und farbige Seiden - Stoffe

- Reinseid Taffet-Streifen aparte Must., jetzt Mtr. 78 Pf.
- Reinseid. Crepe de chine imitiert jetzt Mtr. 85 Pf.
- Reinseid. Foulards grosse Musterangaw. jetzt Mtr. 50 Pf.
- Aparte Blusen-Seiden neueste Streifen jetzt Mtr. 60 Pf.
- Reinseid. Bast-Stoffe gute Qualitäten jetzt Mtr. 75 Pf.
- Reins. Taffete nur schwarz, griffige Qual., jetzt Mtr. 75 Pf.
- Reins Damassées griffige Qualitäten jetzt Mtr. 95 Pf.

Für Brautkleider

Reinseidene ellenlangfarbige Damassées jetzt Mtr. 95 Pf.

Ball- und Gesellschafts-Stoffe

- Reinw. Cheviots nur creme, doppelbreit, jetzt Mtr. 68 Pf.
- Seidenglanz. Jacquardstoffe doppelbreit. Mtr. 50 Pf.
- Alpaka-Stoffe glänzende Qualitäten, doppelbreit. Mtr. 75 Pf.
- Weisse Stickereistoffe 120 cm breit jetzt Mtr. 95 Pf.

Grosse Posten Waschstoffe

- zur vollständigen Räumung
- Waschmusseline aparte schöne Muster. jetzt Mtr. 20 Pf.
- Zephir-Stoffe extra breit neue Dessins. jetzt Mtr. 25 Pf.
- Eleg Waschstoffe früherer Preis bis 35 Pf., jetzt Mtr. 30 Pf.
- Reinwoll. Musseina 80 cm br., gr. Musterangaw. jetzt Mtr. 45 Pf.

Halbfertige Reinwollene Blusen

mit reicher Feldentwurf, creme u. dunkelfarbig, durchweg jede Bluse 1 M.

Halbfertige Batist-Roben

mit Hämmchen u. Stickerei-Einsatz, weiss und farbige durchweg jede Robe 2 M.

Schwarze und farbige Kleiderstoffe

- Reinwoll Cheviots Reinstoffe, doppelbr., jetzt Mtr. 55 Pf.
- Elegante Bordüren-Stoffe jetzt Mtr. 48 Pf.
- Reinwoll Blusen-Fianelle Reinstoffe Mtr. 45 Pf.
- Reinwoll. Voiles 120 cm breit, nur schwarz Mtr. 90 Pf.
- Schwere Kostümstoffe 120 cm br., zurückgefasst, Mtr. 68 Pf.
- Reinwoll. glatte Stoffe feine Qualitäten jetzt Mtr. 68 Pf.
- Reinwoll. Kostüm-Cheviots ca. 110 cm breit, Mtr. 85 Pf.

Schwere Kostümstoffe

120 cm breit, neueste braune Melangen, elegante Qualitäten Meter 95 Pf.

Reinwollene Kammgarn-Cheviots ca. 120 cm breit, schwarz u. marine, für Jackenkleider, jetzt Mtr. 1 M.

Zum Selbstausuchen!

- Gr. Sortim. Alpaka-Roben jede Robe 2.45
- helle, mittlere und dunkle Farben, eleg. glänzende Qual., 8 Meter doppelbr. Stoff
- Gr. Sortim. reinwoll. Roben jede Robe 3.25
- einfarbig, helle, mittlere und dunkle Farben enthaltend 8 Meter doppelbreiten Stoff
- Schwere Kostümstoff-Roben jede Robe 2.45
- Konfektionsstoffe, ca. 140 cm breit
- Gr. Posten Blusen-Kupons jede Bluse 75 Pf.
- Popeline u. Tennis-Stoffe, aparte Streifen, helle, mittlere und dunkle Farben jeder Coupon enthält 2 1/2 Meter Stoff.

Kaufhaus Singer & Co Chausseestr. 61-62

Lieferant der Konsum-Genossenschaft von Berlin und Umgegend.

Fabelhafte Preisermässigung während unseres Inventur-Ausverkaufs.

Um mit unseren enormen Waren-Beständen in kurzer Zeit zu räumen, bringen wir sämtliche Waren **zum Selbstkostenpreis, teilweise bis 20 Prozent unter Selbstkostenpreis**

zum Verkauf. Es erübrigt sich, auf die **endlosen Vorteile** dieses Ausverkaufs besonders hinzuweisen, da unser Selbstkostenpreis **der Netto-Herstellungs- oder Einkaufspreis ist**, einschliesslich unserer baren Auslagen für Unkosten. Die bisherigen Preis-Etiketten sind zur Kontrolle der Kundschaft an jedem Stück vorhanden.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Strasse 1
Ecke Münz- und Weinmeisterstrasse

Sonntags geöffnet
von 12 bis 2 Uhr

Moabit: 73 Turmstrasse 73

Wir bitten, unsere H. K. O. in der Turmstrasse nicht mit einer ähnlichen Firma zu verwechseln!

Berichtigung!

In unserer gestrigen Anzeige, Bezirk Norden, muß es heißen:
Schluß unseres Inventur-Verkaufs:
Dienstag, den 21. Januar cr.,
Warenhaus Wilhelm Stein,
Chaussee-Straße 70/71.



Borussia Bier

zum Abendbrot

Erfrischend Alkoholarm Bekömmlich

Sonnabend, den 25. Januar cr.:
Saal frei
Residenz-Festhalle, Landsberger Str. 31.

METZNER



Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen, Garten-, Balkon- und Kindermöbel
Größte Auswahl

Berlin O, Andreasstr. 23 (Andreasplatz)
Brunnenstr. 95 | Leipziger Str. 54
Beusselstr. 67 | Neukölln, Bergstr. 133

Jetzt extra billige Preise für bekannt gute Ware

Charlottenburg.

Gr. Inventur-Ausverkauf von guter Herren- u. Knabenbekleidung

Preisermässigung zirka 33%, Prozent bei der Firma

S. Hoffmann, Wilmersdorfer Str. 12
Ecke Schulstraße.

Maßanlässe von 40 M. an in eigener Werkstatt.
Lieferant der Konsumvereine Berlin und Umgebung.
Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr.



Zähne 1.80

pro Stück (mit Kautschukplatten einberechnet)
Fast gänzlich schmerzlos
Zahnziehen
(in örtlicher Betäubung) pro

Zahn 1 M.

Plomben billigst!
Reparaturen sofort!

Reform

Zahn-Praxis
Karl Rudolph.
1. Prax.: Elsasser Str. 17/18.
2. " Oranienstr. 61.
3. " Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
4. " Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
5. " Potsdam, Charlottenstr. 86.
Teilzahlungen zugelassen! Verlangen Sie kostenlosen Besuch eines Vertreters!

+ Magerkeit +

schwindet durch Haufe's Nahrungspulver "Thalassa". Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin - Waidmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringerstr. 50, Elefant-Apothek, Leipzigerstr. 74, Weißburgerstr. 83, Potsdamerstr. 29, Turmstr. 28, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1, Charlottenburg: Bismarckstr. 81, Spandau: Potsdamer Str. 40.

J. Baer

Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufs- und Eleg. Paletots, Ulster, Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß.
Joppen in jeder Preislage. Allerbilligste, streng feste Preise.



Cigaretten
der
Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III

Sie unterstützen uns, wenn Sie bei Ihrem Cigarrenhändler unsere Cigaretten fordern.

Vertreter:
P. Horsch, Engelufer 15,
Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Montag — Dienstag — Mittwoch werden die aus meinem

Inventur-Verkauf

noch zurückgebliebenen Restbestände in allen Lägern zu

rücksichtslos billigen Preisen

verkauft.

Konfektion

Blusen **60, 90 Pf. 2²⁵ 4⁰⁰**
Tanz- u. Ballkleider **durchweg 12⁰⁰**
Woll-Sträß.-Kleid. **18⁰⁰ 30⁰⁰**

Damen-Wäsche

Einzelne und angestaubte Taghemden, Beinkleider, Nachthemd., Untertaillen

Kinderkonfektion

Mädchen-Mäntel u. -Kleider
Knaben-Mäntel u. -Anzüge
Die Preise der Restbestände nochmals bedeutend ermässigt

Herren-Wäsche

Oberhemden farbig aus gut. Zephir u. Perkal mit Manschetten jetzt **1.95, 2.50, 3.00**
Ein Posten einzelne Kragen **20 Pf.** verschiedene Formen Stück
Einzelne weiße u. farb. Manschetten

Wollwaren

Damenwesten gestrickte jetzt **95 Pf. 1.45 2.00**
Trikothemden für Herren, gute Qualitäten jetzt Stück **1.30, 1.90, 2.10**
Herren-Trikot-Beinkleider besonders haltbare schwere Qualitäten jetzt Stück **1.40, 1.65, 1.80**

Handschuhe

Damen-Handschuhe feine gestrickte u. Trikot mit farbig. Futter jetzt Paar **45, 70 Pf.**
Herren-Handschuhe fein gestr. und Wildlederimitation jetzt Paar **70 Pf. 1.10**
Ein Posten Damen- und Herren-Glacsés mit farbigem Flausch-Futter jetzt Paar **1.95**

Fr. Haahn

Alexanderplatz Ecke Landsberger Str. 60-63

Zahlstelle der Freien Volksbühne No. 63.

Kronen-Saucen

1 Würfel = 2 Portionen

10 Pf.

Unentbehrlich für jede Hausfrau.
Braten-, Gulasch-, Madeira-, Pilz-, Tomaten-, Senf-, Kapern-, Sardellen-, Zwiebel-Saucen etc.

Nährmittel-Gesellschaft „Krone“, Michaelis & Co. G. m. b. H., Berlin SW 29.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Stellenangebote: Klempnerlehrling auf bakteriologische Apparate. Müller, Krautstr. 4/5. 1984B

Möbliertes Balkenzimmer oder Schlafstelle. Dammich, Reußlin, Köpenicker Str. 11, vorn III. 116

Möbliertes Zimmer zweiter Herr gesucht. Höpfer, Oranienstr. 204, vorn IV. 116

Möbliertes Vorderzimmer, 1 auch 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, älteren Herrn, eventuell Kost. Krüger, Stolpestr. 117. 116

Möbliertes Zimmer bei Lemme, Rantaustr. 69. 116

Schlafstellen: Freundschaftliche Schlafstelle, Reußlin, Oberstr. 11, Klop. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet. Baensch, Rantaustr. 118. 116

Unterricht.

Tanzschule Siebert, Gewerkschaftsbau, Engelstr. 15. Unterricht: Dienstags 9-11, Sonntags 2-11.

Vermietungen.

Arbeitsdraum, adfentstg, 600 M, bei, Ralbertstr. 42. 2107B

Wohnungen.

Werkstraße 48, Stube und Küche, 2 Stufen und Küche zum 1. Februar und 1. April 1913. 118*

Zimmer.

Vorderzimmer, 1 lenktags, zum 1. Februar, vermietet. D. Bad. 1, Wasserstr. 60 II. 116

Verschiedenes.

Gold-Duettkissen, erklaffige Solisten, empfiehlt Sachsan, Cabinetstr. 23. 140*

Arbeiter-Wohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet.

Teilzahlung. Reelles Möbelgeschäft liefert Möbel für Stube und Küche mit 20 M. Anzahlung.

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstr. 58, nahe Kaiserstraße.

Platinabfälle, alte Goldschalen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Redgold, Goldmatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, Platinabfälle.

Stanniol, Metalle, Spezialgeschäfte, Hölzerstr. 66. 28322B

Goldschmelze, Altgold, Altsilber, Gebisse, Platina, höchste Preise.

Fahrradaufbau, höchstzahlend, Weberstr. 42. 913B

Mützen, Dreiermatten laufft Großmann, Spandauerbrücke 2. *

Zahngebisse, Zahn bis 1.25, Platinabfälle 5.75, Goldschalen, Silberabfälle.

Kaufe höchstzahlend Metalle, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zink, Niob, Zinn, Schmelze, nur Rüderrückstr. 21. 140

Zahngebisse, Silberabfälle, Redgold, Platina, Stanniol, Quecksilber.

Kaufe Frauenhaare, ausgefallene, beste höchste Preise.

Haare, ausgefallene, stets höchste Preise.

Zahngebisse, Silberabfälle, Redgold, Platina, Stanniol, Quecksilber.

Kaufe Frauenhaare, ausgefallene, beste höchste Preise.

Haare, ausgefallene, stets höchste Preise.

Zahngebisse, Silberabfälle, Redgold, Platina, Stanniol, Quecksilber.

Kaufe Frauenhaare, ausgefallene, beste höchste Preise.

Haare, ausgefallene, stets höchste Preise.

Zahngebisse, Silberabfälle, Redgold, Platina, Stanniol, Quecksilber.

Kaufe Frauenhaare, ausgefallene, beste höchste Preise.

Haare, ausgefallene, stets höchste Preise.

Zahngebisse, Silberabfälle, Redgold, Platina, Stanniol, Quecksilber.

Kaufe Frauenhaare, ausgefallene, beste höchste Preise.

Haare, ausgefallene, stets höchste Preise.

Zahngebisse, Silberabfälle, Redgold, Platina, Stanniol, Quecksilber.

Kaufe Frauenhaare, ausgefallene, beste höchste Preise.

Haare, ausgefallene, stets höchste Preise.

Zahngebisse, Silberabfälle, Redgold, Platina, Stanniol, Quecksilber.

Kaufe Frauenhaare, ausgefallene, beste höchste Preise.

Unterricht.

Tanzschule Siebert, Gewerkschaftsbau, Engelstr. 15. Unterricht: Dienstags 9-11, Sonntags 2-11.

Vermietungen.

Arbeitsdraum, adfentstg, 600 M, bei, Ralbertstr. 42. 2107B

Wohnungen.

Werkstraße 48, Stube und Küche, 2 Stufen und Küche zum 1. Februar und 1. April 1913. 118*

Zimmer.

Vorderzimmer, 1 lenktags, zum 1. Februar, vermietet. D. Bad. 1, Wasserstr. 60 II. 116

Verschiedenes.

Gold-Duettkissen, erklaffige Solisten, empfiehlt Sachsan, Cabinetstr. 23. 140*

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Unzufriedenheit und geheimer Für Einsetzer die Bauten der Firma Großkopf & Schulz, Zschische Str. 8.